



Internationale Assoziation
ehemaliger politischer Gefangener
und Opfer des Kommunismus
(IAEPGOK = IAGOK)

INTERNATIONAL ASSOCIATION OF FORMER
POLITICAL PRISONERS AND VICTIMS OF COMMUNISM
(IAPVC)

ASSOCIATION INTERNATIONALE DES ANCIENS PRISONNIERS
POLITIQUES ET VICTIMES DU COMMUNISME
(AIAPPVC)

МЕЖДУНАРОДНАЯ АССОЦИАЦИЯ
БЫВШИХ ПОЛИТИЧЕСКИХ ЗАКЛЮЧЁННЫХ
И ЖЕРТВ КОММУНИЗМА
(МАБПЗЖК)

VII. KONGRESS BERLIN

16. bis 19. Juni 1998

Internationale Assoziation
ehemaliger politischer Gefangener
und Opfer des Kommunismus
(IAEPGOK = IAGOK)

Herausgegeben von der
UOKG - UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT
mit Förderung durch das Bundesministerium des Innern Berlin/Bonn 1999

© bei UOKG - Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft
Redaktion: Roland Bude (UOKG)
Herstellung: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, 12309 Berlin

INHALT

Einleitung	6
Die Teilnehmer des Berliner Kongresses	8
Programm des Kongresses	9
Der Kongress	10
Begrüßungsrede des Vorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft(UOKG), Gerhard Finn	14
Referat des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Joachim Gauck	22
Aufarbeitung der SED-Diktatur, Beitrag von Rainer Eppelmann (MdB)	32
Rechenschaftsbericht des Präsidenten der Internationalen Assoziation Senator Constantin Ticu Dumitrescu (Rumänien)	38
Bericht von Frau Lili Ndoci von der Delegation aus Albanien	40
Erklärung des albanischen Delegierten Tumor Aliko, Präsident der Nationalen Assoziation der politischen Verfolgten Albaniens	41
Bericht von Iwan Stantshev von der Delegation aus Bulgarien	43
Bericht von Demetrius Andresen von der Delegation aus Estland	48
Bericht von Mart Niklus von der Delegation aus Estland	51
Bericht von Jure Knezović von der Delegation aus Kroatien	54
Bericht von Peteris Simsons von der Delegation aus Lettland	58
Bericht von Balys Gajaukas von der Delegation aus Litauen	60
Bericht des Verbandes der politischen Häftlinge und Verbannten Litauens	62
Bericht von Dumitru Crihan, Delegierter aus Moldawien	63
Bericht von Włodzimierz Heleniak von der Delegation aus Polen	65
Bericht von Jan Škorvaga von der Slowakischen Konföderation der politischen Häftlinge	66
Bericht von Dr. Ludwik Čanžek, Delegierter aus Slowenien	68
Bericht von Evgeny Pronyuk von der Ukrainischen Gesellschaft der politischen Häftlinge und Repressierten	71
Bericht von Jenő Fónay von der Delegation aus Ungarn	73
Bericht von Weniamin Wiktorowitsch Iofe für die Gäste aus Russland (MEMORIAL Sankt Petersburg)	75
Die deutschen Opfer des Kommunismus	78
Wolfgang Kusior: Wozu brauchen wir Verbände ehemaliger politischer Häftlinge heute und in der Zukunft?	81

DOKUMENTE

Satzung der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus deutsch, (englisch, französisch, russisch)	85
Mitgliedsverbände der Internationalen Assoziation ehemaliger Gefangener und Opfer des Kommunismus	98
Berliner Resolution	100
Zagreber Resolution	101
Brünner Erklärung	103
Schriftwechsel des Präsidenten und des Sekretariats mit internationalen Institutionen	104
Das Präsidium der Internationalen Assoziation	111

Einleitung

Als vor fast einem Jahrzehnt das Sowjetimperium zusammenbrach und die vom Kommunismus unterdrückten Staaten und Völker in Ostmitteleuropa zaghafte Schritte hin zu demokratischen Gesellschaftsformen machten, bildeten sich auch Zusammenschlüsse der Opfer dieser kommunistischen Diktaturen. Die Opfer hatten (und haben zum Teil auch heute noch) mit politischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Alte kommunistische Strukturen bestanden und bestehen zum Teil auch heute noch weiter, gesellschaftliche Gruppierungen und staatliche Gremien wollten sich nicht mit dem für sie unangenehmen Problem der Rehabilitierung oder gar Entschädigung befassen. Deshalb suchen die Opferverbände der einzelnen Länder Kontakte zu entsprechenden Gruppen, um Erfahrungen auszutauschen. Finanzielle und technische Schwierigkeiten beschränkten diese notwendigen Verbindungen. Hinzu kamen naturgemäß sprachliche Schwierigkeiten. Die sich anbahnenden bilateralen Kontakte waren mit finanziellen Opfern der Gruppen und einzelner Mitglieder verbunden. Dabei halfen allmählich Opferverbände, die in ihren Heimatländern Anerkennung und bessere Arbeitsmöglichkeiten gefunden hatten. Die Zusammenkünfte in Opatija (1996) und Brunn (Brno) 1997 förderten das gegenseitige Kennenlernen und den Austausch von Erfahrungen, so dass es zur Gründung eines internationalen Zusammenschlusses kam, der aber, nicht zuletzt wegen des Boykotts durch alte Kader in den Medien der verschiedenen Länder, und wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht jene Aufmerksamkeit erreichen konnte, die für die Opfergruppierungen der nationalsozialistischen Verfolgung selbstverständlich sind. Allein die territoriale Ausdehnung von Estland bis nach Albanien lässt die Schwierigkeiten für Reisekosten und die sprachlichen und mentalen Kontakte bei Zusammenkünften erkennen. Gerade die wichtigen persönlichen Kontakte und der Austausch von Erfahrungen ließen und lassen sich nicht durch technische Möglichkeiten, die heute durch Telefon und Fax-Verbindungen gegeben sind, überbrücken oder ersetzen. Sitzungen des Präsidiums der Internationalen Assoziation sind eben nicht so organisierbar (und zu finanzieren!), wie dies für einen international arbeitenden Konzern der Industrie zum Alltagsgeschäft gehört.

Die deutschen Opfergruppen waren bis vor einigen Jahren mit dieser internationalen Assoziation nur durch einen regionalen Verband verbunden, bis sich der Dachverband, die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), und hier insbesondere das Vorstandsmitglied Roland Bude, einschalten konnte. So kam es nach längerer Vorbereitung und mit finanzieller Unterstützung des Bundesinnenministeriums im Juni 1998 in Berlin zu einem Kongress mit Delegierten von 16 Opferverbänden und einigen Gästen aus allen ostmitteleuropäischen Ländern, die unter der kommunistischen Diktatur gelitten hatten, einschließlich russischer Vertreter. Mit Hilfe von Mitarbeitern des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, vor allem Wolfgang Kusior, konnte mit sparsamem Personal- und Mitteleinsatz ein mehrtägiger Kongress durchgeführt werden, der die Wünsche und Hoffnungen der Delegationen erfüllen konnte: die Delegationen erstatteten die zuvor angeforderte Berichte über die Situation in ihren Ländern, es wurde ein verbindlicher Name für den Internationalen Zusammenschluss gefunden und eine Satzung erarbeitet sowie ein Sekretariat bestimmt, das von dem kroatischen Verband in Zagreb unterhalten wird. Nicht zuletzt aber ergaben die vielen Gespräche den Wert der Zusammenkunft. So hatten die deutschen Veranstalter bewusst den Kongress auf den 17. Juni gelegt, dessen Bedeutung den Leidensgenossen aus anderen Ländern nicht bewusst war, weil sie zum Teil wegen der Isolierung durch die kommunistischen Machthaber nicht wussten, dass es im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands bereits 1953 einen Volksaufstand gegeben hatte. Auch das Ausmaß der politischen Verfolgung in Deutschland war vielen nicht bekannt. Aber auch wir Deutschen

zollten jenen Delegierten Respekt, die oft ein Vielfaches unserer Haftzeiten zu erleiden hatten. Vorträge über die Arbeiten des als Vorbild für ihre Länder angesehenen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR und der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ergaben viel Gesprächsstoff. Nebenbei gelang es, das gerade in deutscher Sprache erschienene Schwarzbuch des Kommunismus verbilligt anzubieten, so dass jede Delegation zusammen mit etlichen anderen Publikationen zum Thema auch schriftliches Material für die weitere Arbeit mit nach Hause nehmen konnte. Dieses Material soll nun mit dem Druck dieser Broschüre mit den Reden und Diskussionsbeiträgen, der Satzung und den Resolutionen ergänzt werden.

Von deutscher Seite aus gesehen war der Berliner Kongress ein Durchbruch in der dringend notwendigen internationalen Zusammenarbeit der Verbände. Ein erstes Ergebnis wird - obwohl nicht direkt auf dem Kongress erarbeitet, aber durch ihn initiiert - in dieser Broschüre ebenfalls abgedruckt. Es ist eine Art „Charta der politisch Verfolgten des Kommunismus“, mit der ihre Forderungen an die Regierenden ihrer Länder angemeldet werden. Es sind Forderungen, wie sie und ihre wenigstens partielle Befriedigung für die Opfer der anderen großen Diktatur unseres Jahrhunderts in Europa selbstverständlich geworden sind: Anerkennung der Leiden der Opfer, Entschädigung für ihre Leiden, Öffnung der Archive der Geheimdienste zur Erforschung und Beschreibung der politischen Verfolgung während der kommunistischen Diktatur und nicht zuletzt Bestrafung der Täter.

Diesen Zielen wird sich die internationale Vereinigung auch weiterhin verstärkt widmen.

Gerhard Finn

Die Teilnehmer des Berliner Kongresses

(hinter den Namen sind die Haftzeiten in kommunistischen Lagern,
Zuchthäusern und Gefängnissen angegeben)

Albanien

Aliko, Tomor (29 Jahre, 15 Jahre
interniert)
Ndoci, Lili (beide Eltern erschossen)

Bulgarien

Antonov, Borislav (4 Jahre, 3 Monate)
Stantschev, Ivan (3 Jahre)

Deutschland

Bernitt, Dr. Hartwig (4 Jahre, 6 Monate)
Bude, Roland (5 Jahre, 3 Monate) Finn,
Gerhard (3 Jahre)

Estland

Andresen, Demetrius (9 Jahre,
3 Monate)
Niklus, Mart (17 Jahre)

Kroatien

Knezović, Jure (2 Jahre, 10 Monate)
Pereković, Kaja (6 Jahre, 8 Monate)

Lettland

Lasmane, Lidija (14 Jahre) Simsons,
Peteris (9 Jahre)

Litauen

Briediene, Vanda (8 Jahre, 6 Monate)
Gajauskas, Balys (37 Jahre) Kuodyte,
Dalia (Gast)

Moldawien

Crihan, Dumitru (7 Jahre, 3 Monate)

Polen

Heleniak, Włodzimierz (3 Jahre)
Kuzminski, Roman (15 Jahre)

Rumänien

Dumitrescu, Constantin Ticu (11 Jahre)

Russland

Jofe, Weniamin Wiktorivitsch (3 Jahre)
Uchnalew, Evgenij (6 Jahre)

Slowakei

Porubský, Dr. Julius (6 Jahre, 2 Monate)
Škorvaga, Jan (5 Jahre, 6 Monate)

Slowenien

Čanžek, Dr. Ludvik (1 Jahr)

Tschechien

Drobný, Dr. Stanislav (13 Jahre)

Ukraine

Pronyuk, Evgenij (12 Jahre) Pakholok,
Tamara

Ungarn

Fónay, Jenő (6 Jahre, 4 Monate)
Krasznay, Béla (8 Jahre, 6 Monate)
Pinter, Károlyne (8 Jahre, 6 Monate)
(Gast)

Ablauf:

Dienstag, 16. Juni 1998

- Anreise der Delegierten zum Hotel Hilton am Gendarmenmarkt
18.00 Uhr Begrüßung durch den Vorsitzenden der UOKG, Gerhard Finn
19.00 Uhr Empfang im Museum „Haus am Checkpoint Charlie“
durch *Dr. Rainer Hildebrandt* (Gründer des Museums)
Vortrag und Film zum Volksaufstand am 17. Juni
Werner Herbig
(Arbeitskreis 17. Juni, 1953 Streikführer in Görlitz):
Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR

Mittwoch, 17. Juni 1998

- 10.15 Uhr Abfahrt zur Gedenkfeier für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 auf dem Friedhof Seestraße
11.00 Uhr Kranzniederlegung - Staatsakt
13.00 Uhr Empfang der Kongressteilnehmer und Gäste im Berliner Rathaus
Grußworte durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin,
Eberhard Diepgen
Erwiderung durch den Präsidenten der Internationalen Assoziation
Senator *Constantin Ticu Dumitrescu* (Rumänien)
13.50 Uhr Pressekonferenz
14.30 Uhr Kongressbeginn im Berliner Rathaus
Gerhard Finn (Vorsitzender der UOKG):
Begrüßung und Eröffnung des Kongresses
Rainer Eppelmann (MdB, Vorsitzender der Enquetekommission
„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der
deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages):
Aufarbeitung der SED-Diktatur
Joachim Gauck (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des
Staats Sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR):
Die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit
Gesetzliche Grundlage, Behördenaufgabe und Ergebnisse bisheriger Arbeit
18.00 Uhr Kleiner Rundgang durch das Zentrum des alten Berlin

Donnerstag, 18. Juni 1998

- 9.00 Uhr Berichte der Delegationen
Mitgliederversammlung
12.00 Uhr Mittagspause
14.00 Uhr Verhandlungen über Satzungsfragen Wahlen Zur weiteren Arbeit der Assoziation
18.00 Uhr Ende der offiziellen Verhandlungen des VII. Kongresses

Freitag, 19. Juni 1998

- Vormittag zur freien Verfügung
12.00 Uhr Busfahrt zur Gedenkstätte Normannenstraße (ehemalige Zentrale des
Ministeriums für Staatssicherheit), Stadtrundfahrt
17.00 Uhr Besichtigung der Gedenkstätte Hohenschönhausen
19.00 Uhr Eröffnung des Zweiten bundesweiten Treffens der Opferverbände und
Aufarbeitungsinitiativen in Deutschland (Verbandstreffen)

19. bis 21. Juni 1998

Teilnahme am Verbandstreffen

Der Kongress

Nach der Begrüßung der Delegierten im Hotel durch die gastgebende deutsche Dachorganisation der ehemaligen politischen Häftlinge am Abend des 16. Juni 1998 begann der Kongress mit einer Besichtigung und anschließendem Empfang im Mauer-Museum, dem Haus am Checkpoint Charlie. Den Teilnehmern wurde ein Film über den Juni-Aufstand 1953 in der DDR gezeigt. Dem schloss sich eine Diskussion mit einem Teilnehmer des Aufstandes und dem Leiter des Hauses, Dr. Rainer Hildebrandt, an.

Bei der Führung durch das Museum beeindruckten neben den Erläuterungen der Mitarbeiter und Initiatoren der Ausstellung die Dokumentationen und Darstellungen der Überwindung von Mauern und Stacheldrahtgrenze durch Flucht auf und unter der Erde, zu Wasser und in der Luft, veranschaulicht durch Originalexponate wie Pkw, Ballon, Seilbahn, Wasserfahrzeuge und dgl. Mehrere Teilnehmer wurden dadurch angeregt, ähnliche Ausstellungen und Museen über politische Verfolgung und Widerstand in ihren Ländern einzurichten.

Am nächsten Tag, dem 17. Juni, nahmen die Delegierten am Staatsakt zum Tag der Deutschen Einheit am Denkmal für die Opfer des Volksaufstandes auf dem Friedhof in der Berliner Seestraße teil und legten einen Kranz nieder.

Anschließend gab der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, einen Empfang an seinem Amtssitz im Roten Rathaus. Auf seine Würdigung der Verdienste der Opferverbände bei der Bewahrung der Demokratie mit Freiheit und Recht vor der totalitären Bedrohung durch den Kommunismus dankte Senator Dumitrescu (Rumänien), der Präsident der Assoziation.

Der Nachmittag begann mit einer Pressekonferenz und Interviews des Vorsitzenden der gastgebenden UOKG mit der Deutschen Welle, mehrerer ausländischer Teilnehmer mit der Deutschen Presseagentur und dem Sender Freies Berlin (u. a. Balys Gajauskas und Jure Knezović).

Für die thematische Gestaltung des VII. Kongresses hatte die UOKG zwei inhaltliche Schwerpunkte gewählt:

1. Information der ausländischen Gäste, Schicksalsgefährten in Opposition, Widerstand und Martyrium, über den herausragenden deutschen Widerstandsakt gegen die kommunistische Gewaltherrschaft, den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 (dem wurde durch die Information im Mauer-Museum und durch die Teilnahme am Staatsakt mit Kranzniederlegung entsprochen).
2. Information über die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Folgen der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Diesem zweiten Thema war der Nachmittag des Tages der Deutschen Einheit gewidmet.

In einer programmatischen Begrüßungsansprache setzte sich Gerhard Finn mit der Schiefelage in der Bewertung der nazistischen wie der ebenso einmaligen kommunistischen Verbrechen auseinander.

Über die Sicherstellung, Auswertung und Dokumentation der menschenverachtenden Zersetzungstätigkeit des Staatssicherheitsapparates der DDR informierte der Bundesbeauftragte Joachim Gauck, der mehreren ausländischen Gästen durch seine Besuche und Arbeit in ihren Ländern bereits bestens bekannt war.

In welcher Weise und mit welchen Ergebnissen sich das höchste politische Gremium der Bundesrepublik Deutschland, der Deutsche Bundestag, mit den Folgen der SED-Diktatur befasste, legte der Vorsitzende der beiden Enquetekommissionen, Rainer Eppelmann, MdB, dar.

Der erste Arbeitstag des Kongresses klang aus in einem Rundgang durch das alte Berliner Stadtzentrum und Abendessen in einer typischen Altberliner Gaststätte.

Der zweite Tag war in nichtöffentlicher Sitzung der internen Tagesordnung des Kongresses gewidmet.

Unter der Leitung von Roland Bude (UOKG) wurde ein umfangreiches Programm abgewickelt. Zunächst wurde ein Ehrenpräsident gewählt: Frau Kaja Pereković (Kroatien) und Herr Balys Gajauskas (Litauen), der insgesamt 37 Jahre in Gefängnissen und Lagern verbringen musste. In das Tagungspräsidium wurden Präsident Senator Constantin Ticu Dumitrescu (Rumänien), der Vorsitzende der gastgebenden UOKG, Gerhard Finn (Deutschland), sowie der Tagungspräsident des VI. Kongresses der Internationalen Assoziation 1997 in Brünn und Präsident der tschechischen Konföderation politischer Häftlinge, Dr.-Jur. Stanislav Drobný, gewählt. Diesen Regularien folgten, begleitet von einem lebhaften Gedankenaustausch, die Länderberichte, eingeleitet vom Rechenschaftsbericht des im Vorjahr in Brünn zum Präsidenten bestimmten Delegierten des Verbandes der ehemaligen politischen Häftlinge Rumäniens, Senator Constantin Ticu Dumitrescu.

Nach der Mittagspause erarbeitete - während Berichte und Diskussion fortgeführt wurden - die Satzungskommission unter der Leitung von Rechtsanwalt/Ministerialrat a.D. Günther Rudolph (UOKG) und Mitwirkung von Dr.-Jur. Stanislav Drobný (Tschechien), Senator Ticu Dumitrescu (Rumänien) und Jure Knezović (Kroatien) und auf der Grundlage der von den kroatischen, slowakischen, tschechischen und deutschen nationalen Mitgliedsvertretungen vorgelegten Materialien einen Entwurf, der nach eingehender detaillierter Debatte einstimmig als Statut der Assoziation angenommen wurde.

Auf der Grundlage dieses Statuts wurden in das Präsidium gewählt: Dipl.-Ing. Jiri Blatný (Tschechien), Roland Bude (Deutschland), Constantin Ticu Dumitrescu (Rumänien), Jure Knezović (Kroatien) und Bela Krasznay (Ungarn). In ebenfalls geheimer Wahl wurde Bela Krasznay zum Präsidenten bestimmt. Dem scheidenden Präsidenten der Assoziation, Senator Dumitrescu, dankte der Kongress für seinen Einsatz. Ebenfalls einstimmig nahm der Kongress das Angebot des kroatischen Mitgliedsverbandes an, den VIII. Kongress 1999 in Zagreb (Agram) durchzuführen.

Mit einem Dank an die gastgebende UOKG und an die für die Vorbereitung und den technischen Ablauf Verantwortlichen, Herrn Wolfgang Kusior und seine Mitarbeiterin Frau Yvonne Dürre (beide Dienststelle des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR), wurde der zweite Arbeitstag des Kongresses beendet.

Der Vormittag des 19. Juni stand den Delegationen für interne Gespräche und Meinungsaustausch untereinander sowie für andere eigene Aktivitäten zur Verfügung.

Mittags wurde die Tagung fortgesetzt mit einem kleinen Buffet in der Forschungs- und Gedenkstätte Berlin/Normannenstraße, dem ehemaligen Sitz des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Die von Jörg Drieselmann und seinen Mitarbeitern erläuterte Ausstellung beeindruckte die ausländischen Gäste durch ihre Materialfülle und Vielfalt.

Unter der Führung von Jörg Drieselmann schloss sich eine Stadtrundfahrt mit Erläuterungen an, die natürlich kulturelle und politische Höhepunkte (Schloss Bellevue, Reichstag, Schloss Charlottenburg, „Palast der Republik“ u.a.) berücksichtigte, deren informatorischer und thematischer Schwerpunkt aber durch Stätten politischen Widerstands gegen Diktatur veranschaulicht wurde: das Luftbrückendenkmal beeindruckte ebenso wie die Hinrichtungsstätte für die Widerständler des 20. Juli 1944 gegen Hitler und die katholische Kirche „Maria Regina Martyrum“, die 1960 bis 1962 zum Gedächtnis der Opfer der Hitler-Diktatur errichtet wurde.

Den Abschluss dieses „Anschauungsunterrichts“ über Diktatur und Widerstand in den letzten 65 Jahren in Deutschland bildete die Besichtigung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, des

früheren sowjetischen Speziallagers und jahrzehntelangen zentralen Untersuchungsgefängnisses der Geheimpolizei der sowjetischen Besatzungsmacht und des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Eine würdige Gedenkstunde zu Ehren der Opfer mit Kranzniederlegung rief den deutschen wie den ausländischen Teilnehmern vielfach eigenes Schicksal in Vernehmerzimmern, Dunkelzellen, Wasserkellern und den Stätten rücksichtsloser Zwangsarbeit in Erinnerung.

Die nächsten beiden Tage waren die Delegierten Teilnehmer an dem Verbandstreffen der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR in Berlin-Hohenschönhausen, das die Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft in Europa zum Thema hatte. Hierzu konnten die Delegierten wertvolle Diskussionsbeiträge leisten, was in dem dortigen Tagungsbericht besonders hervorgehoben wird.



Gerhard Finn, geb. 1930 in Berlin, 1945 bis 1948 unter der fälschlichen Anschuldigung von „Werwolf“-Aktivitäten im Speziallager Buchenwald inhaftiert, schwer Tbc-krank entlassen. Zwischen mehrmaligen Krankenhaus- und Kuraufenthalten Mitarbeit bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Aufbau der Suchdienstkartei. Ausbildung als Journalist. 1959 Redakteur einer Monatszeitung in Hannover, 1961 Redakteur eines Informationsdienstes in Bonn, 1965 bis 1990 Pressereferent, Pressesprecher und Publikationsreferent im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. für innerdeutsche Beziehungen. Sammlung der politischen Häftlingsinitiativen der ehemaligen DDR.

1991 bis 1995 Mitarbeiter der 1. Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 1995 bis 1998 Berater und Gutachter für die CDU-Fraktion in der 2. Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Seit 1994 Vorsitzender des Häftlingsbeirates Buchenwald 2 bei der Gedenkstätte Buchenwald. Seit 1995 Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG).

Zahlreiche Publikationen und Artikel zum Thema politische Verfolgung und Strafvollzug in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, u.a. „Die politischen Häftlinge der Sowjetzone“ (1959 und 1989), Ausstellung und Katalog „Mauern - Gitter - Stacheldraht“ (1996).

Begrüßungsrede des Vorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Gerhard Finn

Zum ersten Mal treffen sich in Deutschland, treffen sich hier in Berlin die Vertreter von Organisationen kommunistischer Verfolgungsoffer Ost- und Mitteleuropas mit ihren deutschen Leidensgenossen. Zum ersten Mal in Deutschland wollen wir gemeinsam unsere Stimme erheben und an das Geschehen und an das Leid von Millionen Menschen erinnern, das nicht erst seit dem Ende des unseligen Zweiten Weltkrieges durch den Kommunismus über unsere Länder gekommen ist. Während die Opfer des Nationalsozialismus/Faschismus bis heute genügende Aufmerksamkeit finden, scheinen die Opfer des Kommunismus nur wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums mehr oder weniger dem Vergessen überlassen zu werden. Dabei geht es nicht nur um Gerechtigkeit den Opfern gegenüber, sondern auch um die Dokumentation der Verbrechen der einzelnen kommunistischen Regime mit ihren Geheimpolizeien.

Wir fühlen uns der Wahrheit verpflichtet, nicht der Rache. Wir fühlen uns der Wahrheit verpflichtet, weil nur sie den Menschen immer wieder deutlich machen kann, wohin nicht nur der Rechts-, sondern auch und gerade der Linksextremismus führen kann. Die Dokumentation des Geschehens seit 1917 und vor allem seit 1939, als sich Hitler und Stalin Europa teilten, ist aber auch der Appell an jeden einzelnen, sich seiner Verantwortung bewusst zu sein. Hitler kam durch die Stimmzettel von Millionen Deutschen an die Macht, die sicherlich in der Mehrheit nicht wussten, wohin der Weg führte. Wer heute leichtsinnig mit dem Stimmzettel umgeht, weiß allerdings, wohin der Weg der von ihm geförderten Partei führt - sei sie rechts- oder linksradikal.

Wir wollen also dokumentieren, was immer noch in der Weltöffentlichkeit zu wenig zur Kenntnis genommen wird: die Breite des kommunistischen Terrors, der sich nicht auf ein einzelnes von der Sowjetunion besetztes Land beschränkte, der keinen Unterschied machte zwischen einem befreundeten, befreiten oder feindlichen Land. Die ideologisch motivierte Verfolgung durch die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr dann eingesetzten kommunistischen Regierungen mag in diesem oder jenem Land unterschiedlich stark und zeitlich unterschiedlich groß gewesen sein: sie war aber ständig vorhanden, war ein systembedingtes totalitäres Phänomen mit Millionen Opfern.

Für die deutschen Opfer von 45 Jahren kommunistischer Herrschaft ist diese breite Übersicht über die europäische Dimension des kommunistischen Terrors besonders wichtig. Wir stehen gegen linke Historiker, die sogar die ideologische Komponente der Verfolgung negieren, und auf Deutschland beschränkt weitgehend nur als verständliche Rache und Antwort auf die von Deutschen begangenen Verbrechen werten. Hitler hat sicherlich an vielem Schuld - ihn aber auch für die Weiterführung seiner Konzentrationslager durch die sowjetische Geheimpolizei indirekt verantwortlich zu machen, ist eine ahistorische Nivellierung und Verniedlichung sowjetischen Weltmachtstrebens mit Ausschaltung aller vermeintlichen Gegner.

Die politischen Verfolgungsmaßnahmen in der von der Sowjetunion etablierten DDR, bei denen mehrere hundert Menschen ihr Leben verloren und etwa 200 000 die Haftanstalten kennenlernen mussten, waren nur die Spitze der Repression, die Millionen Deutsche ihre Heimat, ihren Verwandtschafts- und Freundeskreis verlassen ließ, um sich in der Bundesrepublik Deutschland frei von politischem Zwang eine neue Existenz aufzubauen.

Nach jüngsten deutschen Veröffentlichungen aus sowjetischen Akten wird geradezu erleichtert herausgestellt, dass man keine Befehle zur Massenvernichtung gefunden habe. Das erinnert an den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, den es auch nicht gegeben haben soll, der aber Hunderte von erschossenen Flüchtlingen zur Folge hatte. Für die Hunderte von Toten hier und

die zehntausenden Toten dort macht dies nichts aus. Sie waren Opfer eines systemimmanenten Massenmordes von der Ukraine bis Kambodscha, von den baltischen Staaten bis nach Deutschland. Wie viel Kaltherzigkeit und welch verengtes Geschichtsbild hat wohl ein Geschichtspräsident, der angesichts der Massengräber von Fünfeichen, Sachsenhausen, Ketschendorf und Buchenwald sagte, dass man dieses Morden aber ja nicht auf eine Stufe mit den Vernichtungslagern des NS-Regimes stellen dürfe. Diese offensichtlich größte Sorge einer Schule von Historikern die das NS-Herrschaftssystem erforschen und sich nicht loslösen können von der angeblichen Singularität der Nazi-Verbrechen, stehen dem parallelen Verbrechensgeschehen des kommunistischen Sozialismus hilflos gegenüber.

Die Zuerkennung des Richterprivilegs durch Entscheidungen oberster deutscher Gerichte für DDR-Justizfunktionäre (fälschlich Richter und Staatsanwälte genannt) ist ein Ausfluss dieser schiefen Betrachtung und unterschiedlichen Bewertung zweier Diktaturen. Außerdem rächen sich hier die Fehler des Einigungsvertrages, der in einem unverantwortlich hohen Maß die Unrechtsordnung des SED-Regimes respektieren und dadurch das den Opfern angetane Unrecht geringer erscheinen lässt.

So kann nur wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der roten Diktatur in Deutschland ein demokratisch gewählter Ministerpräsident einer demokratischen Partei vorschlagen, eine Art Volksfrontbündnis mit einer kommunistischen Partei einzugehen, um eine rechtsextremistische Partei zu bekämpfen. Die Koalition mit der anderen fast gleichstarken demokratischen Partei lehnte er ab! Über 50 Jahre nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur könnte es dagegen kein Ministerpräsident wagen, ein Bündnis der demokratischen Parteien mit einer rechtsradikalen einzugehen, um die kommunistische PDS zu bekämpfen.

Die unterschiedliche Bewertung zweier Nachhuten terroristischer Regime färbt auch auf die Beurteilung der Opfer ab. Der über 40jährige kommunistische Terror in Deutschland wird gern durch den Hinweis auf den zwölfjährigen Terror der Nazi-Diktatur kleingeredet, indem man die Zahlen der Opfer gegenüberstellt, indem man der fürchterlichen Rassenideologie der Nazis den utopischen, universalistischen, aber im Kern „doch immerhin“ humanistischen Charakter der kommunistischen Klassenideologie gegenüberstellt. Der kommunistische Terror war eben angeblich nur halb so groß und deshalb halb so schlimm wie der der Nazis. Man gibt den Kommunisten einen antifaschistischen Bonus. Der Vergleich der beiden Diktaturen, die Europa in diesem Jahrhundert heimgesucht haben, ist aber kein Problem der Mengenlehre, sondern des Anstandes und der Moral. Opfer können nicht sortiert oder „nachgeordnet“ werden.

Terror bleibt Terror. Wenn wir nun in diesen Tagen von unseren Freunden aus den anderen Ländern von ihren Erlebnissen, von ihren Erfahrungen mit den kommunistischen Regimen hören, werden wir in manchen Fällen erfahren, dass der kommunistische Terror, dass die kommunistische Unterdrückung viel größer, viel schwerer war, als wir ihn in dem Teil Deutschlands kennenlernten, der sich Deutsche Demokratische Republik nannte. Wir werden aber auch erfahren, wie unterschiedlich schlecht die Aufarbeitung und Dokumentation dieser Zeit und damit die Wiedergabe der Ehre an die toten und lebenden Opfer in vielen Ländern ist, weil noch immer alte Vertreter und Anhänger Teilhaber der Macht sind, ihre Archive verschließen und die Täter decken.

Es ist ein mühseliger und schwieriger Weg, den wir alle vor uns haben. Wir in Deutschland hatten das Glück, dass wir in der damaligen Bundesrepublik Deutschland eine „demokratische Personalreserve“ hatten, die unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern bei der demokratischen Einrichtung und Orientierung helfen konnte. Und wir haben das Glück, dass wir - bei allen Mängeln und Schwierigkeiten - diese zweite deutsche Vergangenheit mit vielen Materialien und Forschungsmöglichkeiten aufklären und darstellen können, damit eine möglichst große, breite Masse unserer Mitbürger/innen nach der Immunisierung gegen den Nationalsozialismus nun auch gegen den Kommunismus und andere Heilsversprecher politisch immun oder zumindest hellhörig wird.

Es waren aber nicht nur Persönlichkeiten aus der demokratischen Personalreserve, die hier in den neuen Ländern sozusagen als ungelernete Demokraten anpackten und viel bewegen konnten. Männer und Frauen, die auch uns Westlern einiges an Rückgrat haben lehren können.

Einen von ihnen haben wir heute unter uns. Es ist dies der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Herr Joachim Gauck. Er hat das Wort.



Mahnmal Friedhof Seestraße



Kranzniederlegung am nationalen Staatsakt



Am Rande (v. l.): Bela Krasznay, Fónay Jenő, Ticu Dumitrescu, Roland Bude



Gedenken an den Widerstand gegen das NS-Regime: Hinrichtungsstätte Plötzensee



Empfang beim Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen im „Roten Rathaus“



Mitgliederversammlung (v. I.): Gerhard Finn, Roland Bude, Kaja Pereković, Dr.-Jur. Stanislav Drobný



Totengedenken und Kranzniederlegung in Berlin-Hohenschönhausen





Joachim Gauck

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Joachim Gauck wurde 1940 in Rostock als Sohn eines Kapitäns geboren. Nach dem Abitur studierte Joachim Gauck Theologie. Als Pfarrer in Lüssow bei Güstrow und später im Neubaugebiet Rostock-Evershagen wurde Gauck durch seine offenen und kritischen Worte bekannt. 1989 gehörte Joachim Gauck zu den Mitbegründern des „Neuen Forum“ in seiner Heimatstadt. Dort war er Mitinitiator des kirchlichen und öffentlichen Widerstandes gegen die SED-Diktatur. Im März 1990 zog er im Ergebnis der ersten demokratischen Wahlen in der DDR als Abgeordneter der Bürgerbewegung in die Volkskammer ein und wurde zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gewählt.

Nach Wahl durch die Volkskammer zum 3. Oktober 1990 wurde Gauck vom Bundespräsidenten und Bundeskanzler zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes berufen. Seit Verabschiedung des Stasiunterlagen-Gesetzes des Deutschen Bundestages Ende 1991 ist Joachim Gauck Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit Dienstsitz in Berlin.

Am 21. September 1995 mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt, wurde er zum 3. Oktober 1995 für eine zweite Amtsperiode berufen.

Er ist 1991 zusammen mit fünf weiteren ehemaligen DDR-Bürgern (unter ihnen Jens Reich und Ulrike Poppe) mit der Theodor-Heuss-Medaille für Verdienste ausgezeichnet worden.

Im Oktober 1995 erhielt er zusammen mit weiteren Ostdeutschen in Würdigung seiner Verdienste für die friedliche Revolution 1989 das Bundesverdienstkreuz.

Im Dezember 1996 wurde er in Kiel mit dem Hermann-Ehlers-Preis und im November 1997 in Bremen (gemeinsam mit Freimut Duve) mit dem Hannah-Arendt-Preis ausgezeichnet.

Rede des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Joachim Gauck

Herzlichen Dank für die Einladung, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es ist meine Aufgabe, kein Grundsatzreferat über die Gesamtanlage der Aufarbeitung der Vergangenheit zu halten, sondern eingeschränkt darüber zu sprechen, wie das Tun der Staatssicherheit in Deutschland bearbeitet werden kann. Ich möchte - es gibt kein Manuskript dieser Rede - vor Ihnen in drei Abschnitten Auskunft geben: Erstens über die gesetzliche Grundlage und zweitens über die Praxis der Arbeit, drittens über Ergebnisse und Kontroversen. Bevor ich das tue, möchte ich aber darauf hinweisen, dass wir in der ehemaligen DDR eine etwas andere Voraussetzung hatten, eine etwas andere Entscheidungsvoraussetzung in den Parlamenten, als es in Ihren Ländern der Fall gewesen ist. Es ist ganz überraschend, aber die sehr gehorsamen Deutschen haben es tatsächlich fertiggebracht, 1989 im Herbst so etwas wie eine revolutionäre Umwälzung voranzutreiben. Das liegt den Deutschen gar nicht, im Gegensatz etwa zu den Polen. Aber wir haben es tatsächlich geschafft. Und wir hatten auch im Politbüro keine Kommunisten, wie in Ungarn oder Polen, die bereit waren, mit der Opposition über Veränderungen zu sprechen. Und so brauchten wir einfach einen kleinen revolutionären Schub. Und innerhalb dieser revolutionären Phase der Umwälzung ist es am 4., 5. und 6. Dezember 1989 dazu gekommen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Staatssicherheitsgebäude in den Kreisstädten und Bezirksstädten besetzt haben. Sie haben gesagt, wir wollen keine Stasi mehr, auch keine demokratische Stasi, sondern unser Slogan lautete: Stasi in die Produktion.

Unser Übergangspremier, Herr Modrow, hatte einen anderen Plan, so wie er in vielen Ihrer Länder verwirklicht worden ist. Wir machen jetzt eine „Stasi light“, also so ein demokratisches Element führen wir ein. Und wir behalten die alten Akten und die meisten der alten Mitarbeiter und ändern oben die Spitze. Das hat der Modrow auch gemacht bei uns und hatte ein Amt für nationale Sicherheit geschaffen. Das war die Nachfolgeorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit, in dem zuletzt mehr als 90 000 hauptamtlich Beschäftigte gewirkt haben. Und ich muss Ihnen die Größe der Bevölkerung dazu sagen, in der Deutschen Demokratischen Republik lebten weniger als 17 Millionen Menschen, etwa 16,6 Millionen Menschen, und dafür hatten wir eine geheime und Ideologiepolizei - alles in allem mit mehr als 90 000 Personen. Das ist historisch neu, das gab es bislang noch nicht. Darum war das für uns irgendwie wichtig, dass wir uns der Stasi entledigen konnten.

Der Kampf gegen die Kommunisten in der SED wurde fokussiert im Kampf gegen die Stasi. Modrow konnte sich also mit seinem Konzept nicht durchsetzen. Es wurde ein Amt zur Auflösung der Staatssicherheit geschaffen, und dieses Amt wurde vom Parlament kontrolliert. In diesem Parlament war ich selber Mitglied. Ich war Mitglied in der Fraktion der Bürgerbewegung Bündnis 90, die sich dann mit den Grünen vereinigt hatte. Ich landete so in der Opposition. Und nun kommt etwas weiteres Besonderes für die deutsche Situation, noch vor der deutschen Einheit übrigens. Wir sprechen vom Jahr '90. Es ist uns im Parlament gelungen, beim Thema Staatssicherheit und Aufarbeitung der Vergangenheit eine Koalition der Vernunft zwischen den oppositionellen Parteien und Gruppen und der regierenden Koalition zu erreichen. Zeitweilig haben sogar zahlreiche Abgeordnete der postkommunistischen PDS die Arbeiten für ein Stasiunterlagengesetz der DDR-Volkskammer positiv begleitet, und einige Abgeordnete der PDS haben sogar mitgestimmt, als dieses Gesetz verabschiedet wurde. Also, durch die Besetzung der Dienststellen der Stasi hatte das Volk die Möglichkeit, die Aktenvernichtung zu stoppen. Das Volk, die Bürgerkomitees sagten, das ist Herrschaftswissen, das wollen wir behalten, das soll nicht verbrannt oder vernichtet werden. Und die Abgeordneten hatten nun ein Erbe der Revolution, und sie mussten damit umgehen. Und haben gesagt, was machen wir mit diesen Akten? Die kommunistische Geheimpolizei und die SED sagten, das ist zu gefährlich, das muss man zumachen. Und jetzt war es aber sehr einfach, eine Zustimmung aller Parteien zu finden, für

die Variante: Aktenöffnung. Keinen Schlusstrich. Die Polen haben sich ja in ihrem Land einen Schlusstrich verordnet, sie nennen das Gruba Kreska, unter Mazowiecki haben sie das so beschlossen. Sie finden das heute etwas problematisch, aber sie haben es ganz deutlich beschlossen. Wir in Deutschland hatten so etwas wie einen Schlusstrich schon einmal, das war nach dem Krieg. Da konnten die Deutschen das irgendwann im Jahre 1950 nicht mehr ertragen, dass sie Kriegsverbrecher waren, und sagten, wir wollen von dem ganzen nichts mehr hören. Uns geht es auch schlecht. Ich kritisiere diese Haltung sehr. Und ich finde, sie hat den Deutschen nicht gut getan, aber es gab so etwas. Schuld und Verantwortung wurden unter den Teppich gekehrt. Und die Deutschen sahen sich als Opfer. Die ganzen faschistischen Gräueltaten wurden nicht mehr debattiert. Es hat eine Generation gedauert, bis in Deutschland ein anderes Bewusstsein eintrat. Und das war nach der sogenannten 68er Bewegung, die von unseren Universitäten ausging. Dann haben die Deutschen angefangen, sich selber als ein Volk der Täter zu sehen. Und ich habe mit meinen Freunden im Parlament überlegt, wollen wir eigentlich wieder eine Generation warten, um die Schuld und die Verantwortung einer Diktatur zu bearbeiten, oder wollen wir es gleich machen? Und wir fanden, gleich ist besser. Und deshalb haben wir am 24. August 1990, noch in der DDR, vor der Einheit, ein Gesetz gemacht, das bestimmte: die Akten der Geheimpolizei werden geöffnet und für jedermann für bestimmte Zwecke zugänglich gemacht. Die Kernformulierung lautete: Die Akten werden geöffnet und benutzt für die politische, juristische und historische Aufarbeitung der Vergangenheit. Es ging also nicht nur um das Element der Lustration, das in vielen postkommunistischen Ländern so heiß debattiert wurde, um die Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Es ging um mehr. Jeder einzelne sollte erkennen dürfen, ob und wie die kommunistische Geheimpolizei gegen ihn gearbeitet hat. In dem späteren Gesetz, das 1991 nach der Einheit entstanden ist, dem Stasiunterlagengesetz, wird dieses Recht jedes einzelnen noch deutlicher formuliert. Der einzelne soll mit Hilfe der Akten seine Vergangenheit erhellen können. Er soll auch seine Ansprüche geltend machen können. Und zwar geht der Gesetzgeber so weit, dass jeder Betroffene, also jeder, der von der Staatssicherheit irgendwie bearbeitet worden ist, erfahren darf, seine gesamte Akte sehen darf, bis auf die Teile, die von dritten Personen handeln. Also wenn sehr persönliche Dinge über Dritte in unserer Akte stehen, dann dürfen wir die nicht lesen. Das kriegt die Person, die dieser Dritte ist, dann zur Kenntnis, aber nicht wir. Also über gesundheitliche Dinge, intime Dinge, sehr persönliche Dinge, von anderen Personen, das wird geschwärzt. Nicht geschwärzt wird aber jede Information, wie die Stasi gegen uns gearbeitet hat und wer es war. Auch die Decknamen der Informanten, der sogenannten Inoffiziellen Mitarbeiter, können die Aktenleser sich von der Behörde entschlüsseln lassen. Sie erfahren also mit Klarnamen, wer sie gegebenenfalls verraten hat. Sie erfahren natürlich auch, wer sie nicht verraten hat. Und es ist sehr interessant, dass man bei der Aktenlektüre oft ganz fröhliche und ganz niedergeschlagene Menschen sieht. Manchmal in einem Raum. Einer stellt fest, keiner von meinen Freunden hat mich verraten, und ein anderer stellt fest, meine Freunde und sogar vielleicht meine Ehefrau oder mein Ehemann oder ein Kind von mir oder meine Mutter oder mein Vater hat mich verraten. Und alle diese Dinge wollte der Gesetzgeber so haben. Die deutschen Abgeordneten haben sich gedacht, wir wollen über die Verstrickungen der Vergangenheit reden, das ist besser, als darüber zu schweigen.

Aus diesem Grund hat es auch keinen Protest der Rechtspolitiker gegeben. Denn es gibt im ganzen Westeuropa, aber auch in den Vereinigten Staaten eigentlich ein sehr modernes Rechtsgut, nämlich das Recht, auf informationelle Selbstbestimmung. Ich sage das für den Übersetzer noch mal, weil das wahrscheinlich ein unbekannter Terminus ist. Ich spreche von dem modernen Persönlichkeitsrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Das heißt, in den modernen Gesetzgebungen hat der einzelne Bürger prinzipiell das Recht zu erfahren, welche Institution über ihn Daten gesammelt hat. Dieses Recht kann eingeschränkt werden, wenn es Gründe gibt, dass das Recht der Gemeinschaft wichtiger ist, als das Recht eines einzelnen. Aber im Prinzip gilt das. In Amerika gibt es dafür ein eigenes Gesetz, den Freedom of Information Act. Und das muss ich einfach sagen, weil ich weiß, dass in vielen postkommunistischen Staaten

gerade Rechtsprofessoren häufig die Argumentation vertreten (ich habe das z. B. in Ungarn gehört, bei Seminaren dort), häufig die Auffassung vertreten, das geht zu weit, das ist rechtlich nicht zu gestalten, das verstößt gegen das Persönlichkeitsrecht. Und es ist mir sehr wichtig, dass Sie hören, dass das keineswegs der Fall ist. Die Abgeordneten haben das Recht, die Würde des einzelnen, das Persönlichkeitsrecht des Opfers, gegen das Persönlichkeitsrecht von Tätern zu werten und zu gewichten. Und bei dieser Güterabwägung sind eben die deutschen Abgeordneten zu der Auffassung gekommen, dass es wichtiger ist, den Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen, als den Persönlichkeitsschutz der Täter abzusichern.

Interessant ist, dass wir in einem Ihrer Länder, und zwar in Ungarn, eine sehr interessante Kontroverse zwischen dem Parlament und dem Verfassungsgericht der Republik Ungarn haben. Das Verfassungsgericht und der Präsident haben dem Parlament gesagt, das Gesetz, das wir haben, reicht nicht aus. Es ist nur ein Lustrationsgesetz. Wir brauchen aber wegen des Rechtes auf informationelle

Selbstbestimmung einen Aktenzugang der Opfer zu ihren Akten. Ähnliche Debatten wird es wahrscheinlich in allen postkommunistischen Ländern geben. Ja, die Gesetzgebung ist in Deutschland eigentlich sehr eindeutig. Und sie begünstigt die Opfer des Regimes. Sie hat einen Perspektivenwechsel vorgenommen zugunsten der Opfer. Deshalb trägt die Opposition in Deutschland nach wie vor dieses Gesetz mit. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Bündnisgrünen sehen in diesem Gesetz einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung und für den Übergang zur Demokratie.

Lassen Sie mich noch über diesen Aspekt der Lustration sprechen. Auch das ist ein Element der politischen Aufarbeitung. Es ist in Deutschland erlaubt, den öffentlichen Dienst zu überprüfen. Aber nicht daraufhin, ob die Mitarbeiter früher Kommunisten waren. Danach wird nicht gefragt. Das wäre in Deutschland nicht möglich. So haben wir folgendes Phänomen: In weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in den Schulen, arbeitet eine Mehrzahl von ehemaligen Kommunisten im öffentlichen Dienst der freiheitlichen Demokratie. Einzig bei dem Phänomen der Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst haben wir die Möglichkeit der Überprüfung. Wer also über die Parteimitgliedschaft hinaus offiziell oder inoffiziell für den Geheimdienst gearbeitet hat, der kann als ungeeignet gelten für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Wenn Sie so wollen, hat Deutschland damit einen etwas milderen Weg gewählt als die tschechische Republik. Die tschechische Republik fragt bei ihrer Lustration auch danach, wer Parteikader war und bezieht sogar die Arbeit der Milizen mit ein. In Deutschland ist das nicht der Fall. Da bezieht sich das wie gesagt, ich wiederhole mich, lediglich auf die Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst.

Wie geschieht das nun, diese Überprüfung? Sie geschieht in der Weise, dass die Behörde, die ich leite, von den öffentlichen Stellen angefragt wird, gibt es Informationen über Frau Müller, Herrn Meier, Frau Krause, die bei uns beschäftigt sind? Gibt es Informationen über eine Zusammenarbeit? Und meine Behörde, eine unabhängige Behörde, die von keinem Ministerium angeleitet werden darf, meine Behörde bewertet dann nach den Akten, ob es eine Zusammenarbeit gegeben hat. Das kann man aus den Akten sehr klar erkennen. Schon im Bereich der Parteien erkennen wir, ob eine Person für den Geheimdienst gearbeitet hat oder vom Geheimdienst observiert worden ist. Vollends erkennen wir das, wenn die Akten vorhanden sind. Aus den Akten ergibt sich ganz klar, und wir müssen da gar nicht entscheiden, das ist ein Guter, das ist ein Böser. Aus den Akten ergibt sich ganz klar, ob die Person zusammengearbeitet hat mit dem Geheimdienst oder nicht. Dabei haben wir lernen müssen, dass es unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit gab. Es gab einmal die normale Form einer schriftlichen Verpflichtung. Dann gab es aber auch Sonderformen der Kooperation. Sie bestanden darin, dass es so etwas wie „gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“ gab, Menschen, die als Kaderleiter oder andere, in anderen wichtigen Funktionen, praktisch so fortschrittlich waren, dass sie qua Amt mit der Stasi zusammenarbeiteten. Diese Kategorie nennt die Staatssicherheit GMS - gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit. Ich gehe davon aus, dass es diese Kategorien in Ihren Ländern

ebenfalls gibt. Nun gibt es eine Besonderheit. Bei der Außenspionage der Staatssicherheit ist nicht jede Anwerbung erkennbar gewesen. Im Ausland sind Stasi-Spione vielfach aufgetreten als Wissenschaftler, Sportler u.a. und haben versucht, den Angesprochenen vorzutäuschen, es ginge um einen Dialog. Es ist nicht zu einem förmlichen Kontakt gekommen, so dass manche westdeutsche IM tatsächlich zuerst nicht wussten, dass sie von der Staatssicherheit als Inoffizielle Mitarbeiter geführt wurden. Im Inland, also in der DDR damals, war das nicht üblich, diese verdeckte Führung. Aber es gab eine abgemilderte Form der Werbung. Sie wurde insbesondere bei Kirchenvertretern und unter Intellektuellen und Künstlern angewendet. Es war die Zusammenarbeit ohne förmliche, schriftliche Verpflichtung. Hier hat man diese Leute regelmäßig getroffen, und wenn diese Personen bereit waren, über ihre Treffen zu schweigen, hat man einen Vorgang „Inoffizieller Mitarbeiter“ eröffnet. Manche Intellektuelle waren sehr böse, dass sie nach der Wende von unserer Behörde als Inoffizielle Mitarbeiter bezeichnet wurden. Sie waren sich bewusst, sie hatten nie etwas unterschrieben. Aber die Akten ergaben häufig, gerade bei diesen Personen, eine sehr lange und sehr intensive Kontaktphase. Und während dieser Kontaktphase haben sie sehr viele wichtige Dinge für die Staatssicherheit auch zur Verfügung gestellt, so dass wir zu der Kenntnis gekommen sind, dass nicht die Art und Weise der Entstehung einer Zusammenarbeit, sondern die tatsächlich übermittelten Informationen etwas sehr wichtiges sind. Für die Staatssicherheit war es eben ein normaler IM - Inoffizieller Mitarbeiter -, egal, ob er unterschrieben hatte oder eine schweigende, ständige Trefftätigkeit durchgeführt hat. Das war nun schon ein kleines Detail aus unserer Arbeit, das hier eigentlich gar nicht hergehört. Aber ich denke, das ist wichtig für Sie, auch zu hören, dass es so unterschiedliche Formen der Kooperation gab. Nun zurück zu der Überprüfung. Meine Behörde erstellt also einen Bericht von etwa 16 Punkten und berichtet dann der personalführenden Stelle, ja, diese Person war IM, so und so lange, sie hat Berichte geschrieben oder nicht, Geld genommen oder nicht, Orden bekommen oder nicht, sie ist eigenständig ausgeschieden, weil sie keine Lust mehr hatte oder nicht, so dass die empfangende Stelle sich ein Bild machen kann, der war zehn Jahre IM, den möchten wir nicht als Lehrer oder Polizisten weiterbeschäftigen. Meine Behörde ist nicht beteiligt bei der Entscheidung, ob eine Person weiterbeschäftigt wird oder nicht. Und im Gesetz in Deutschland stehen die Kriterien auch nicht drin, die eine Entlassung hervorrufen. Sondern die öffentlichen Stellen mussten sich über diese Kriterien selber einigen. Das war eine Schwäche des Gesetzes; denn in weiten Bereichen ist es dazu gekommen, dass auch verstrickte Personen im öffentlichen Dienst weiter wirken können. Es gibt in Deutschland eine große Debatte über einen Politiker, der eine bedeutende Position hat, der sogar Ministerpräsident ist und der über viele Jahre als kirchlicher Beamter mit der Staatssicherheit Geheimgespräche geführt hat, das ist der Ministerpräsident Manfred Stolpe. Und der sagt immer, er hatte nur das Beste im Sinn. Und er hat auch nicht unterschrieben. Und er findet das skandalös, dass man ihm solche Vorhaltungen macht. Gleichwohl sind Akten erhalten, die belegen, dass er in sehr, sehr umfangreichen Kontakten doch sehr intensiv auch gesprochen hat. Vielleicht nicht direkt in einer zugespitzten Verratsabsicht, so dass wir auch manchmal die Motivlage sehr differenziert einschätzen müssen. Aber hier war es nun so, dass die Öffentlichkeit hinnehmen musste, dass die Partei, der dieser Ministerpräsident angehört, damit leben konnte. Er ist immer noch Ministerpräsident. Ein anderer Ministerpräsident, unser erster, den wir in der DDR nach den ersten freien Wahlen im März 1990 hatten, Herr de Maiziere, hatte auch so ein kleines Problem. Wahrscheinlich war das nicht so groß, wie das von dem Herrn Stolpe. Aber seine Partei fand es nun nicht opportun, mit ihm weiter in einer führenden Position zusammenzuarbeiten, und deshalb endete die politische Karriere dieses Herrn sehr früh. Sie spüren, es ist nicht alles klar. Sondern die deutsche Regelung lässt manches offen, indem sie die Kriterienbildung nicht fixiert hat. Das gute an der deutschen Regelung ist, dass man auch eine faire Flexibilität entwickeln kann. Man muss also nicht jeden kleinen Inoffiziellen Mitarbeiter, der als ängstlicher junger Bursche mit 19 Jahren bei der Armee unterschrieben hat und hinterher nicht mehr viel getan hat, man muss den nicht rausschmeißen. Es gibt keinen Zwang, das zu tun. Und so können wir vielleicht einschätzen, dass in den Bereichen der Länderinnenministerien rund 50% der Belasteten weiterarbeiten und 50% gefeuert worden sind.

Sie sind hier im Land Berlin. Diese große Stadt ist ein eigenes Bundesland. Und die Überprüfung der Lehrer im Land Berlin hat eine besonders interessante Zahl ergeben, die in der Behörde, in der Herr Kusior arbeitet, zusammengestellt worden ist. Herr Kusior sitzt dort in der Ecke. Und mit dem können Sie darüber später noch mal sprechen. Seine Behörde hat festgestellt, dass 4,7% der Berliner Lehrer IM-belastet waren, nach Auskunft meiner Behörde. Wir haben dann diese Berichte an den zuständigen Minister gegeben, und er hat aber nicht 4,7% entlassen, auch nicht 2,7%, sondern 0,9% hat er entlassen, statt 4,7%. Das heißt, er hat nur 21 % der Beschuldigten tatsächlich aus dem Lehrerberuf entfernt. Und so erleben unsere Ostberliner Landsleute nun folgende Situation, die ist Ihnen ja vertraut, aus Ihren Ländern: Neben den ehemaligen Parteisekretären und sonstigen Genossen arbeiten jetzt mehr als drei Viertel der ehemaligen IM der Staatssicherheit ausgerechnet im Beruf des Lehrers weiter. Sie können sich vorstellen, dass das nicht jedem Berliner gefällt. Aber auf der anderen Seite haben die Täter von einst hier eine große Lobby. In den großen Hauptstädten der fünf wiedererstandenen deutschen Länder gibt es sehr viel altkommunistisches Personal aus den drei großen Bürokratien, die sie sich über Jahrzehnte herangezogen haben, und die schreiben auch in Zeitungen und vergiften die öffentliche Stimmung. Also es gibt eine Debatte. Ich will Ihnen sagen, es funktioniert mit der Lustration, aber sie ist in Deutschland nicht ein ewiges Gesetz, sondern sie ist für eine Übergangszeit geschaffen worden, nämlich für 15 Jahre. Nach 15 Jahren darf niemand mehr einem anderen vorhalten, jedenfalls bei der Besetzung von Stellen, er sei IM der Stasi gewesen. Wer dann nicht überprüft ist, bleibt unüberprüft. Das ist so jetzt dieses Element der Überprüfung.

Bei der juristischen Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit ist wichtig, dass wir nicht nur den Staatsanwaltschaften Akten geben können für die Strafverfolgung von Menschen, also etwa von Menschen, die getötet haben, Flüchtlinge getötet haben oder andere ohne Grund eingesperrt haben, die Wahlfälschung gemacht haben und ähnliche Dinge. Viel wichtiger erscheint mir, dass die Gefängnisopfer das Recht haben, ihre Akten zu bekommen, und mit diesen Akten können sie dann zu den Rehabilitierungsstellen gehen und ihre Rehabilitation beantragen. Es gibt in Deutschland auch eine Wiedergutmachung. Sie wird von den Opferverbänden kritisiert, weil sie nicht ausreichend ist. Aber im internationalen Maßstab gesehen muss man doch sagen, dass die Deutschen sich hier haben etwas einfallen lassen. Vielleicht geht Frau Dr. Jansen noch auf das erste und zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz ein, das hier häufig kritisiert wird von den Herren, die Sie hier treffen als deutsche Verbandsvertreter. Aber da ich Südafrika kenne und andere Länder, muss ich sagen, hier hat sich der deutsche Gesetzgeber wenigstens bemüht, ein Element von Wiedergutmachung, auch materieller Wiedergutmachung, einzuführen. Und es war unglaublich wichtig für die Opfer des Terrors zu erkennen, dass der Gesetzgeber auf ihrer Seite steht - und nicht auf der Seite der Stasi-Offiziere und der SED-Häuptlinge. Wir können unsere Akten nehmen und dann zu einem Richter gehen oder einer Rehabilitierungsstelle und sagen, hier, ich habe es mir nicht ausgedacht, dass ich im Knast gesessen habe. Hier schaut hinein, ich bin wirklich verfolgt. Das war ein großes Angebot, und deshalb hat ein Oppositionsabgeordneter von den Grünen kürzlich im Deutschen Bundestag auch dieses Gesetz ein Schmuckstück der bürgernahen Gesetzgebung genannt. Ja, soviel also zu diesem Bereich dessen, was hier möglich ist.

Vielleicht noch ein bisschen zur Struktur meiner Behörde, ehe ich zu den Arbeitsergebnissen und den Kontroversen komme. Die Behörde, die dies nun alles zu handeln hat, nur mit den Stasi-Unterlagen, nicht mit den Partei-Akten und nicht mit den Akten der öffentlichen Verwaltungen. In Deutschland sind zwar alle Akten geöffnet, man kann zu allen Akten vordringen, sogar zu den Akten des Politbüros, auch der örtlichen Verwaltungen. Der deutsche Gesetzgeber macht einen Unterschied zwischen Akten, die in der Demokratie entstanden sind und jenen, die in der Diktatur entstanden sind. Und darum gibt es prinzipiell den Zugang zu allen Akten, nur meine Behörde erledigt nur den Zugang zu den Stasi-Akten. Diese Behörde besteht aus etwa 3000 Personen. Sie arbeitet in Berlin und in 14 anderen Städten im Osten, dort, wo die regionalen Zentren der Stasi waren. Wir haben in der Zwischenzeit rund vier Millionen Anträge zur Bearbeitung bekommen. Das heißt, Sie spüren, die Deutschen haben ein großes Interesse an der

Vergangenheit. Rund zwei Drittel dieser Anträge kommen von öffentlichen Stellen für die Überprüfung des öffentlichen Dienstes oder von Gerichten, Staatsanwaltschaften und rund ein Drittel kommt von Personen, die ihre eigene Geschichte aufklären möchten und die wissen möchten, was steht in den Akten über mich drin. Niemand muss einen besonderen Grund angeben, warum er seine Akten sehen will. Jeder hat das Recht. Die Behörde hat auch eine eigene Abteilung Bildung und Forschung. Der Bundesbeauftragte hat den Auftrag vom Parlament bekommen, die Öffentlichkeit zu informieren über die Struktur und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit. Und das tun wir auf verschiedene Weise, indem wir Bücher publizieren, wissenschaftliche Bücher, Tagungen machen, wissenschaftliche Tagungen und populäre Tagungen, aber auch, indem wir Ausstellungen zeigen. In jedem Bundesland zeigen wir eine Ausstellung, und für die westlichen Bundesländer haben wir eine Wanderausstellung geschaffen, die im Deutschen Bundestag gestartet ist. Sie heißt: „Staatssicherheit -Garant der SED-Diktatur“. Darin wird deutlich, dass die Staatssicherheit eines der ganz wesentlichen Elemente der kommunistischen Parteidiktatur war, aber dass die kommunistische Partei eben die Hauptsache war. Und eines der Mankos der deutschen Situation besteht darin, dass, indem es so eine große Behörde gibt wie meine und so ein umfangreiches Stasiunterlagengesetz, sehr viel über die Geheimpolizei gesprochen wird, aber sehr wenig über das Politbüro, das Zentralkomitee und die Partei. Es gibt keine Behörde wie meine, die sich mit den Machenschaften der Partei beschäftigt. Und wenn wir nicht die Enquetekommission des Deutschen Bundestages hätten, gäbe es noch viel weniger Wissen über diejenigen, die die Hauptverantwortlichen sind. Und das ist ein Manko. Ich glaube aber, die Abgeordneten haben das auch gesehen. Und sie haben gesagt, nun ja, bei der Partei wussten wir ja immer, wer da drin ist. Jeder kannte seinen Parteisekretär im Betrieb oder im Institut. Und dann wusste er, ich kann ja den Mund halten, wenn der reinkommt. Aber wir wussten nicht, wer unser Stasi-Spitzel war! Und da kam der Angriff aus dem Dunkel. Und wahrscheinlich ist diese Ohnmacht der Bürger gegenüber der Staatssicherheit Ursache dafür gewesen, dass der deutsche Gesetzgeber gerade beim Thema Stasi besonders genau hingeschaut hat und eine spezielle Unwerterklärung eigentlich gegenüber der Staatssicherheit ausgesprochen hat.

Nun zurück zur Behörde und ihren Aufgaben. Ich habe eine Tätigkeit noch unerwähnt gelassen. Und das ist die Arbeit der Presse und der Wissenschaft außerhalb der Behörde. Der deutsche Gesetzgeber hat sowohl der Presse als auch der Wissenschaft das Recht gegeben, in diesen Akten zu forschen. Und zwar dürfen Presseleute und Historiker alle Sachakten und alle Akten von Offizieren und Mitarbeitern, auch Inoffiziellen Mitarbeitern, benutzen. Nicht erlaubt ist die Hergabe von Opferakten für Presse und Forschung. Das müssen die Opfer selber geben. Wir können nicht über deren Akten verfügen. Aber viele der Debatten bei uns in den Medien sind nicht dadurch entstanden, dass Material auf illegalem Weg an die Medien gelangt ist, sondern die Medien haben das Recht, bei meiner Behörde zu beantragen, ich möchte schreiben über Verstrickung von Medizinern an der Universität Leipzig mit der Staatssicherheit. Und dann müssen wir alle Ärzte und Professoren, die für die Staatssicherheit gearbeitet haben, benennen, müssen deren Akten an den Forscher oder Journalisten herausgeben. Das heißt natürlich nicht, deren ganz allerpersönlichste oder gar intime Dinge. Die werden dort auch geschützt. Aber ihre Arbeit als Inoffizielle Mitarbeiter, als Informanten der Staatssicherheit soll in der Öffentlichkeit bekannt sein. Und deshalb kann sich hier keiner, und sei er noch so prominent, dagegen wehren, dass die Presse über ihn als Informanten des Geheimdienstes schreibt und spricht. Das ist in Deutschland erlaubt, es gilt nicht als Verleumdung. Das ist eine sehr wichtige Sache gewesen. Es ist natürlich auch ein bisschen ungut, wenn die Presse dann nur noch über Stasi-Spitzel schreibt. Das ist schon aus dem Grund ungut, weil man dieses Thema nach ein paar Jahren satt hat. Dann kann man das gar nicht mehr hören. Aber es war unglaublich wichtig, denn in Ihren Ländern, wo man im Grunde auf die Ehrlichkeit von -ja, Menschen angewiesen ist, die das bereuen, mal als Spitzel gearbeitet zu haben, ist ja nicht viel zu lesen. Es gibt ja keine große Bekenntnisliteratur von Geheimdienstoffizieren und von Spitzeln aus dem kommunistischen Machtbereich.

Es gibt ja so einige verwirrte Leute, die sagen, wenn wir das Stasiunterlagengesetz nicht hätten, dann wären die ehemaligen Täter viel freundlicher, sie würden viel offener über ihre Schandtaten sprechen. Dann pflege ich immer zu sagen, na, dann fahren sie mal nach Polen und Rumänien, ob die ehemaligen Geheimdienststrolche dort so offen über ihre Untaten sprechen. Sie tun es natürlich nicht. Und deshalb war es so wichtig, dass der deutsche Gesetzgeber der Presse auch das Recht gegeben hat, über diese bösartigen Strategien gegen ganz normale Menschen zu berichten.

Ich hatte Ihnen schon ein bisschen über Zahlen erzählt. Tatsächlich haben wir bei einer Hochrechnung herausgearbeitet, dass in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich 20 000 bis 30 000 Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi in Westdeutschland gearbeitet haben. Da haben wir noch gar nicht die IM's der Tschechen, der Ungarn und der Polen in Westdeutschland mitgezählt, und vom KGB auch nicht. Man könnte also die Zahl der Verräter dort noch erheblich erhöhen. Nun ist es allerdings so, dass man auch verstehen kann, wenn westliche öffentliche Verwaltungen sich nicht überprüfen lassen. Denn in Rechtsstaaten gilt immer ein Rechtsstaatsprinzip, das heißt auf Deutsch: Verhältnismäßigkeit. Eine Überprüfung ist immer ein Eingriff in Persönlichkeitsrechte. Und solche Eingriffe müssen verhältnismäßig sein. Und wenn man davon ausgeht, dass vielleicht nur im Promillebereich Belastungen von öffentlichen Verwaltungen im Westen vorliegen, schätzen viele Rechtskundige eine solche Überprüfung im Arbeitsaufwand eben als nicht verhältnismäßig ein und lehnen sie damit ab, weil sie rechtsstaatswidrig ist. Das sehen natürlich viele Leute anders. Insbesondere viele Menschen, die sie hier in unseren Kreisen treffen, die genau wissen, wie das war, wenn sie selbst noch im Westen bespitzelt worden sind. Einige unserer Oppositionellen wurden ja von Westdeutschen und Ostdeutschen gemeinsam bespitzelt, oft wenn sie hier lange im Knast saßen, rüber kamen, dann noch einmal. Das ist schon ziemlich bitter, dann die große Ignoranz im Westen zu sehen, als hätte es das alles nicht gegeben. Und deshalb gibt es da auch Kontroversen darüber, ob es richtig ist, dass im Westen nicht überprüft wird. Gerade jetzt haben wir in einer mittelgroßen westdeutschen Stadt, in Kassel, an der dortigen Uni und Hochschule eine ganz interessante Debatte. Einige der etablierten Uni-Menschen wollen das eben nicht, sie finden das unanständig, diese Überprüfungen. Und einige jüngere Wissenschaftler und Studenten sagen aber, warum können wir das hier nicht an einer westdeutschen Hochschule auch machen? Die Leipziger, Rostocker und Berliner mussten das ja auch über sich ergehen lassen. Nein, sagt man, nein, das passt nicht in unsere Rechtslandschaft, das ist ja wohl Hexenjagd. Dieses Element, dieses Wort Hexenjagd oder Inquisition, das lieben die Verstrickten besonders. Je weniger sie darüber nachdenken möchten, was Ihre eigene Schuld ist, desto mehr verwenden sie solche Begriffe wie Hexenjagd. Und deshalb habe ich Ihnen auch diese Zahlen gesagt, von den Entlassungen, dass das also gar nicht so ist. Wenn Sie so wollen, haben wir in Deutschland eine Mixtur zwischen Integration und Desintegration. Die Masse der Kommunisten ist integriert in den öffentlichen Dienst. Dankbarkeit erwartet man vergeblich. Sie sprechen trotzdem nicht dankbar vom Rechtsstaat. Und ein Teil der Geheimdienstaktivisten ist desintegriert. Sie sollen sich ihre Arbeit in der Privatwirtschaft suchen. Einige von denen verdienen da übrigens ganz gut. Und darüber kann ich auch lange Geschichten erzählen, aber das würde dann hier ausufern.

Was an diesen Regelungen, die wir in Deutschland haben und die ja offensichtlich angenommen sind von der Öffentlichkeit, hat sich bewährt und was ist etwas problematisch? Ich denke, dass es richtig war, dass wir nicht jeden Verstrickten in den öffentlichen Dienst übernommen haben. Es war also gut, ein gutes Signal an die deutsche Öffentlichkeit, zu sagen, wir wollen einen etwas gereinigteren öffentlichen Dienst haben. Und indem der Gesetzgeber diese Lustrationsphase begrenzt hat, hat er auch gezeigt, es soll hier nicht ewig so weitergehen, wie in dieser Übergangszeit. Bewährt hat sich vor allem, und das hat sich als Zentrum unserer Regelung herausgestellt, dass der einzelne Bürger Subjekt ist. Er ist die Hauptsache gewesen bei der Gesetzgebung, der einzelne Unterdrückte. Und hier schlägt das Herz des Stasiunterlagengesetzes, wo die Interessen der früher Unterdrückten zur Hauptsache der Gesetzgebung gemacht worden sind. Ein Folgegesetz, nämlich dieses Wiedergutmachungsgesetz, mit dem Ungetümnamen,

erstes und zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, entspricht nicht den Erwartungen der Opfer. Sie finden ihre Leiden nicht entsprechend gewürdigt vom deutschen Parlament. Aber ich habe meinen Kommentar dazu schon gesät. Das ist vielleicht verbesserungswürdig. Als positiv hat sich auch herausgestellt, dass der Gesetzgeber zwischen Akten, die in der Diktatur entstanden sind, und Akten, die in der Demokratie entstehen, einen Unterschied gemacht hat, dass also die wissenschaftliche Forschung und die Journalistik sich dieser Akten bedienen können. Dadurch entsteht relativ früh eine kritische Auseinandersetzung, die sich auf Fakten stützt. In Ihren Ländern gibt es natürlich auch kritische Auseinandersetzung. Sie haben ja eine freie Presse mit den Kommunisten. Aber oft, und mir ist das besonders in unserem Nachbarland Polen aufgefallen, wird auch sehr viel mit Gerüchten und Unterstellungen gearbeitet. Man kann eben, wenn die Akten nicht offen sind, über jeden jedes sagen. Und es dauert dann sehr lange, bis man Gerücht von Wirklichkeit trennen kann. Und das ist nicht gut. Auch ehrenvolle Personen sind in Deutschland als Inoffizielle Mitarbeiter bezeichnet worden, die es nie waren. Sie können dann ganz schnell von dieser Behörde eine Auskunft bekommen, stimmt denn das? Und dann hören sie: Nein, ihr wart ja Opfer, und damit gehen sie sofort zur Presse. Und wir haben in einigen Ihrer Länder doch länger laufende Kampagnen, wo Personen entweder das Blaue vom Himmel lügen, obwohl sie deutlich verstrickt sind, oder sich versuchen zu verteidigen, denn sie sind nicht verstrickt. Und das ist in beiden Fällen schwierig, wenn man keinen Aktenzugang hat. Also ist dieser Zugang zu den Quellen, zu den Akten, zuständig für eine scharfe öffentliche Debatte. Es gibt ja große Kontroversen dann zwischen den Verstrickten und den anderen Teilen der Öffentlichkeit. Aber diese Debatten bei uns beruhen auf Fakten. Und das ist der Vorteil dieser Regelung. So dass wir insgesamt sagen können, dass sich das deutsche Stasiunterlagengesetz bewährt hat.

In der Mehrzahl der posttotalitären Länder bewegt sich die Gesetzgebung zwar langsam, aber doch in unsere Richtung. Das wird nicht immer so umfangreich gehen wie in Deutschland. Denn das müssen Sie auch wissen: die deutsche Regelung ist teuer. Alle diese 3000 Mitarbeiter kriegen ja Westgeld. Und dieses - sie kriegen noch nicht so viel wie im Westen, aber doch ziemlich viel. Und das heißt, dass wir allein bei den Personalausgaben auf Summen kommen, die sehr erheblich sind. Die Deutschen bezahlen für diese „Gauck-Behörde“, wie der Volksmund sie nennt, zwischen 200 und 300 Millionen Deutsche Mark jährlich. Das sind natürlich Summen, an die in einigen Volkswirtschaften anderer Länder überhaupt nicht zu denken ist. Aber es zeigt sich, dass auch kleinere Varianten möglich sind. In der Tschechischen Republik, in Ungarn gibt es erste Schritte, wo auch mit weniger Personal in die richtige Richtung gegangen wird.

Die öffentliche Debatte, lassen Sie mich das abschließen, hat auch die Fronten klarer werden lassen. Die Postkommunisten finden das alles überflüssig. Sie sehen das als einen Rest von Klassenkampf, und sie lieben nach wie vor ihre legitimatorischen Phrasen über ihre Zeit der Herrschaft. Sie greifen das im „Neuen Deutschland“ und in anderen Publikationen regelmäßig an, obwohl sie nicht so weit gehen, dass sie sagen würden, wir wollen die Akten wieder schließen. Der öffentliche Druck ist so groß, dass sie nicht wagen, das auszusprechen. Ich war sehr überrascht - übrigens, das sage ich in Richtung unserer Freunde aus Polen -, als beim Aufenthalt des Staatspräsidenten Kwaszniewski, den die meisten von Ihnen ja nicht so mögen, aber als ich ihn in Berlin sah bei der Preisverleihung an Roman Herzog, vorige Woche, hat er mir gesagt, ich sollte doch bald mal wieder nach Warschau kommen, denn man müsse ja auch nun bald so etwas ähnliches haben wie eine „Gauck-Behörde“. Da ist es interessant, dass manchmal auch aus diesen postkommunistischen Kreisen die Erkenntnis kommt, vielleicht ist eine gesetzliche Regelung doch besser als die Nichtbearbeitung eines Themas. Und deshalb würde mein Appell an Sie sein, auf die Suche zu gehen in Ihren Ländern, in den unterschiedlichen politischen Lagern vielleicht Interessenten zu finden für diese Regelung. Wenn ich meine ungarischen Nachbarn hier angucke, da ist das Thema so ein bisschen untergegangen, als das ungarische demokratische Forum und die liberalen Parteien sich über dieses Thema nicht einigen konnten. Da fehlte es an dieser Koalition der Vernunft zu diesem Thema. Und es ist wirklich möglich, in unterschiedlichen politischen Gruppierungen Interesse dafür zu finden! Und

gleichzeitig muss man wissen, es gibt in allen politischen Parteien Gegner, und zwar mit ganz guten Gründen. Die sind nämlich früher Mitarbeiter des Geheimdienstes gewesen. Es ist nicht so, dass sich die Mitarbeiter des Geheimdienstes, die ehemaligen, nur in einer politischen Partei befinden. Sondern es gibt in jedem politischen Lager Leute, die eine Phase der Verstrickung hatten. Und die sagen das oft nicht, sondern sie tun dann so, als wären sie im Grunde dafür, und oft ist die Debatte dann in den Ausschüssen der Parlamente ganz destruktiv. Es ist auch oft tragisch. Es gibt Personen, die eine ganz kurze Phase in ihrem Leben Mitarbeiter waren und dann sehr lange Demokrat und mancher sogar Freiheitskämpfer. Und selbst aus diesen Kreisen kann es manchmal passieren, dass man dann aus Furcht davor, dass diese frühe Phase, in der man verstrickt war, rauskommt, dass man das Gesetz eigentlich nicht will. Deshalb braucht man eine lange und geduldige Debatte, wenn man solch eine gesetzliche Regelung, wie wir sie haben, durchsetzen möchte. Und man muss auch Verständnis für Zeiten haben, in denen der Terror so groß war und die Angst so groß, dass man auch in eine Verstrickung geraten konnte. Es ist, denke ich, weniger schlimm, verstrickt gewesen zu sein, als über seine Verstrickung auch jetzt noch nicht reden zu wollen. Ich bin ganz dankbar, dass wir in Deutschland so einige hatten, auch aus der Opposition. Ein bekannter Berliner Oppositioneller war als junger Mensch so kommunistisch, dass er nicht nur Parteimitglied war, sondern auch noch Stasi-Mitarbeiter, Stasi-Helfer. Irgendwann ist er aber, weil er Marx gründlicher gelesen hatte, so wütend über die Kommunisten geworden, dass er noch auf der Uni angefangen hat, gegen die zu arbeiten. Und dann haben die den inoffiziellen Vorgang beendet und einen operativen Vorgang eröffnet, Deckname „Verräter“. Und als die Öffentlichkeit - er hat das dann dem „Spiegel“ gegeben - so etwas gelesen hat, ist sie auch sensibel geworden, für die Wandlungsprozesse innerhalb der Biographien von Menschen. Das muss man alles auch mitdenken, wenn man sich überlegt, geht in meinem Land eigentlich eine solche Regelung oder geht sie nicht? Rechtsstaatlich ist es möglich, das Datenschutzrecht und dieses allgemeine Akten-einsichtsrecht sind zu verbinden. In Deutschland gibt es hohe Standards des Datenschutzes, und es hat sich als Irrtum ausgewiesen, dass einige Juristen gesagt haben, das ist juristisch nicht gestaltbar. Wenn Sie das in ihren Ländern nun hören, seien Sie, ob Sie nun Jurist sind oder nicht, furchtlos dagegen. Das ist ein Irrtum. Und Sie können dann ganz getrost auf das deutsche Beispiel verweisen. Vielleicht sollten Sie sich verabschieden von der Wunschvorstellung, dass man mit einer Stasiaktenöffnung die gesamte Gesellschaft reinigen könne. Die anschließenden Diskussionsprozesse bringen doch wieder vieles ins Unreine. Deshalb sehe ich nicht in der Überprüfung, sondern in dem allgemeinen Aktenzugangsrecht jedes einzelnen den eigentlichen historischen Gewinn des Stasiunterlagengesetzes.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.



EPELMANN, Rainer
Maurer, Pfarrer
Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU)
Postanschrift:
Küstriner Straße 13
15306 Seelow

Geboren am 12. Februar 1943 in Berlin; evangelisch; verheiratet, fünf Kinder.

11 Klassen Oberschule, Facharbeiterbrief als Maurer. Erstes und zweites Examen an der Theologischen Fachschule Paulinum. Bausoldat von 1964 bis 1966.

Letzte Tätigkeiten: Pfarrer; Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow, Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett de Maiziere.

Mitglied der CDU - Land Brandenburg; der CDA und in der Evangelischen Kirche, in der IG Bau-Steine-Erden und in der Senioren-Union.

Gründungsmitglied und später Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA), Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990. Mitglied der CDU seit September 1990, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU; bis Dezember 1993 Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA, seit März 1994 Bundesvorsitzender. Seit März 1993 Kreisvorsitzender der CDU Märkisch-Oderland.

Mitglied des Bundestages seit 1990.

Aufarbeitung der SED-Diktatur
Rainer Eppelmann, MdB, Vorsitzender der Enquetekommission
„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozess der deutschen Einheit" des Deutschen Bundestages*

Gern komme ich der Aufforderung nach, vor diesem Kongress zu sprechen. Ihre Einladung ist mir eine große Ehre, kommt sie doch von ehrenhaften Menschen, von politischen Gefangenen und Opfern des Kommunismus. Ich bin glücklich, in diesem Saal unter Menschen, unter Mitteleuropäern zu sein, die, wie mich, das Ende des Kommunismus mit Erleichterung, Freude und Genugtuung erfüllt. Dieses Ende musste sein um der Menschenwürde willen.

Der Kommunismus ist vor allem an sich selbst zugrunde gegangen, an der Hybris und Verblendung seiner Machthaber, an ihrem Anspruch auf das Wahrheits- und das Machtmonopol und somit auf die angemessene Berechtigung, die Menschen notfalls zu ihrem Glück zu zwingen und jeden Widerspruch zu unterdrücken. Im Namen einer ausgedachten Utopie haben sie die Menschenwürde missachtet, haben sie Unzählige gequält und zu Tode gebracht, haben sie den halben europäischen Kontinent materiell und moralisch in Grund und Boden gewirtschaftet - und das alles bei bestem Gewissen, denn sie waren ja die Auserwählten, mit der Geschichte und dem Weltgeist im Bunde. „Hochmut kommt vor dem Fall", sagt ein deutsches Sprichwort. Der Fall ist ja auch eingetreten, weil Unterdrückung auf Dauer nicht funktionieren kann.

Dazu ist noch ein weiteres zu sagen. Oft noch ist zu hören, es sei nur die mangel- und fehlerhafte Ausführung der Idee gewesen, an der das System scheiterte. Das ist meines Erachtens falsch. Der Fehler lag im Denken selbst, in der Vorstellung, die menschliche Gesellschaft überhaupt nach einer Idee - wie menschenbeglückend auch immer - modern zu führen. Solches kann, weil die Menschen nun einmal verschieden sind, nicht ohne Gewalt und Zwang abgehen, und darum liegt der Keim des Übels nicht in der Ausführung, sondern im Denken. Dieses Übel hat einen Namen: Totalitarismus.

Noch immer meinen viele, der Glaube an eine radikale, umfassende Utopie und ihre Machbarkeit sei eine moralische Tat. Das ist er mitnichten, bestenfalls ist ein solcher Glaube dumm und fahrlässig. Vielmehr begibt sich, wer utopisches Denken in die Tat umsetzen will, auf die unweigerlich abschüssige Bahn des Anspruchs, das Ganze der Gesellschaft bis in die Individuen hinein durchdringen zu müssen - um der Idee zur Wirklichkeit zu verhelfen - er wird radikal, fanatisch, totalitär. - Kurz gesagt. Utopisches Denken dieser Art und Totalitarismus sind Verwandte ersten Grades, das eine folgt aus dem anderen.

Nur scheinbar, meine Damen und Herren, rede ich hier abstrakt. In Wahrheit spreche ich über die Situation der postkommunistischen Gesellschaften, über ihre Schwierigkeiten, die totalitäre Vergangenheit und Erziehung in den Seelen und Köpfen aufzuarbeiten, über ihre Schwierigkeiten, die freiheitlich pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit ihren oft mühsamen Verfahren den Menschen plausibel und verständlich zu machen.

Wir alle haben inzwischen gelernt, dass das Abwerfen der Parteidiktatur sowie der Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem und zum Rechtsstaat noch nicht gleichbedeutend sind mit einer fundierten allgemeinen Akzeptanz dieser Institutionen und der ihnen zugrunde liegenden Grundsätze und Werte. Diese sind ungleich nüchterner und für den einzelnen anspruchsvoller als die großsprecherischen Verheißungen des utopischen Denkens und einer gleichmacherischen Politik, sie verlangen vom Bürger mehr Initiative, mehr Selbständigkeit und vor allem: mehr Toleranz.

All das müssen Menschen lernen, die jahrzehntelang zum Glauben an das „edle Ziel" erzogen, die jahrzehntelang gegängelt und bevormundet wurden, die es nicht wagen durften, ihre

* Wegen einer kurzfristig angesetzten Sitzung des Deutschen Bundestages mit Präsenzpflicht konnte Rainer Eppelmann nicht nach Berlin kommen. Sein Beitrag wurde von seiner Mitarbeiterin Frau Dr. Marlies Jansen verlesen

Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sich mit Gleichgesinnten oder Gleichinteressierten zusammenzuschließen. Sie müssen erst wieder, und nicht wenige zum ersten Mal, lernen, Bürger einer freiheitlichen, und das heißt auch: in sich differenzierten Gesellschaft, zu sein; mit Unterschieden, die man unter dem alten Regime nicht kannte, aber auch mit Spielräumen, die dem einzelnen Chancen bieten, vor allem aber mit Spielregeln, die im Interesse aller einzuhalten sind.

Was ist zu tun? Die meisten von Ihnen werden das Zitat in der Frage wiedererkennen, aber das macht sie noch nicht falsch. Was ist zu tun, um das alte Denken zu überwinden und die freiheitliche Demokratie in den postkommunistischen Gesellschaften zu verankern? Ich kann hier nur für mein Land sprechen und vermute, mehr erwarten Sie auch nicht von mir.

Nach 1989/90 standen wir in Deutschland zum zweiten Mal vor dem Problem, ein totalitäres Regime juristisch, personell und politisch-moralisch aufzuarbeiten. Doch bald schon zeigte sich, dass aus der Vergangenheitsbewältigung der Westzonen und der frühen Bundesrepublik wenig für die Situation zu lernen war und aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR schon gar nichts.

Das nationalsozialistische Regime war im Gefolge einer militärischen Niederlage zusammengebrochen, das kommunistische im Gefolge einer demokratischen Revolution. Nicht das ganze Deutschland stand wie 1945 vor den Resten einer totalitären Herrschaft, sondern nur ein Teil, während der andere Teil, Westdeutschland, die Bundesrepublik, zur Aufnahme und zur Hilfestellung bereitstand.

Diese Konstellation unterscheidet den deutschen Fall von dem der anderen postkommunistischen Staaten. Sie war in vieler Hinsicht vorteilhaft für die Deutschen der DDR und ist im ganzen, z. B. in Bezug auf die personelle und strafrechtliche Folgenbewältigung des DDR-Regimes, so dominant, dass von einem deutschen Sonderfall unter den postkommunistischen Ländern gesprochen werden muss - was allerdings auch - wie ich gleich hinzufügen muss - mit spezifischen Problemen verbunden ist.

Bevor ich mich den einzelnen Aufarbeitungsbereichen zuwende, möchte ich eines - in meinen Augen das Wichtigste - vorwegnehmen: In Deutschland wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft daran gedacht, einen Schlussstrich unter das kommunistische Regime zu ziehen. Wo solche Gedanken, etwa hinsichtlich der Akten des Staatssicherheitsdienstes, erwogen wurden, geschah dies eher von westdeutscher Seite. Die Protagonisten der DDR-Bürgerbewegung, die 1989/90 die SED-Diktatur mit zu Fall gebracht hatten, schrieben noch während des Umbruchs das Thema historische Aufarbeitung auf ihre Fahnen. Vor allen Dingen sorgten sie dafür, dass die MfS-Akten für die Betroffenen geöffnet wurden - Joachim Gauck hat darüber ausführlicher gesprochen. Aus derselben Richtung, teilweise von denselben Personen, wurden die beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages befürwortet, die zweite beendet in diesen Tagen ihre Tätigkeit - ich komme darauf zurück.

Die leitende Idee der genannten Initiativen war, dass historische Aufklärung über das alte Regime, seine Praktiken und seine Strukturen, das bestgeeignete Mittel sei, den Menschen die Augen zu öffnen über die Diktatur und sie damit frei zu machen für das Leben in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Also historische Aufarbeitung zur Förderung der demokratischen politischen Kultur.

Ebenso unstrittig waren die Gesetze zur Bereinigung geschehenen Unrechts an Einzelpersonen durch Gerichte und Behörden der DDR. Über die Parteigrenzen hinweg bestand Einigkeit darüber, dass der Staat und die Gesellschaft hier eine Bringschuld gegenüber den Opfern haben. Meinungsunterschiede bestanden allerdings von Anfang an über den Umfang der Leistungen und den Kreis der Anspruchsberechtigten. Der Gesetzgeber war sich bewusst, dass ein voller Ersatz individuell erlittenen Schadens nicht erfolgen kann. Die inzwischen mehrfach novellierten Gesetze bezwecken die gesellschaftliche Anerkennung politischer Verfolgung und wollen die Menschen, denen Unrecht geschah, wieder ins Recht setzen. Sie gewähren soziale

Ausgleichsleistungen, etwa den Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung. Die materielle Hilfe der Gesellschaft soll vornehmlich denjenigen Opfern der SED-Diktatur zuteil werden, die noch heute durch Nachwirkungen politischer Verfolgung in der DDR in einer wirtschaftlich schwierigen Lage sind.

Ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR können auf Antrag rehabilitiert werden, gegen sie zu Unrecht ergangene Straf urteile können aufgehoben werden. Für die Zeit der unrechtmäßigen Inhaftierung steht ihnen eine Entschädigung zwischen 300 und 550 DM pro Haftmonat zu. Die von schwerem Unrecht der DDR-Verwaltungsbehörden Betroffenen haben die Möglichkeit, sich vom Makel persönlicher Diskriminierung zu befreien und soziale Ausgleichsleistungen in Anspruch zu nehmen. Ausgleichsleistungen werden auch denjenigen gewährt, die durch politische Verfolgung Eingriffe in den Beruf oder in ein berufsbezogenes Ausbildungsverhältnis erlitten haben und dadurch benachteiligt sind.

Ich will Sie nicht im Einzelnen mit Zahlen behelligen, aber die Zahl der politischen Häftlinge wird Sie sicherlich interessieren. Nach realistischen Schätzungen dürfte die Zahl der zwischen 1949 und 1989 aus politischen Gründen in der DDR Inhaftierten ca. 200 000 bis 250 000 umfasst haben. Während in den fünfziger Jahren die politische Macht in der DDR mit offenem, auch physischem Terror durchgesetzt wurde und die Vorgehensweise gegen politische Gegner auch noch in den sechziger Jahren sehr drastisch war, war das Regime ab den siebziger Jahren um rechts-förmigere Methoden bemüht, um die Fassade einer Normalität im eigenen Land vorzuweisen. Jährlich gerieten noch immer 5000 bis 6000 Bürger in die Mühlen politischer Justiz, die Hälfte von ihnen wegen ihres Wunsches, die DDR zu verlassen. Zunehmend verlagerte man sich auf verdeckte subtile Methoden von Repression, die im Sprachgebrauch der Geheimpolizei „Zersetzung“ genannt wurden.

Ein besonderes Kapitel bilden die in der Regel drakonischen Verurteilungen durch sowjetische Militärtribunale, ab Sommer 1945 bis März 1953 etwa 41 000, davon höchstens ein Drittel gegen wirkliche oder vermeintliche NS-Täter; die übrigen hatten sich gegen die politische Ordnung in der SBZ gewandt. In den sowjetischen Sonderlagern, die bis 1950 in der SBZ/DDR bestanden, waren insgesamt 190 000 Menschen gefangen, von denen etwa 60 000 an den Haftbedingungen zugrunde gegangen sind. Über das Schicksal der Sonderlagerhäftlinge durfte in der DDR bis zuletzt nicht gesprochen werden.

Ich komme nun zu einem anderen Kapitel der Aufarbeitung, zu dem des Personals. Amtieren etwa noch die Richter und Staatsanwälte, die ehemals in der DDR verlässlich funktioniert haben?

Von allen Sparten des öffentlichen Dienstes hat neben dem Militär in der Justiz der weitestgehende Personalwechsel stattgefunden. Hier wie in allen anderen Bereichen fanden Einzelprüfungen statt. Von den 1780 Richtern, die Ende Dezember 1989 noch ihren Dienst für das DDR-System versehen haben, sind 633 geblieben; das entsprechende Verhältnis bei den Staatsanwälten beträgt 1238 zu 378. Unter sämtlichen Richtern und Staatsanwälten, die heute im Gebiet der ehemaligen DDR tätig sind, sind die Richter und Staatsanwälte mit DDR-Ausbildung in der Minderheit (Richter ca. 18%, Staatsanwälte ca. 33%).

Dieser Wechsel war natürlich nur möglich, weil aus dem Westen Deutschlands Ersatz gestellt werden konnte. Ähnliches gilt für die Spitzenpositionen in den Ministerien der Länder und in den Verwaltungen sowie für die politiknahen Fächer an den Universitäten. Ganz anders sieht es bei den Schullehrern aus. 95% des heutigen Lehrpersonals hat auch schon in der DDR unterrichtet. Das ist vor allem in den Fächern Geschichte und Gemeinschaftskunde problematisch, wie wir immer deutlicher erkennen.

Noch einmal muss betont werden, dass jede Übernahme bzw. Kündigung in Bezug auf den öffentlichen Dienst nach fachlicher Qualifikation und persönlicher Eignung entschieden wurde. Wer gegen die Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit zu DDR-Zeiten verstoßen hat, wer für das MfS gearbeitet hat oder sonst in systemnahen Funktionen tätig war, galt und gilt als für den

öffentlichen Dienst nicht tragbar. Insgesamt ist danach bis heute verfahren worden, wenn auch nicht immer in einheitlicher Weise.

In Bezug auf die justitielle Aufarbeitung der SED-Diktatur möchte ich mich auf einige Bemerkungen zur strafrechtlichen Aufarbeitung des SED-Unrechts beschränken. Hier stehen vor allem fünf Deliktgruppen im Mittelpunkt: die Tötungsdelikte an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, die Rechtsbeugungsdelikte der DDR-Justiz, die Verschleppungen politischer Gegner in das Gebiet der DDR, die Spionagedelikte des MfS gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und die Wahlfälschungsdelikte innerhalb der DDR.

Dort, wo individuelles Unrecht nachweisbar ist, müssen sich die Täter für ihre Taten und die Folgen ihres Handelns verantworten. Den Nachweis strafbaren Handelns zu führen, bleibt Aufgabe des Rechtsstaates. Er hat sich diese Aufgabe nicht leicht gemacht, die höchsten Gerichte wurden eingeschaltet und haben inzwischen gesprochen. Besonders das sogenannte Rückwirkungsverbot, ein fundamentaler, für die Rechtssicherheit wesentlicher Grundsatz des Rechtsstaates, erwies sich als eines der großen Probleme bei der strafrechtlichen Aufarbeitung des SED-Unrechts: materielle Gerechtigkeit stand gegen das verfassungsmäßig vorgeschriebene Rückwirkungsverbot.

Dank der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Mauerschützen-Problematik steht heute fest, dass auch eine Diktatur ihre Gesetzgebung an dem gesicherten Bestand des Völkerrechts ausrichten muss. Das bedeutet, dass sich ein Staat und seine Organe nicht beliebig von allen strafrechtlichen Konsequenzen ihres Tuns freisprechen können. Auf dieser Basis wurden die Mauerschützen-Urteile bestätigt, und zwar ebenso im Hinblick auf die Grenzsoldaten wie hinsichtlich ihrer Befehlshaber im Nationalen Verteidigungsrat der DDR und im Politbüro der SED. Die verhängten Strafen waren milde. Sie trugen im Fall der unmittelbar handelnden einfachen Grenzsoldaten der Tatsache Rechnung, dass diese ihrerseits Opfer eines sie indoktrinierenden und korrumpierenden Systems waren.

Bei aller Bewunderung für die Sorgfalt und die Anstrengungen der Justiz muss ich gestehen, dass mir als ehemaligem DDR-Bürger in Bezug auf die strafrechtliche Aufarbeitung des SED-Unrechts ein Stachel bleibt: Warum werden nicht diejenigen strafrechtlich belangt, die die unrechtmäßigen Gesetze der DDR geschaffen haben? Und noch ein weiteres, obwohl ich einsehe, dass hiermit die Justiz wohl tatsächlich überfordert wäre, aber ich möchte es dennoch sagen: Mir wäre lieber, ehemalige Machthaber des Regimes könnten auch für das Verstellen und Verpfuschen der Lebenschancen von Millionen Menschen zur Rechenschaft gezogen werden, denn das war doch das eigentliche Verbrechen, das man uns angetan hat.

Gleichwohl bin ich kein Anhänger der These, dass Rechtsstaat und Gerechtigkeit wenig bis nichts miteinander zu tun hätten. Der Theologe in mir sagt, dass schon viel - und eigentlich das Wesentliche - für die irdische Gerechtigkeit getan ist, sofern Rechtssicherheit herrscht: Unabhängigkeit der Gerichte, freier Zugang zu ihnen, ein streng geregeltes Verfahren, Berufungsmöglichkeiten, im Zweifel für den Angeklagten und eben das Rückwirkungsverbot: nulla poena sine lege. So gesehen wiederum bin ich als Bürger der Bundesrepublik mit der Aufarbeitung des SED-Unrechts durch unsere Gerichte am Ende doch einverstanden.

Meine Damen und Herren, abschließend wende ich mich nun dem Gebiet der Aufarbeitung zu, das mir besonders am Herzen liegt: der historisch-politischen Aufarbeitung. Der Deutsche Bundestag hat im Frühjahr 1992 eine erste Enquetekommission mit dieser Aufgabenstellung eingerichtet und dieser in der nachfolgenden 13. Legislaturperiode ab 1995 eine zweite Enquetekommission folgen lassen; in beiden Kommissionen durfte ich das Amt des Vorsitzenden ausüben.

Wie haben wir unsere Arbeit aufgefasst? Unser Auftrag war: Überwindung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, und in der zweiten Phase abgewandelt: Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit. Der Schwerpunkt der ersten Kommission lag klar bei der Historie. Bei der zweiten Kommission wurde die Geschichte mehr

oder minder nur noch in ihren Folgen für die Aufgaben der Gegenwart herangezogen, eben den Prozess der Einheit; denn die staatliche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 war erst der Anfang eines Prozesses der Wiedergewinnung innerer Einheit, die durch eine vierzigjährige getrennte Entwicklung unter unterschiedlichen Bedingungen erheblich gestört worden war.

Die Kommission verstand ihre Aufgabe politisch, es ging ihr um politische Aufarbeitung. Die Beifügung „politische“ besagt, sie verfolgte mit ihrer Absicht primär nicht wissenschaftliche, sondern moralistische und aufklärerische Absichten.

Genugtuung für die Opfer, das war ihr moralisches Hauptanliegen. Die Kommission war sich der Grenzen bewusst, die der materiellen Wiedergutmachung und rechtsstaatlichen Aufarbeitung gesetzt sind. So war es ihr wichtig, verletztem Rechtsempfinden durch Offenlegung des Unrechts und Benennung von Verantwortlichkeiten Genüge zu tun.

Die zweite Hauptabsicht - Aufklärung - bezog sich auf die Geschichte, die Methoden, Strukturen, Ergebnisse und Folgen der SED-Diktatur. Durch Erinnern und Erkennen des Gewesenen sollte ein Beitrag zum demokratischen Bewusstsein geleistet werden, im weitesten Sinne zur politischen Kultur des vereinten Deutschland.

Die Kommission hat sich zwar mit der Geschichte des SED-Staates befasst, aber sie hat keine amtliche Geschichte geschrieben. Eine solche kann es in einem pluralistisch-freiheitlichen Staatswesen nicht geben. Sie wollte beispielhaft Aufarbeitung zum Thema DDR-Geschichte vorführen, und ich glaube, das ist ihr auch gelungen.

Sie hat sich am vielstimmigen Diskurs der Gesellschaft zum Thema Aufarbeitung beteiligt. Ihr Beitrag selbst ist vielstimmig. Zu etlichen Fragen konnte sie keine Übereinstimmung erzielen. Deshalb sind ihre Berichte durchsetzt mit Sondervoten. Sie hat an die 300 Gutachten und Expertisen von Fachleuten eingeholt, die durchaus nicht immer einer Meinung waren. Sie hat ihre Arbeit weitgehend vor den Augen und Ohren der Öffentlichkeit gemacht. In 65 Anhörungen an verschiedenen Orten, zu denen jedermann Zutritt hatte, hat sie Hunderte von Zeitzeugen und Sachverständige zu Wort kommen lassen. Die Anhörungen sind eine Fundgrube für spätere Historiker, wenn sie wissen wollen, wie im ersten Jahrzehnt nach dem Ende der deutschen Teilung Ost- und Westdeutsche ihre Erinnerungen, Erfahrungen, Wahrnehmungen, Einsichten und Erkenntnisse über die „noch qualmende“ nahe Vergangenheit artikulierten. Vor allem, und das möchte ich hier noch einmal betonen, wurde den Opfern bei diesen Anhörungen ein Forum geboten; es war wichtig, dass sie öffentlich aussprechen konnten, was ihnen zum Teil jahrzehntelang auf der Seele gelegen hatte.

All das geht nicht verloren, es wurde alles schriftlich festgehalten. Die erste Kommission hat ihre Materialien - Protokolle, Expertisen, Berichte - 1995 auf mehr als 15 000 Druckseiten in 18 Bänden veröffentlicht, und ihre Nachfolgerin wird das gleiche im nächsten Jahr tun.

Es wird keine weitere Enquetekommission des Bundestages mehr geben. Die Aufarbeitung ist damit aber noch nicht zu Ende. Sie ist wie die deutsche Einheit ein gesellschaftlicher Prozess, die weiterhin öffentliche Förderung bedarf. Der Förderung und Hilfestellung bedürfen vor allen Dingen die gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen und die Arbeit der Opferverbände. Es ist der Enquetekommission gelungen, den Deutschen Bundestag für die Gründung einer Stiftung öffentlichen Rechts zu gewinnen, die sich dieser und anderer Aufgaben annehmen wird. Sie nimmt in diesen Tagen ihre Tätigkeit auf.

Zu den „anderen“ Aufgaben zählt auch die Sicherung der Archive über Opposition und Widerstand in der DDR - ein Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte, das es verdient, in die bleibende Erinnerung der Nation aufgenommen zu werden. In diesem Zusammenhang sei am Schluss erwähnt, dass die zweite Enquetekommission eine Konzeption des Gedenkens erarbeitet hat. Sie erfasst die Geschichte der beiden deutschen Diktaturen dieses Jahrhunderts, Gedenkort und Daten der Geschichte, die an Verbrechen ebenso wie an Widerstand und Opfer erinnern sollen.

Erinnerung bildet Identität. Das gilt für den einzelnen wie für ganze Völker. Doch es darf keine falsche, keine konstruierte, keine lügenhafte und keine legendenhafte Erinnerung sein, die nur auf falsche Fährten lockt. Das bedeutet für die jüngste deutsche Vergangenheit: Das monumentale Versagen des realsozialistischen Systems der DDR darf nicht aus dem Gedächtnis verdrängt werden. Es trieb an die drei Millionen Menschen aus dem Land, obwohl während zwei Dritteln seiner Dauer die Grenze dicht war. Diejenigen, die blieben, haben den realsozialistischen Alltag bis zur Neige genossen und ertragen müssen. Das SED-Regime endete in einer Riesenpleite. Seine ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden noch mindestens zwei Generationen belasten.

Nach sechs Jahren Kommissionsarbeit stelle ich mir die Frage, ob wir mit der historisch-politischen Aufarbeitung der SED-Herrschaft Erfolg gehabt haben, ob wir damit einen wirksamen Beitrag zur inneren Einheit und zur Festigung des demokratischen Bewusstseins in Deutschland geleistet haben.

Bei kurzfristiger Betrachtung muss ich die Frage heute eher verneinen. Die Nachfolgepartei der SED, die sich Partei des demokratischen Sozialismus nennt, erzielt bei Wahlen in den östlichen Bundesländern einen Stimmenanteil von rund 20%. Sie weist jede Verantwortung für das von ihr hinterlassene Desaster von sich. Sie leugnet die Fortschritte, die ungeachtet der hohen Arbeitslosigkeit der großen Mehrheit zugute kommen, nicht zuletzt ihrem eigenen Anhang. Sie schürt ein separatistisches Sonderbewußtsein der ehemaligen DDR-Bürger gegenüber allem, was westdeutsch ist. Und die historische Aufarbeitung der SED-Diktatur vom Standpunkt der Demokratie aus verketzert sie als „Sieggeschichte“, weil sie selbst in der freiheitlich-demokratischen Ordnung noch nicht angekommen ist.

Das sind die Besonderheiten, von denen ich eingangs schon sprach und die die deutsche Situation kennzeichnen. Sie haben sich in den letzten Jahren eher verschärft, als dass sie abgenommen hätten, und ihre Ausstrahlungen reichen weit über die Wählerschaft der PDS hinaus. Fürs erste wirken sie noch hemmend und zerstörerisch, doch auf längere Sicht - dessen bin ich gewiss - werden sie die Durchsetzung der Demokratie auch bei den Deutschen, die über mehr als ein halbes Jahrhundert unter totalitären Diktaturen leben mussten, nicht verhindern können. Aber: dafür müssen wir kämpfen.

Rechter und linker Totalitarismus hatten und haben eines gemeinsam: Sie sind beide gleichermaßen Feinde der liberalen Demokratie, der offenen, marktwirtschaftlich verfassten Zivilgesellschaft. Dieser vom linkstotalitären Antifaschismus verschwiegenen Gemeinsamkeit müssen die Demokraten offensiv entgegenreten. Anders gesagt: Sie müssen den antitotalitären Konsens wahren und positiv in ihre Politik umsetzen.

Rechenschaftsbericht des Präsidenten Senator Constantin Ticu Dumitrescu (Rumänien)

Liebe Freunde, sehr geehrte Herren der nationalen Häftlingsverbände, sehr geehrte Präsidenten der nationalen Häftlingsverbände,

ich bedanke mich bei unseren deutschen Gastgebern für ihre gute Vorbereitung. Es sind so viele Delegierte anwesend, wie noch nie bei einem solchen Kongress. Noch einmal einen herzlichen Gruß an alle Vertreter der nationalen Organisationen.

Wir repräsentieren die Überlebenden des GULAG und der roten Apokalypse. Die sowjetkommunistischen Henker haben uns gegenüber ihre Methoden angewandt, und wir sind Überlebende dieser Methoden. Wir haben die Pflicht, die vielen Millionen Menschen, die in den kommunistischen GULAG-Lagern umgekommen sind, nicht zu vergessen. Wir haben die Pflicht, auch den Westen anzuklagen, denn er hat die Augen verschlossen angesichts dieser unzähligen Opfer des sowjetkommunistischen Systems. Diese Sache ist unmoralisch und deswegen meinen wir, das könnte auch die Zukunft der Menschheit betreffen.

Der Nazismus ist nicht in Nürnberg gestorben, sondern vor einem Gerichtshof. Wir sind biologisch nicht unendlich, und aus diesem Grund haben wir die Pflicht, diese Gewaltherrschaft anzuklagen und irgendwann vor einen Gerichtshof - ein zweites Nürnberg - zu bringen. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum ist gerade möglich geworden, weil Nürnberg existiert hat und dieses Wiesenthal-Zentrum möglich gemacht hat. Das Wiesenthal-Zentrum hat natürlich sehr große Fonds, Geldfonds; wir waren nicht einmal imstande, eine Zeitschrift gemeinsam herauszugeben. Nachdem Sie mich im vergangenen Jahr zum Präsidenten gewählt haben, in Brunn, habe ich dieses Anliegen verschiedenen Präsidenten vorgetragen, vorgetragen von Bill Clinton bis zu Arpad Göncz. Ich bin durch mehrere Länder gereist, oft auch auf eigene Kosten, und habe das immer wieder den zuständigen Stellen vorgetragen. Im vergangenen Herbst war ich in Washington und habe 15 Kongressabgeordneten mehrere Tage lang meine Anliegen vorgetragen. Dasselbe habe ich in Tokio und auch mit einigen Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag und dem parlamentarischen Auslandsausschuss getan. Ich habe Ihre Anliegen auch in San Francisco, New York und Leipzig vorgetragen und habe mich so als Ihr Abgeordneter gefühlt, in dieser Sache.

Auch in vielen Zeitungsberichten ist darüber berichtet worden. Bei der UNO in Genf habe ich mit hohen Politikern und Abgeordneten darüber gesprochen. Zusammenfassend kann man sagen, es handelte sich immer um protokollarische Empfänge und um Versprechungen, die aber sehr vage und vielleicht auch ein bisschen ablehnend waren. In diesem Zusammenhang wäre zu erwähnen, dass ich, als Bill Clinton in Bukarest war, auch von ihm empfangen wurde. Bevor Clinton abreiste, ließ er mir mitteilen, dass er dafür sorgen wird, dass sich das nie mehr wiederholen wird, was uns zugestoßen ist. Und er versprach gleichzeitig, den Opfern des Kommunismus in Washington ein Memorial zu errichten.

Aber eine konkrete Zusage, was z.B. ein Nürnberger Tribunal betrifft, gab es von keiner Seite. Diese Realitäten müssen wir zur Kenntnis nehmen und sie auch so akzeptieren, wie uns das mitgeteilt wurde. Der Westen ist nicht interessiert an einer Aufklärung vor einem internationalen Nürnberg-Tribunal des roten Genozids, denn das würde beweisen, dass alle Fäden nach Moskau führten. Und die anderen Zentren der Weltmacht möchten nicht Unstimmigkeiten mit Moskau provozieren. Je älter wir werden, auch als Vorsitzender des rumänischen Häftlingsverbandes habe ich das festgestellt, desto unbequemer werden wir von Tag zu Tag, wir werden auch von niemandem gern gesehen.

Vielleicht gibt es manche unter Ihnen, die sagen, ich hätte zu wenig getan. Aber ich würde die Gegenfrage stellen und an Sie alle richten, ob es ihnen gelungen ist, Ihre Geheimdienste, Ihre Staatssicherheitsdienste zu dekonspirieren? Ist es Ihnen bereits gelungen, die kommunistische

Nomenklatur zu beseitigen? Selbst wenn der Kommunismus seine Methoden und sein Aussehen verändert hat, gibt es nur wenige Ausnahmen, wie z.B. in Deutschland oder in Kroatien vielleicht, wo der Kommunismus gänzlich verschwunden ist. Es scheint so zu sein, dass uns in diesen Ländern in den nächsten Jahren dieses Doppelgesicht zwischen Demokratie und Kommunismus mit demokratischem Antlitz weiterhin verfolgen wird oder existieren wird.

Wegen fehlender finanzieller Mittel war es leider nicht möglich, eine Zeitschrift unseres Verbandes herauszugeben. Ich muss zugeben, dass aufgrund des Beschlusses in Brunn es mir auch nicht gelungen ist, einen engen Briefkontakt mit den Vertretern der einzelnen Ländervereinigungen zu unterhalten. Was noch als ein Defizit der Leitung anzusehen ist, ist das Fehlen eines Generalsekretariats. Zusätze zum Statut würden dieses Defizit eventuell aufheben. Ich würde Sie bitten, aufgrund der Erfahrungen, die ich gemacht habe, aufgrund auch meiner politischen Beziehungen, die ich in der letzten Zeit hergestellt habe, dass Sie sich mit dem Vorschlag, dem Satzungsvorschlag auseinandersetzen und das auch heute in die Diskussion mit einbeziehen.

Und wir sollen die Realität so sehen, mutig so sehen, wie sie sich darstellt, wie sie ist. Ich mache diese Erklärung jetzt mit Verantwortungsgefühl. Ich kenne die Wirklichkeit in den meisten Ihrer Länder gut genug. Aber vielleicht nur außer der Moldaurepublik und der Ukraine ist die Situation nirgends so kritisch wie in Rumänien.

Abschließend möchte ich Sie ersuchen, wir sollten uns nicht von Übermut leiten lassen, sondern von selbstlosem Handeln. Wir sollten operativ vorgehen, also schnell vorgehen. Wir sollten auch nicht die Dokumente ablehnen, die unseren Verband betreffen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, was wir auf dem III. Kongress, es war in Rumänien, bestimmt haben, dass die Moldaurepublik, die bei diesem Kongress dabei war, 1993 im Juli Mitglied des Verbandes geworden ist.

Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass es ein Land irgendwo zwischen der Ukraine und der Moldaurepublik, ein Land im Nirgendwo gibt. Dort in diesem Land, das von der 14. russischen Armee dominiert wird, regiert Smirnow. Das ist das einzige Land, in dem ein Parlamentarier, ein Abgeordneter, in Ketten gelegt ist und im Gefängnis schmachtet. Wir sollten in unserer Resolution auch diesen Fall berücksichtigen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und schließe nun. Und unabhängig davon, ob auch neue Vorsitzende von nationalen Organisationen hier anwesend sind. Sie repräsentieren für mich die gleichen Freunde, wie sie alle es auch früher waren. Noch einmal vielen Dank.

Bericht von Frau Lili Ndoci von der Delegation aus Albanien

Verehrter Herr Präsident,
Verehrte Delegierte der Länder,

Wir werden uns bemühen, in der kurzen Zeit so viel wie möglich zu sagen. Kurz zu unserem Verband: unser Verband besteht aus 400 000 Mitgliedern. Der Präsident ist Herr Tomor Aliko, welcher 29 Jahre Gefängnis hinter sich hat und über 20 Jahre in der Internierung gelebt hat. Für die Antikommunisten in Albanien ist es eine große Ehre, diese Person im Vorstand zu haben. Es stimmt, dass Albanien ein sehr, sehr kleines Land ist, aber die Vergangenheit hat gezeigt, dass es mit sehr großen Problemen behaftet ist. Trotzdem schaffen wir es, eine wöchentliche Zeitung unseres Verbandes herauszubringen.

Die ganze Welt ist besorgt wegen der Gewalt, die Milošević gegen zwei Millionen Albaner ausübt, die in Freiheit und Frieden leben wollen. Der Kampf hat schon begonnen, die Polizei- und militärischen Angriffe haben die Kosovo-Albaner mit Waffen erwidert. 15 000 alte Leute, Frauen und Kinder haben ihre Häuser verlassen, die in Brand geraten sind. Sie haben Unterkunft bei ihren albanischen Brüdern und Schwestern gefunden. Europa und die USA, die Vereinten Nationen sind bereit, militärisch durch die NATO zu intervenieren.

Wir sind der Meinung, dass dieser Kongress einen Appell an die weltweite Öffentlichkeit richten sollte, um die Gewalt gegen die Kosovo-Albaner durch die Serben zu beenden sowie alle Politiker zum Handeln zu bewegen, um ein zweites Bosnien zu vermeiden. Wir werden selbstbewusst die sämtlichen vom VII. Kongress zu treffenden Entscheidungen durchsetzen, um auf dem VIII. Kongress erfolgreich aufzutreten.

Ehrendes Gedenken den Opfern des Kommunismus!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Erklärung des albanischen Delegierten Tomor Aliko, Präsident der Nationalen Assoziation der politisch Verfolgten Albanien

Verehrter Herr Präsident,
Verehrte Delegierte des Kongresses,

Erlauben Sie mir, dass ich im Namen der Nationalen Assoziation der Politischen Verfolgten Albanien Ihnen sowie den Kreisen, die Sie vertreten, aus Anlass des Siebten Kongresses unsere besten und offenen Grüße sowie aufrichtigen Glückwünsche zum Ausdruck bringe. Unsere Assoziation ist stolz darauf, Mitglied eines solchen internationalen Forums zu sein, und ist immer bereit zur Konsolidierung der Versuche, ein neues demokratisches, gewaltfreies Leben zu bilden, freies Denken und Reden zur würdevollen Integration der politischen Verfolgten im menschlichen Leben.

Albanien hat eine der wildesten Diktaturen der Geschichte des kommunistischen Regimes überlebt, und zwar die rote stalinistische Diktatur, die ein ganzes Volk politisch, moralisch sowie körperlich massakrierte. Die Diktatur hat das Gehirn unserer Nation getötet, die Wissenschaftler, Philosophen, Juristen, Professoren, Geschichtsforscher, die ihre Ausbildung bei den besten westlichen Universitäten gemacht hatten. Die zivilisierte Welt kann die Höhe der Grausamkeit in Albanien kaum begreifen. Das ist aber die 50jährige Realität.

Als Folge der Revolten, Demonstrationen, Streiks und der Einheit des Volkes gab die Diktatur bedingungslos auf. Eine sehr wichtige Rolle wurde von den politisch Verfolgten gespielt, deren Erschießungen, Hängungen, Freiheitsentziehung und Klassenkampf zu Ende ging. Die neuen demokratischen Institutionen wurden errichtet: das Parlament, die Regierung, die neuen Gesetze eines Rechtsstaates.

Das Volk und unser Kreis haben sich gegenüber den Verursachern der nationalen Tragödie außerordentlich human erwiesen, die fünf Jahre nach deren Zerfall wieder die Macht ergriffen. Diese haben den Weisungen von Katowice (Polen) Folge geleistet, wo bei dem Sturz der Berliner Mauer den Parteien des sozialistischen Lagers gelehrt wurde:

- Die Zeit des Systems einer Partei ist vorbei, stellt nun die Freiheit des Denkens her. Erlaubt den politischen Pluralismus, indem ihr eure Leute bei jeder Partei habt;
- nehmt die wirtschaftliche Macht und gebt die politische Macht auf;
- lasst Korruption sich in allen Bereichen entwickeln, damit das Volk vor den Worten Demokratie und Westen Abscheu hat;
- nach fünf bis zehn Jahren werdet ihr die politische Macht wieder haben, dann aber unter den Bedingungen des politischen Pluralismus.

Die Demokratie hat in Albanien viele Fehler gemacht. Sie war zu weich den Verbrechern gegenüber, als Begründung für die nationale Versöhnung und Einheit. Diese Toleranz verursachte die fatale Tragödie des letzten Jahres, „die proletarische Revolution“ durch Gewalt und Rebellion, Unser Fehler und der des demokratischen Staates war, dass den Kommunisten, den Offizieren der Geheimpolizei sowie deren Leitern freie Hand gelassen wurde, sich zu organisieren, sich den ehemaligen Opfern gegenüber zu verteidigen.

Das Hauptproblem war der Verlust des Geldes in den „Pyramiden“, wo das Volk Millionen Dollar eingesetzt hatte. Das wurde als Funken gebraucht, um die Rebellion zu entfachen. Sie wissen, dass die Welt hätte militärisch intervenieren müssen, um die Tragödie zu beenden. Auf Anweisung der internationalen Diplomatie wurden die Wahlen des 29. Juni 1997 abgehalten, die als eine „Lösung“ angenommen wurden. Die Wahlen wurden in einer Atmosphäre der Drohung durch die Sozialkommunisten abgehalten, die die wahren Beherrscher der Situation waren. Deren Sieg ist ein Minus für Albanien und die albanische Nation. Die jetzige sozialistische Regierung bringt wieder jene an die Macht, die uns verfolgt haben, und lässt die Demokraten und politisch Verfolgten schutzlos.

Unsere Assoziation wird offen bekämpft. Wir haben bis jetzt protestiert und werden das weiter machen gegen jede Handlung, die die Menschenrechte, Rede- und Gedankenfreiheit verletzt. Wir werden mit den Versammlungen, Hungerstreiks, Demonstrationen in Zusammenarbeit mit den Kräften des rechten Lagers fortfahren, bis die Regierung zum Rücktritt gezwungen wird und das Volk zu Neuwahlen gehen kann.

Die sozialistische Regierung hat ihre Unfähigkeit zum Regieren schon ein Jahr lang bewiesen. Korruption, Kriminalität und Armut sind im ganzen Land zu sehen. Wir hoffen, dass dieses Jahr jetzt Albanien in die Demokratie zurückführt.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Bericht von Ivan Stantschev von der Delegation aus Bulgarien

Ich bedanke mich, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Dumitrescu, meine Damen und Herren Delegierten, Repräsentanten von Gemeinschaften der Repressierten des Kommunismus in den jeweiligen Ländern.

Mit großem Vergnügen haben wir die Einladung zur Teilnahme am VII. Kongress hier in Berlin erhalten. Erlauben Sie mir bitte, Sie kurz mit einem Teil der kommunistischen Repressalien in Bulgarien bekannt zu machen, obwohl das, was ich hier gehört habe, mich immer weiter in der Überzeugung bestärkt, dass das System überall gleich war und die Repressalien sich durchaus ähneln und sich teilweise decken. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Armeen in Bulgarien im September 1944 wurden etwa 30 000 Personen innerhalb einiger Monate ohne Gerichtsurteil und ohne jegliche Erklärung umgebracht, wozu die Listen dieser Personen im Vorfeld, noch lange vor dem Einmarsch der Sowjetarmee, vorbereitet worden waren. Das hat innerhalb dieser wenigen Monate unser Land zutiefst erschüttert.

Nachdem diese Verbrechen in kurzer Frist durchgeführt worden waren, gingen sie dazu über, das damalige Offizierskorps aus Bulgarien zu vernichten, dann die Führungspersönlichkeiten und die Parteien selbst; wobei ich hier sagen möchte, dass ein Teil der politischen Parteien sich 1945 schon zu einer legalen Opposition gegen das kommunistische Regime erklärt hatte. Nachdem das Militär und dann die Politik zerschlagen wurden, handelten die Kommunisten entsprechend ihrer bekannten Auffassung „Religion ist Opium für das Volk“ und gingen dazu über, die Religion zu vernichten. Die bulgarisch-orthodoxe Kirche wurde förmlich zerschlagen. Es begannen Prozesse gegen katholische Priester und gegen evangelische Pastoren.

Viele, viele Familien wurden interniert. Einfach so, abends bekam man eine auf einen Schmierzettel geschriebene Mitteilung: innerhalb von 24 Stunden musst du und deine ganze Familie die Wohnung und die Stadt verlassen. Wobei wir kein Recht hatten, uns in größeren Städten oder an Bahnstationen niederzulassen. Es wurde eine brutale, zwangsweise Kollektivierung des Landes, des Bodens durchgeführt. Es entstanden die bulgarischen Kolchosen, wie hier auch LPGs genannt.

Fast alle Reisen ins Ausland wurden verboten. Wenn man sich irgendwo um eine Arbeit bewerben oder ein Studium beginnen wollte, brauchte man eine Begutachtung von einem Parteiorgan oder eine Bürgschaft von einem Parteiorgan. Die private freischaffende oder private Praxis oder Gewerbetätigkeit wurde verboten. Es wurde auch jede Art von Handwerk, privatem Handwerk verboten. Es ist erstaunlich, wenn man sich das vorstellt, der Handwerker durfte nicht als solcher tätig sein.

Auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Bildung wurde natürlich immer wieder hervorgehoben, dass die führende Linie die Linie des Marxismus-Leninismus als Wissenschaft ist. Zuerst musste man diese Wissenschaft beherrschen und erst dann kam die Fachwissenschaft an zweiter Stelle. Der Marxismus-Leninismus war der berühmte philosophische Stein der Weisen, mit dem man sämtliche Probleme der Menschheit lösen könnte. Ich glaube, das brauche ich keinem hier weiter zu erläutern.

Insgesamt sind in Bulgarien etwa 200 000 Menschen direkt Repressalien ausgesetzt worden, d. h., also umgebracht, in Konzentrationslager geworfen, in Gefängnissen inhaftiert und interniert sowie ausgesiedelt worden - zu einem Zeitpunkt, als dieses Land 6 Millionen Einwohner hatte! Es ist eindeutig, dass so ein menschenfeindliches System zu einer Einschränkung und Vernichtung sämtlicher humanitärer Tätigkeit und Funktion führte. Ein System, das auch die menschliche Würde mit Füßen getreten hat, ein System, bei dem man von keiner persönlichen Freiheit reden konnte und in dem es keine Menschenrechte und kein privates Eigentum gibt - es ist klar, dass so ein System es nicht lange schafft zu existieren. Das kommunistische System ist

zusammengebrochen, aber es hat furchtbare Auswirkungen auf die Staaten und auf die Völker, in denen es geherrscht hat.

Am 10. November 1989 ist in Bulgarien ein sogenannter Hofputsch geschehen. Damals entstand die Illusion, dass das Land die Gelegenheit bekommt, auf einen demokratischen Entwicklungsweg zu schreiten. Es war aber nur eine Illusion. Wir, die vom Kommunismus Verfolgten, haben schon damals gesehen, dass es sich um eine gut geplante Aktion handelte. Genau die Kommunisten waren diejenigen, die diese Aktion erarbeitet und ihren neuen höllischen Plan ausgeführt haben. Im Januar 1990 sind von 9000 kriminellen Häftlingen 3000 Kriminelle aus der Haft entlassen worden, die Repressivorgane der Miliz, der damaligen Polizei, wurden zurückgezogen, also das Personal der Miliz wurde gekürzt, mit der Begründung, dass damit die demokratische Entwicklung günstigere Entwicklungsmöglichkeiten hätte. Diese 3000 Schwerekriminellen, die infolge einer Amnestie damals in Freiheit kamen, haben eine mächtige Welle kriminellen Terrors und Verbrechens im Land geschaffen.

In dieser Zeit war der normale Bürger natürlich besorgt, sich um seine eigene Sicherheit, um sein eigenes Hab und Gut zu kümmern und sich gegen diese Verbrechenswelle zu sichern. Er hatte Angst um das Leben seiner nächsten Angehörigen. In dieser Zeit, in diesen ersten Jahren nach der Wende haben es die Kommunisten geschafft, den Staat und das Volk auszuplündern. Es wurden getürkte Banken geschaffen, Finanzpyramiden. Dadurch wurden den Menschen die letzten Mittel aus ihren Taschen herausgesaugt. Alle entscheidenden Posten in den Banken, in der Finanzwelt und in der Wirtschaft blieben in der Hand der Kommunisten. Im Verwaltungswesen, im Diplomatischen Korps, im Außenministerium, in der Armee und im Ministerium des Innern sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sämtliche Angestellten eben frühere Mitarbeiter, die zu ihrer Zeit vor der kommunistischen Partei ihren Treueschwur abgelegt haben. Es handelt sich eindeutig um Vertreter des alten repressiven kommunistischen Apparates. Heute behaupten die Kommunisten auf all diesen Posten mit einem siegesbewussten Lächeln: „Was wollt ihr denn von uns, wir sind entpolitisiert.“ Das behaupten sie, aber im Innern sind sie natürlich das, was sie sind - Kommunisten.

In der Praxis ist es ihnen gelungen, die unbegrenzte politische Macht, die die Kommunisten bis zum Jahr 1989, bis zur Wende hatten, in eine gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Macht zu transformieren. Heute ist die kommunistische Partei nicht mehr gefährlich als ideologische Partei. Es gibt aber etwas, was gefährlicher und schrecklicher ist. Es handelt sich um eine militarisierte, kommunistische Wirtschaftsmafia, die über ein riesiges Kapital verfügt, über verbrecherische, militante Gruppierungen. In den Händen dieser Menschen befinden sich die zentralen Posten des Landes. Es handelt sich um eine gewaltige wirtschaftliche Macht, die nicht nur zum Widerstand zu der jetzt regierenden, demokratischen Regierung führt. Wir haben allen Grund zu befürchten, dass diese gewaltige wirtschaftliche Macht eines Tages imstande sein wird, auch politische Forderungen und politische Bedingungen zu stellen. Eine demokratische Regierung kann sich nicht leisten, nur mit Hilfe von Ministern und stellvertretenden Ministern zu verwalten und das Land zu führen. Der gesamte mittlere und niedere Verwaltungsapparat des Staates ist in den Händen der ehemaligen Kommunisten. Unserer Meinung nach verzögert und hindert diese Entwicklung das Fortschreiten des demokratischen Prozesses in unserem Land. Es handelt sich um Personen, die sich ganz bewusst der Durchführung von demokratischen Reformen in einem Land wie in unserem widersetzen. Deshalb meinen wir, dass ein Gesetz zur Lustration dringend notwendig ist.

Wir möchten nicht, dass die Kommunisten Repressalien unterworfen werden, das keineswegs. Aber es handelt sich um eine große Gefahr für die Zukunft des Landes, für die demokratischen Prozesse, wenn sie weiterhin auf ihren jetzigen und alten Posten verbleiben. Und etwas, was auch sehr wichtig ist: Sie befinden sich auf diesen ihren Posten nicht infolge von professioneller Eignung und beruflicher Qualifikation, sondern nur dank ihrer Parteizugehörigkeit und wegen ihrer Liebedienerei vor der ehemaligen kommunistischen Partei. Wenn wir das hier alles schildern müssen, tun wir es nur in dem Wunsch, hier verstanden zu werden. Das Bild, welches

der Kommunismus in Bulgarien gezeigt hat, ist so, dass die bulgarischen Kommunisten als die treuesten Vasallen des Kremls auftraten. Von allen Ländern des Ostblocks waren sie päpstlicher als der Papst, d. h., schärfere Kommunisten als diejenigen im Kreml.

Wir haben hier eine kurze Beschreibung der kommunistischen Regierung in den letzten Jahrzehnten in Bulgarien gemacht und auch die Transformation dieser unbegrenzten, unbeschränkten kommunistischen Macht in eine gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Macht nach der Wende 1989.

Und nun kurz, wie die Lage der Repressierten sich momentan in Bulgarien darstellt: Leider ist unsere Situation sehr schwer. Unser Verhalten, mit dem wir unzweideutig unseren Widerstand dargelegt haben, zeigt, dass wir uns der kommunistischen Ideologie und der kommunistischen Diktatur widersetzt haben. Wir haben deutlich gemacht, dass wir Wert auf unsere Freiheit legen, auf unsere moralische Integrität, unsere Lebensweise, unsere seelische Verfassung. Wir haben uns den Bestrebungen des Kommunismus widersetzt, Bulgarien zu einer 16. Republik der Sowjetunion zu machen, wir haben uns für Freiheit und Demokratie eingesetzt. Wir wollten in den Genuss von ganz normalen Menschenrechten und natürlicher menschlicher Existenz kommen. Deswegen wurden wir Repressalien ausgesetzt. Leider ist es heute so, dass die vom Kommunismus repressierten Personen in Bulgarien wegen all dem, was ich bis jetzt hier geschildert habe, sich existentiell auf der untersten Stufe befinden.

Praktisch gibt es in Bulgarien keine arbeitslosen Kommunisten. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit unter allen Nachfolgestaaten in unserem Land wohl am höchsten. Das ist deswegen so, weil alle staatlichen und privaten Firmen sich in der Hand der Kommunisten befinden: die staatlichen Firmen, weil eben die Verwaltung schon früher so funktioniert hat; bei den privaten, weil nur solche Personen private Firmen gründen konnten und sich alle privaten Firmen in deren Hand befinden. Die besitzen ja das Geld, sie haben das Kapital.

Auf den alten, ihnen gut bekannten Wegen des Diplomatischen Korps, des Außenhandels, die sie gut beherrschten, haben die Kommunisten es geschafft, ihre eigenen Kinder in den Westen zur Ausbildung zu schicken. Wir durften ja früher überhaupt nicht außerhalb des Landes reisen, aus politischen Gründen. Heute können unsere Kinder den Westen nicht bereisen, aus rein wirtschaftlichen Gründen. Das heißt, weil uns die finanziellen Mittel fehlen. Früher hatten die Kommunisten die Macht, um uns politisch zu unterdrücken, heute sind sie diejenigen, denen es ausgezeichnet geht. Und auch die Aufnahme einer Arbeit, einer beruflichen Betätigung hängt wieder von ihnen ab, denn sie halten das ganze Kapital in ihrer Hand.

Vielleicht ist die einzige Änderung für uns diejenige, dass wir die Möglichkeit, die Freiheit haben, frei zu reden, ohne die Angst zu haben, dass wir deswegen gleich hinter Schloss und Riegel geworfen werden. Neun Jahre seit der Wende in Bulgarien haben wir keinen Zugang zu den Medien. Das Fernsehen, der Rundfunk, die Zeitungen sind für uns unzugänglich. Wir haben nur ganz zufällige und vereinzelte Möglichkeiten, uns zu äußern, während die Kommunisten und deren Mutanten, das ist die Eurolinke - ähnlich wie die PDS, überall vertreten sind in den Medien. Es kann auch nicht anders sein, denn heute sind in den leitenden Funktionen in den Medien dieselben alten kommunistischen Funktionäre. Die Union der Repressierten während des Kommunismus in Bulgarien hat nicht einmal die Möglichkeit, eine Wochenzeitung herauszugeben, aus finanziellen Gründen. Wie sollen dann unsere Ansichten, unsere Botschaften an die Menschen herankommen?

Die Kommunisten, die ehemaligen Unterdrücker, leben in unvorstellbarem Luxus. Sie fahren die teuersten Autos, fahren zum Urlaub - und das wörtlich gesagt - in die teuersten internationalen Badeorte oder Urlaubsorte. Sie sind wieder so frech wie immer und rücksichtslos, skrupellos. Sie haben es geschafft, sie haben es verstanden, dass wir es nicht vorhaben, auf sie dieselben Repressalien anzuwenden, wie sie gegen uns aufgetreten sind. Weil sie das verstanden haben, haben sie wieder Oberwasser.

Jetzt demonstrieren sie wieder, dass sie nicht bestrafbar sind. Es werden von ihnen Autos gefahren, für Zehntausende von Deutschen Mark. Unsere Mitglieder sind Rentner, die umgerechnet 30 bis 40 Mark monatlich Rente erhalten. Es handelt sich um ein Dahinvegetieren, es ist kein Leben. Das heißt praktisch, dass der alte Status quo zwischen Tätern und Gewaltherrschern auf der einen und Opfern auf der anderen Seite bis zum heutigen Tag erhalten ist, mit dem kleinen Unterschied, dass die Macht sich von einer politischen Macht in eine wirtschaftliche Macht gewandelt hat. Sie bleibt aber trotzdem in den Händen der ehemaligen kommunistischen Parteien.

Und mein letzter Satz: Abschließend möchte ich hier noch mal sagen, dass wir schon 1991 auf unseren Foren immer wieder hervorgehoben haben, dass die politischen, rechtlichen und moralischen Gründe, die da seinerzeit zum Nürnberger Tribunal geführt haben, mit voller Kraft auch heute gültig sind und mit voller Kraft auch den Kommunismus betreffen. Denn der Kommunismus hat mehr schuldlose Opfer hervorgebracht, mehr materielle Zerstörung, eine höhere Stufe an geistiger Zerstörung und Armut, Misere. Der Kommunismus hat es geschafft, die Geschichte zu fälschen und tut das bis heute noch weiter. Der Kommunismus hat unvorstellbare Schäden angerichtet, er hat die Persönlichkeiten deformiert. Unsere deutschen Freunde merken diese Folgen auf die Persönlichkeitsentwicklung wahrscheinlich am besten, die sich auf die Menschen der ehemaligen DDR ausgewirkt haben.

Es kann nicht angehen, dass die ehemaligen kommunistischen Gewaltherrscher und deren Diener sich heute als Demokraten hinstellen und an der Regierung des Landes teilnehmen. Die gestrigen Totengräber des Kapitalismus erscheinen heute als die größten Anwender des Kapitalismus. Sie sind tatsächlich Kapitalisten, aber sie verfügen über Mittel des Volkes und des Staates und nicht über ihr eigenes Kapital. Das heißt, das, was früher war, ist weiterhin erhalten und führt zu ihrem Nutzen. Deswegen sind wir der Meinung, dass es dringend notwendig ist, zu einem zweiten Nürnberger Prozess zu kommen. Es handelt sich nicht darum, dass sie da verurteilt werden und dass sie in Haft sitzen. Sie müssen aber öffentlich und moralisch die Schuld tragen, für das, was sie getan haben. Erst dann werden sie - glaube ich - auf dem ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft sitzen.

In Bulgarien ist ein Gesetz verabschiedet worden über den Zugang zu den Stasi-Archiven. Es handelt sich um einen minimalen und sehr scheuen Schritt nach vorn. Wir möchten nicht, dass die Öffnung der Archive sich bis auf das intime Innere einer Persönlichkeit bezieht, darum geht es uns nicht. Wir möchten das - und das sage ich, weil wir ja mehrere Jahre hier schon mit der Gauck-Behörde Kontakt hatten -, weil wir wissen, dass sowohl bei der Stasi, als auch bei der bulgarischen Staatssicherheit es ganz spezielle operative Berichte gegeben hat, Vorgänge, aus denen bekannt ist, dass z. B. bestimmte Personen auch dazu ausgerichtet wurden, dass sie speziell jemanden heirateten, nur um ihn zu bespitzeln. Zwanzig Jahre hat eine Ehefrau gegen ihren Mann Berichte gemacht. Das sind monströse Vorgänge, die sich ein normales menschliches Gehirn gar nicht vorstellen kann. Deswegen stehen wir ganz eindeutig hinter dem Wunsch und der Forderung, dass die politischen Akten bekannt gemacht werden in unserem Land und nicht nur die der Opfer, die oftmals gezwungen wurden, eine Mitarbeitererklärung zu unterschreiben, sondern auch die politischen Akten unserer Gewaltherrschaft. Sowohl die der damaligen Minister und Mitarbeiter des hochgestellten Verwaltungsapparates, als auch unbedingt die der Parteiführer. Also derjenigen, die heute die Parteien führen; denn sonst kann man nicht zu einem normalen politischen Leben kommen.

Es kann nicht mit den alten Methoden, mit denselben Personen, auf eine inkorrekte Weise die politische Entwicklung im Land bestimmt werden. Es sieht so aus, dass der Westen schon einen gewissen Druck auch auf Bulgarien ausübt, so dass die Restitution in Bulgarien doch stattfinden wird. Wissen Sie aber, was sich auf dem Land abspielt, wo die Bauern ihren ganzen Grund und Boden verloren haben? Es wird behauptet, die ganzen Register, die ganzen Grundbücher sind vernichtet. Der beste Boden, der fruchtbarste Boden, wird trotz Eigentumsbeweis, dass das sein Boden und Land war, den jeder erbringen kann, trotzdem den ehemaligen Kommunisten

übergeben, während deren Opfer als Ausgleich eben das völlig unfruchtbare und Wüstenland zurückerstattet wird.

Ich beschreibe das, und da ich weiß, dass die Zeit knapp ist und nicht mehr reicht, die letzte Minute, die letzten zwei Sätze. Ich möchte gerne, dass unsere Organisation -die internationale Assoziation - mit dieser Sitzung hier einen neuen Anfang beginnt. Sie sollte eigentlich eine moderne dynamische Organisation auf dem gegenwärtigen Stand einer Organisation, die in die heutige Epoche passt, sein. Wir müssen davon ausgehen, dass das 21. Jahrhundert beginnt. Die Vergangenheit ist eine Vergangenheit, und wir sollten, glaube ich, unterstreichen, dass ein Volk, das seine Vergangenheit nicht kennt und achtet, der großen Gefahr ausgesetzt ist, dieselben Fehler in der Zukunft zu wiederholen.

Es ist etwas sehr Gefährliches in der gegenwärtigen politischen Situation und wahrscheinlich in allen Ländern, wie ich hier mitkriege, das ist die Mutation und die Verkleidung der Kommunisten. Sie legen sich neue Bezeichnungen zu, aber sie bleiben das, was sie waren: Kommunisten. Außerdem sind wir wahrscheinlich auch aufgefordert, eine Organisation zu gründen, die im Falle der Notwendigkeit imstande ist, den einzelnen Organisationen auch hilfreich zur Seite zu stehen und die imstande wäre, auch das einzelne Mitglied zu verteidigen. Denn wir alle hier bestehen natürlich auch aus einzelnen Personen unserer Organisationen, aus Individuen. Wir sind alle Repressalien ausgesetzt gewesen, wir haben allgemeingültige humane, moralische Werte verteidigt. Und deswegen bin ich der Meinung, dass wir aufgefordert sind, dass wir die neuen ethischen Grundsätze der neuen Zeit, des nächsten Jahrhunderts mitbestimmen sollten. Wir haben im Sozialismus gelebt, wir leben im Kapitalismus und haben auch im Kapitalismus gelebt. Wir haben in diesen beiden Gesellschaftsordnungen eins verstanden: Das Materielle ist wichtig, aber nicht entscheidend. Ich rufe und fordere alle Anwesenden auf, dass wir weiterhin das Andenken all derjenigen, der würdigsten von uns, auch weiterhin ehren, das Andenken an diejenigen, die ihr Leben gelassen haben in den Untersuchungszellen, in den Haftanstalten, in den Lagern, bei fingierten Fluchtversuchen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bericht von Demetrius Andresen von der Delegation aus Estland

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schicksalsgefährten,

Herr Heino Noor konnte nicht selbst kommen und bittet mich, seinen Vortrag über „Sozialpsychologische Folgen der kommunistischen Diktaturen am Beispiel Estlands“ zu halten.

Die Kameradschaft und die Bewegung der Kriegsgenerationen sowie auch die überparteilichen antikommunistischen Bestrebungen haben heutzutage große soziale und psychologische Auswirkungen. Von der psychologischen Universitätsklinik aus könnte man angesichts der Krisenzustände Estlands in diesem Zusammenhang auf einige Aspekte und Umstände hinweisen. Im Zweiten Weltkrieg haben die Alliierten die Oberhand gewonnen. Doch der teuer bezahlte Sieg in diesem hauptsächlich von den Bolschewiken vorbereiteten Krieg hat Schlimmeres hinterlassen als Tote, Ruinen und zerstörte Reiche. Das Erbe dieses Krieges ist eine totale Verwirrung zwischen Recht und Unrecht, Ordnung und Unordnung, Gut und Böse. Das sind die Erscheinungen des Pragmatismus - einer Prinzipien- und morallosen Weltanschauung, die alles nur nach den praktischen Konsequenzen einschätzt -alles zum Verkauf, zum Geschäft. Die Macht der Mammonokratie und der Emporkömmlinge nimmt intensiv zu und verbreitet sich.

Über die Konsequenzen der sogenannten Pax Americana (Frieden nach amerikanischer Art) braucht man nicht zu rätseln. Man hat von dieser Lage und diesem neuen Unheil jetzt, 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, genug Probleme: Korruption, Materialismus und Atheismus, Kulturüberfremdung, Ausrottung des Bauerntums, Entwurzelung der Jugend, Egoismus aller gegen alle, Genusssucht, Alkoholismus (the conquerers' alcoholism, Siegeralkoholismus), allgemeine Entfremdung, Ehr- und Treulosigkeit, Porno, Prostitution, „one-world-Konzeption“ usw. Es dominieren die Atomkräfte, einschließlich der Moskauer Sondermacht, mit der man eigenartige kokettierende Spiele spielt. Auf dieses Erbe des sogenannten siegreichen Krieges kann man nicht verzichten. Wohl oder übel müssen Generationen und Geschlechterfolgen solches Erbe antreten.

Ein wesentlicher Faktor der psychologischen Verseuchung in der europäischen Umwelt sind die sogenannten kollektiven Schuldgefühle, die besonders den Deutschen und den Kriegsgenerationen in der Welt immer wieder demagogisch eingespritzt werden. Sowohl die Überlebenden der politischen Repressionen als auch die Heimkehrer vom Krieg und aus der Gefangenschaft haben die Aufgabe -aber ganz bestimmt auch das Recht und die Pflicht -, ihre Erfahrungen im gütigen richtigen Ton den nachrückenden Generationen im Interesse der Völker Europas weiterzugeben.

Mit dem Sturz der kommunistischen Ideologie in Osteuropa kam erst die halbe Wahrheit ans Licht, die vielleicht wichtigere Hälfte ist noch im Schatten. Die Literatur, Erinnerungen und Dokumentation sollen nicht in Kisten verpackt und nur in Museen bleiben. Das alles soll der Jugend und der Nachwelt als Zeugnis dienen -als ständige Mahnung der Generation des Zweiten Weltkrieges. Diese Kämpfer haben ihre Pflicht mit solchem Ehrgefühl und solcher Treue getan, die heute leider ganz selten zu finden sind. Die europäischen, einschließlich deutschen Schicksalsfragen müssen ausgesprochen werden.

Mit dem geforderten Internationalismus und Kosmopolitismus sowie sogenanntem Kryptokommunismus kann die Zivilisation wahrscheinlich zugrunde gehen. Solche Ideen und so mancher „-ismus“ können todbringend sein. Wenn sich die Jugend ihres echten menschlichen Wertes bewusst wird, dann wird sich die geistige und körperliche Gesundheit verbessern. Dann wird es auch die Möglichkeit geben, dass das geistige und seelische Klima verbessert wird. Das destruktive suizidale Verhalten und das Verbrechen können sich vermindern. Und es wird für das Bestehen der Länder Europas wichtig sein.

Aus diesen Gründen und dieser Sichtweise haben die Solidaritätsgefühle und Kontakte der ehemaligen Politgefangenen und Kommunismusopfer sowie der Kriegsgenerationen eine sehr

wesentliche Bedeutung für die ganze Bevölkerung. Besonders in den sogenannten postsozialistischen Ländern.

Estland, der de jure souveräne Staat, mit den von der deutschen Kultur stark geprägten Bereichen, wurde beinahe 50 Jahre von der Sowjetunion okkupiert, mit aller asiatischen Kraft gewaltsam sowjetisiert. Es kam zum jahrelangen roten Terror, zu vielen Massenmorden und den ethnoziden Maßnahmen der Sowjetmacht. Es kam auch zu verbreiteten tiefen sozialpsychologischen Verseuchungen, nicht nur im Sinne der Gehirnwäsche und gewaltsamer „Bearbeitung des Menschen“.

Die die Umwelt politisch, sozialpsychologisch und moralisch verseuchenden Faktoren des „realen Sozialismus“ waren wie folgt: Urbanisierung und Überindustrialisierung, Kolonialpolitik des sowjetischen Imperialismus, beständiges Gefühl der Unsicherheit, Einflößen des Minderwertigkeitsgefühls in die Stammbevölkerung, Russifizierung, nationaler Nihilismus (homo sovieticus), Spaltung und Polarisierung der Nation unter dem Namen des sogenannten Klassenkampfes, Erpressungen und Verfolgung. Die estnische Stammbevölkerung sah sich der Genozidgefahr ausgesetzt. Es gab auch viele sichtbare Zeichen des sowjetischen Kulturozides.

Die Generationen, die in der sowjetischen Gesellschaft gelebt haben und aufgewachsen sind, befinden sich in besonders misslicher Lage und schlechtem Seelenzustand. Nicht allein deswegen, weil das sowjetische Terrorsystem als sog. Sozialismus ausgegeben wurde und dass es eigentlich eine stagnierende, verrottete Lebensordnung genannt werden musste. Gleichwohl wurde uns dies als „die materialistische Weltanschauung“ beigebracht. In Schulen und Hochschulen haben viele diesen „weltanschaulichen Materialismus“ als Fach „gut“ oder „sehr gut“ bestanden. Verbreitet hat sich aber eine feste Weltanschauung, die Verbrauchermentalität („homo consumens“). Als Doktrin wurde den jungen Menschen eingeschärft, dass alles Sein primär, dagegen das Bewusstsein sekundär sei, aber die Religion „das Opium des Volkes“ bleibe.

Es ist in spannungsvollen Tagen, in der großen und ermüdenden Planlosigkeit auch am Beispiel Estlands doch sehr wesentlich zu erkennen, welchen hemmenden, verheerenden Einfluss das Fehlen von Glaube und Hoffnung haben können. In Estland hat sich während der politischen Wende 1988 bis 1991 die sog. singende Revolution abgespielt. Doch eine völlige Entsowjetisierung hat hier nicht stattgefunden. Nach einer Verbesserung und Erhöhung des sozialpsychologischen Tonus ist unter den Bedingungen dieser gewissen Inflation jetzt ein Zustand von Unsicherheit, Unbestimmtheit und Nervosität entstanden. Das sind die Spätfolgen des sowjetischen Gewaltsystems und sog. Sozialismus.

Übergänge schließen Verunsicherungen, Vorläufigkeit, Versuchscharakter und Scheitern ein. Zurzeit beträgt der Anteil der Grundbevölkerung (Esten) hier nur etwa 60%. Die Mehrheit der Fremdbevölkerung in Estland bilden die sog. Wirtschaftsemigranten und Zivilgarnisonen, d. h. Angehörige, Verwandte und Bekannte der sowjetischen Besatzungstruppen sowie pensionierte Sowjetoffiziere. Sie sind nach dem teilweisen Rückzug der Truppen in ihren Stationierungsorten geblieben und wollen hier bleiben. Auch sie fühlen sich unsicher. Diese Belastungssituation geht für das ganze Sozium mit erhöhten Angstgefühlen, mit Beklemmungs- und Sackgassen-Syndromen vor möglichen politischen Entwicklungen, vor Engpass und Gratwanderungen einher.

Als ein psychologisches Ergebnis des unerlebten Lebens kommen aggressive Taten und Verbrechen vor. In diesen Übergangszeiten mangelt es am Bruttosozialprodukt - es gibt einfach „wenig zu teilen“. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen oft auf den Schultern der weniger wohlhabenden Bevölkerung (Rentner, kinderreiche Familien, Intelligenz). In solcher Lage denkt man in Estland an Deutschland, das nach dem Kriege wie ein „Phönix aus der Asche“ aufgestanden ist und ein Wirtschaftswunder geleistet hat. In Estland ist man überzeugt, dass Deutschland in diesem Sinne ein Vorbild ist und eine geschichtliche Mission in Europa hat.

Ein erprobtes und beliebtes Verfahren der sowjetischen und auch der anderen besetzenden Mächte in der Nachkriegszeit war und ist das Einflößen der sogenannten kollektiven

Schuldgefühle wegen der Folgen des Zweiten Weltkrieges. Das wird auch heute ganz deutlich und zielstrebig durchgeführt, um unter den ehemaligen Besetzten immer einen „Handicapzustand“ zu erhalten. Auch das ist eine psychologische Verseuchung.

Die wirksame Maßnahme gegen solche Attacken ist die Wiederherstellung der Wahrheit. Am 1. Juni 1997 wurde auf dem Paulus-Friedhof in Tartu/Dorpat, Estland, der Gedenkplatz für die deutschen und anderen Gefallenen eingeweiht. Eigentlich - ein Denkmal des Opferganges für Europa.

Bericht von Mart Niklus von der Delegation aus Estland

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Schicksalsgefährten, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, Sie im Namen der ehemaligen estnischen politischen Gefangenen und national gesinnten Esten zu begrüßen. Es freut mich sehr, dass wir uns nach der vorjährigen Zusammenkunft in Brunn nun wieder in der deutschen Hauptstadt Berlin treffen.

Vor ein paar Tagen, am 14. Juni, war ganz Estland mit Fahnen im Trauerschmuck bestückt. Das estnische Volk hat sich an die Opfer der großen Deportation 1941 erinnert. Etwa 11 000 Menschen wurden in jener Nacht aus ihren Heimatstädten Richtung Sibirien verschleppt. Dieses schreckliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit war möglich geworden durch den am 23. August 1939 in Moskau unterzeichneten Hitler-Stalin-Pakt. Schon 1940 führte dieses kaltblütige Abkommen zur Besetzung und Annexion der estnischen Republik und der anderen baltischen Staaten durch die UdSSR. Die Folgen dieses Handelns reichen sogar bis in die Gegenwart Estlands. Beispielsweise ist ungefähr 5% des Territoriums der estnischen Republik von dem Rechtsnachfolger der UdSSR, der Russischen Föderation, noch immer okkupiert. Der russische Besiedlungskolonialismus dauert in Estland praktisch noch an, entgegen internationalem Recht. Auf solche Weise ist ein etwa eine halbe Million starkes, meistens der Landessprache nicht mächtiges, menschliches Kontingent eingewandert, um hier den Kommunismus aufzubauen oder bessere Lebensbedingungen zu finden und bildet heutzutage ein Drittel der Bevölkerung Estlands.

Ebenso ist im heutigen Estland noch kein kommunistischer Verbrecher gerichtlich für Genozid, Ethnozid und sonstige Missetaten verurteilt worden. Und wie überall bekannt, verjähren diese Verbrechen entsprechend den internationalen Rechtsauffassungen nicht.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Nürnberger Prozess ist nun mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen. Deutschland ist aus den Kriegstrümmern und -wirren zu einem mächtigen Wohlstandsland erstarkt. Die Entnazifizierung ist hier schon lange durchgeführt worden. Die jüngere Generation kennt vielleicht überhaupt nicht die Bedeutung dieses Wortes. Es stellt sich die Frage, wie haben sich die Großmächte gegenüber den Kleinstaaten und den kleinen Völkern, die durch die mehrmalige Okkupation und die Kriege am meisten gelitten haben, verhalten?

Enele Mitchel spricht in dem Artikel „Apologize - Who Is Sorry“ von einer zunehmend zu findenden Entschuldigungsmethode, wodurch die Schuldigen einen Schlussstrich unter ihre Verbrechen ziehen wollen. Über Entschädigungsleistungen wird jedoch nur selten gesprochen. Aus der Geschichte wissen wir, dass sich 1988 die Regierung der USA im Namen des amerikanischen Volkes für die von den Amerikanern während des Zweiten Weltkrieges Internierten japanischer Herkunft entschuldigte. 1955 hat sich das Internationale Rote Kreuz in der Schweiz für sein moralisches Versäumnis entschuldigt, den Holocaust gegen die Juden während des Zweiten Weltkrieges nicht öffentlich verurteilt zu haben. Für dieses öffentliche Schweigen und die Untätigkeit in derselben Sache hat sich der Vatikan 1998 entschuldigt. 1996 haben die Deutsche Bundesrepublik und Tschechische Republik sich gegenseitig entschuldigt. Deutsche Stellen haben sich für die Invasion in die Tschechoslowakei 1939 entschuldigt und einen Fond für die Unterstützung der tschechischen Bürger, die unter den Naziverbrechen gelitten haben, gegründet. Die Tschechische Republik ihrerseits entschuldigte sich für die Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46. Der Bundespräsident Roman Herzog bzw. der Bundeskanzler Helmut Kohl haben während ihrer Staatsbesuche in der Tschechischen Republik, in Polen oder anderwärts mehrmals staatliches Bedauern für das geäußert, was in Deutschland und Europa, einschließlich solcher kurzfristig okkupierten Staaten wie Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen vor dem und während des letzten großen Krieges geschehen ist.

Was jetzt Estland betrifft, hat der deutsche Botschafter in Estland, Bernd Mützel, bei der Einweihung eines Friedhofs für die deutschen Soldaten gesagt, dass auch dem deutschen Volk die Schuld anlastet dafür, dass es den Krieg in viele Länder getragen hat. „Das erfüllt uns ewig mit Schande und der Bitte, uns zu verzeihen.“ Dabei aber will ich nicht die Tatsache verschweigen, dass gerade das deutsche Volk das erste Opfer von Adolf Hitler wurde, und unter diesen Opfern sollen auch die mitgerechnet werden, die hier auf der Insel Saaremaa (Ösel) die letzte Ruhestätte gefunden haben. Bedauern und Mitfühlen, Mitgefühl in Bezug auf die Esten, die durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt gelitten haben, haben die Deutschen auch in konkreter Weise geäußert. Zum Beispiel hat die deutsche Regierung den estnischen Kriegsinvaliden Geldunterstützungen gegeben....

Die Partnerstadt von Tartu (Dorpat) ist Lüneburg, wodurch viele hilfsbedürftige Tartuer, darunter Kriegsinvaliden und ehemalige Kommunismus-Gefangene, mehrmals verschiedene humanitäre Hilfe erhalten haben. Was jetzt konkret den hier Sprechenden betrifft, vergesse ich nie diese moralische und materielle Unterstützung, die meine Angehörigen und ich selbst während der mehr als 16 Jahre dauernden Gefangenschaft und auch anschließend aus Deutschland erhalten haben. Hierbei alles aufzuzählen, ist ganz unmöglich. Doch möchte ich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main erwähnen, deren Mitglieder, aber auch andere Deutsche, ehemalige politische Gefangene der UdSSR in manchen deutschen Städten sehr gastfreundlich empfangen haben und mit denen ich einen ständigen Briefwechsel geführt habe. Ja, dank der deutschen Menschenrechtler bin ich auch gegenwärtig Mitglied der IGFM. Soviel über Deutschland und die Deutschen.

Im Bericht über die ehemalige UdSSR und deren Rechtsnachfolger, die Russische Föderation oder kurz gesagt über das heutige Russland, muss man einen ganz anderen Umgang mit den zahlreichen, meistens aus anderen Nationen stammenden Opfern des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit bis heute feststellen. Wie allgemein bekannt, hat die sowjetische bzw. die russische Regierung während all dieser Jahrzehnte die Existenz des Molotow-Ribbentrop-Pakts und der geheimen Zusatzprotokolle überhaupt geleugnet. Die Esten, die in den 70er Jahren die Veröffentlichung und die Beseitigung der Folgen dieser Dokumente verlangt haben, wurden erbarmungslos Repressionen unterworfen und mit bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug bestraft.

Ogleich die stalinistischen Verbrechen schon lange in allgemein gehaltenen Worten verurteilt worden sind, sind die Folgen der stalinistischen Außenpolitik in Bezug auf Nachbarstaaten und Nachbarvölker, darunter die estnische Republik und die Esten, noch nicht beseitigt worden. Auch für die poststalinistischen Repressalien hat Russland den anderen Staaten und Völkern keine Wiedergutmachung geleistet. Die gegenwärtige russische Regierung erfüllt die internationalen Übereinkommen, wie früher, nach Belieben und dementiert überhaupt, dass die baltischen Staaten 1940 von dem großen Ostnachbarn annektiert und okkupiert wurden. In diesem Zustand ist es vergeblich zu hoffen, dass Russland einmal für seine Vergangenheit Scham und Bedauern fühlen oder für das Geschehene auf irgendeine Weise die Verantwortung übernehmen wird.

Natürlich bedeutet das nicht, dass es im gegenwärtigen Russland keine Menschen gäbe, die trotz der Überreste des Totalitarismus und der im Land herrschenden Armut sich nicht für die nahe Vergangenheit und die Opfer der unbegründeten Repressalien unabhängig von ihrer Nationalität interessieren und nicht zu helfen oder zusammenzuarbeiten wünschen. Das sind die neuen Dissidenten, wahrscheinlich haben viele auch etwas über den Solidaritätsfond gehört. In Moskau, Perm und anderen Städten ist der internationale, rechtsschützende, historisch bildende und wohlthätige Verein Memorial tätig, der regelmäßig sich der Untersuchung der nahen Vergangenheit widmende Konferenzen abhält. Im Uralgebiet, in der Ortschaft Putschena, hat Memorial das in der ehemaligen UdSSR einzigartige Museum der Geschichte der politischen Repressalien und des Totalitarismus „Perm '36“ gegründet. Auch unter den Russen habe ich mehrere Kollegen und Freunde. Sie haben mich sogar zum Mitglied des Sowjet-Museums gewählt. Von dem, was zurzeit im Permgebiet getan wird, könnte ich einen eigenständigen Vortrag halten und Videofilme zeigen.

Bevor wir von der Stadt Berlin Abschied nehmen und uns wieder trennen, müssen wir unbedingt einen Beschluss die Vorbereitung von Nürnberg 2 betreffend annehmen. Mit dieser Sache müssen die ehemaligen politischen Häftlinge und die Opfer des Kommunismus verschiedener Länder nicht länger zögern. Einem estnischen ehemaligen Kommunismus-Gefangenen hat noch niemand klarmachen können, warum 1946 in Deutschland viele Naziverbrecher verurteilt wurden und ohne viele Worte das Reich entnazifiziert wurde, aber umgekehrt in Estland ist die kommunistische Partei eine verbrecherische Organisation, es wurde immer noch nichts verkündet. Die kommunistischen Verbrecher haben sich ohne Strafen in Sicherheit gebracht, die russischen, aus dem Dienst entlassenen Offiziere und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes eines Fremdstaates, fühlen sich in Estland wie zu Hause. Der Staat und die Gesellschaft sind immer noch nicht entsowjetisiert, debolschewisiert und dekolonisiert worden.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Zahl der Esten in der Estnischen Republik etwas mehr als eine Million. Heutzutage, mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Krieges, ist unsere Zahl in unserem Heimatland weit unter eine Million gefallen. Die allergrößte Gefahr gegen die Unabhängigkeit Estlands droht uns heutzutage nicht von außen, sondern von innen. Es sind die Fremden, die während der Jahrzehnte in das okkupierte Estland massenhaft und illegal eingewandert sind, hier lange einen zivilisierten Zustand gehalten haben und sich jetzt für eine nationale Minderheit halten. Leider haben die estnischen Diplomaten und Außenpolitiker diese katastrophale Lage der Welt noch nicht genügend erklärt.

Ich habe gehört, dass in mehreren Ländern, wo die ehemaligen aktiven Erbauer des Kommunismus sich noch immer an der Macht befinden und nur die Farben, Schilder und Leitsprüche ausgewechselt haben, analoge Probleme vorhanden sind. Ich hoffe sehr, dass in Bezug auf solche Repressalien, denen das ganze estnische Volk unterworfen ist, sowohl die deutsche Regierung als auch die internationale Öffentlichkeit an unsere Seite tritt.

Danke.

Bericht von Jure Knezović von der Delegation aus Kroatien

Nachdenkend über die Diktatur und das Schicksal des kroatischen Volkes im kommunistischen Jugoslawien hat ein bekannter kroatischer politischer Denker vor 40 Jahren im Exil erklärt: „Die größte Rache eines Diktators und der Gewaltherrschaften ist die Lage, die von ihnen hinterlassen wird.“ Diese Beurteilung hat sich leider als wahr erwiesen, wovon die gesellschaftlichen Prozesse in allen ehemaligen kommunistischen Ländern Zeugnis ablegen.

Der Zusammenbruch des Weltkommunismus 1989/90 hat für das kroatische Volk die Tür eines jahrhundertelangen Traumes - die Wiederherstellung des kroatischen Staates - geöffnet. Der Freiheitseifer, der das gesamte kroatische Volk durchdrang, führte bei den ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990 demokratische Kräfte zum glänzenden Sieg. Die Mehrheit glaubte, dass die kroatische Gesellschaft, befreit vom kommunistischen Zwang, mit voller Kraft zu Fortschritt und Prosperität schreiten werde. Es schien, als ob es keine Hürden mehr zu Freiheit und Wohlstand gäbe.

Dem war leider nicht so. Bald wurden wir mit Enttäuschungen konfrontiert. Wir mussten uns davon überzeugen, dass ein halbes Jahrhundert kommunistischer Herrschaft auf politischer, ökonomischer, kultureller und moralischer Ebene negative und dauerhafte Folgen auf politischem, ökonomischem, kulturellem und moralischem Gebiet hinterlassen hat. Die Ursache unserer Enttäuschung war allerdings nicht nur der Mangel an Kritik, welcher die Folge der damaligen idealistischen Stimmung war, sondern auch der aggressive Krieg, den Serbien und Montenegro zuerst gegen Slowenien und bald danach gegen Kroatien und Bosnien und Herzegowina angefangen haben.

Der großserbischen Aggression schloss sich der überwiegende Teil der serbischen Minderheit in Kroatien an. Andererseits standen der Mehrheit der Kroaten Angehörige der nichtserbischen Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Slowaken, Tschechen, Ukrainer u.a.) zur Seite. Die Aggressoren wurden geschlagen. Außer einem kleinen Teil, dessen Status noch nicht geklärt ist und den internationale Kräfte überwachen, kontrolliert heute der kroatische Staat das ganze Staatsterritorium.

Der Krieg in Kroatien kostete nicht nur Zehntausende von Menschenleben. Seine Folgen bestehen nicht nur in gewaltigen Zerstörungen von kulturellen und geschichtlichen Denkmälern, wirtschaftlichem Potential und der Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden Flüchtlingen und Vertriebenen aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina, die in freien Teilen Kroatiens oder westeuropäischen Ländern (am meisten in der BRD) unterkamen. Dieser Krieg hat auch andere große politische und psychologische Folgen. Er hat in großem Maße die Bewältigung des Kommunismus und die Beseitigung der Folgen der kommunistischen Diktatur verhindert.

Zur Zeit des zusammenbrechenden Kommunismus und des jugoslawischen Staatsgebildes erfuhr die kroatische Öffentlichkeit täglich neue Einzelheiten über die Größe und Brutalität der jugokommunistischen Verbrechen. Augenzeugen von Gemetzeln und Tötungen meldeten sich, man entdeckte Massengräber. Politische Gefangene berichteten von ihren Leiden und von den Gräueln in den jugokommunistischen Gefängnissen. Obwohl es keine Feststellung der persönlichen Verantwortung gab, wurden dadurch die Träger des jugoslawischen Staatsgedankens und der kommunistischen Ideologie öffentlich gebrandmarkt. Die Nachfolger der ehemaligen kommunistischen Partei fielen bei den Parlaments- und Landeswahlen unter 5% der abgegebenen Stimmen.

Der Krieg allerdings unterbrach diese Entwicklung. Dem besser bewaffneten Feind und der Abneigung des Establishments in fremden Hauptstädten gegenübergestellt, war Kroatien gezwungen, die jüngste tragische Vergangenheit in der jugokommunistischen Diktatur zu

„vergessen“. Gleichzeitig gab der Krieg den ehemaligen Kommunisten die Chance, sich als Patrioten und Befürworter der demokratischen Methoden zu beweisen. Infolgedessen kam es zur Relativierung der kommunistischen Verbrechen.

Zu dem Prozess der bewussten und systematischen Relativierung kommunistischer Verbrechen trägt auch ein Moment bei, das für die Mehrheit anderer Länder im europäischen Osten und Südosten nicht charakteristisch ist. Die Kommunisten in Kroatien, die sich als „Antifaschisten“ vorstellen und sich auf die Mitwirkung in der Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg berufen, streben an, führende Positionen zu behalten. Es erfordert einen kurzen historischen Rückblick, um dieses Problem zu verstehen.

Slowenien und Kroatien mit Bosnien und Herzegowina traten 1918 aus der österreichisch-ungarischen Monarchie in den jugoslawischen Staat ein, wobei sich das kroatische Volk darüber niemals hatte äußern können. Kroatien verlor im monarchistischen Jugoslawien (1918-1941) die begrenzte Autonomie und wichtige Elemente der Staatlichkeit, die es in der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte. Das großserbische Regime führte die Serbisierung und Zentralisierung des Staates durch. Auf jeden Versuch, die Autonomie zu behalten, antwortete es mit roher Gewalt. Das Resultat dieses Regimes waren mehrere Zehntausende von kroatischen politischen Gefangenen. Als sich das pseudoparlamentarische Regime für die Bekämpfung der kroatischen Volksbewegung als ungenügend erwies, wurde im Belgrader Parlament 1928 auf kroatische Vertreter ein Attentat verübt. Anfang 1929 löste der serbische König Alexander das Parlament auf und führte die Diktatur ein, die faschistische Elemente übernahm. Kroaten und andere nichtserbische Völker (zuerst Makedonier und Montenegriner) setzten den Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit fort. Ihre zahlreichen Hilferufe an Großbritannien, Frankreich und den Völkerbund blieben allerdings ohne Erfolg. Demokratische Mächte unterstützten kräftig die Diktatur in Jugoslawien, wie sie auch im Jahre 1991 das Streben der serbisch-kommunistischen Führung unter Slobodan Milosevic unterstützten. Als 1941 Hitlerdeutschland Jugoslawien überfiel, bot sich die Gelegenheit zur Proklamation eines unabhängigen Kroatiens an. Das war nur im Rahmen der damaligen „neuen europäischen Ordnung“ möglich. Als kleines Volk konnten die Kroaten keine Verbündeten wählen; sie konnten aber auch nicht die Gelegenheit verpassen, am 10. April 1941 ihren eigenen Staat zu proklamieren.

Im Einklang mit der Zeit und den internationalen Umständen war in diesem Staat, dem unabhängigen Kroatien, ein autoritäres Regime an der Macht. In seinem Namen haben unverantwortliche einzelne und Gruppen zahlreiche Verbrechen begangen. Aber die Mehrheit der Kroaten wusste das vorübergehende Ustaša-Regime vom dauernden Wert des eigenen Staates zu unterscheiden. Mittlerweile hatten sich die Kommunisten am 22. Juni 1941, am Tag des deutschen Angriffs auf die UdSSR, im Auftrag der Komintern gegen den Staat erhoben. Sie vertraten die Wiederherstellung Jugoslawiens und die Einführung des kommunistischen Regimes; bis 1942 haben sie einträchtig mit den großserbischen Tschetniks zusammengearbeitet. In der ersten Zeit haben sie eigentlich gar nicht gegen die italienische (sowie die deutsche) Armee gekämpft, weil sie das unabhängige Kroatien als größte Bedrohung bei der Wiederherstellung Jugoslawiens erlebten. Obwohl sie zahlreiche Verbrechen begingen und Träger der antidemokratischen kommunistischen Ideologie waren, kamen die kommunistischen Partisanen 1945 in die Siegerlage. Deshalb stellen sie sich auch heute noch als „Antifaschisten“ und Demokraten vor, obwohl sie nicht nur mit den Ustašas, sondern mit allen, auch den demokratisch orientierten Befürwortern des damaligen kroatischen Staates blutig abgerechnet haben.

Das kroatische Volk hat in zwei Staaten Jugoslawien und im Zweiten Weltkrieg ca. eine halbe Million Angehörige verloren. Zu den demographischen Verlusten ist eine sehr große politische und wirtschaftliche Emigration hinzuzurechnen, infolgedessen heute die Hälfte der kroatischen Nation im Ausland lebt.

Im Mai 1945, nach Beendigung des Krieges, wurden an mehr als 100 000 kroatischen Soldaten und Zivilisten Massaker verübt. Bei Bleiburg, einem kleinen österreichischen Städtchen, wo

englische Streitkräfte auf betrügerische Weise eine große Zahl an Gefangenen an Titos Partisanen übergaben, begann der Kreuzweg der Kroaten, der an den rumänischen und griechischen Grenzen endete und in dessen Verlauf die Massaker ausgeübt wurden. Im Lauf des Krieges und kurz danach brachten die Kommunisten mehr als 200 katholische Priester und moslemische Glaubensdiener um. Es wurden mehr als 100 Journalisten umgebracht, und die Zahl derer, die Schreibverbot bekamen, ist viel größer. Kroatische politische Gefangene saßen - zusammengerechnet - mehr als 450 000 Jahre Kerker ab, was pro Einwohner 36 Tage ausmacht. Schriftsteller, Universitätsprofessoren, Dirigenten, Schauspieler und Sänger wurden verurteilt. Zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilte das kommunistische Regime den kroatischen Metropoliten, den Zagreber Erzbischof Dr. Alojzije Stepinac, der 1952 die Kardinalswürde bekam und in diesem Jahr von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen wird. Ohne Gerichtsurteil, nur aufgrund eines Verwaltungsbeschlusses, gingen Zehntausende in die Gefängnisse.

In Kroatien, Bosnien und Herzegowina wurden in jedem Jahr monströse politische Prozesse abgehalten, deren einziges Ziel die Einschüchterung der Bevölkerung und Verhinderung jeglichen Demokratieversuches war. Als Ende 1971 die Demokratisierungsbewegung in Kroatien, die 1967 begann, unterbrochen wurde, wurde auf verschiedene Art und Weise gegen mehr als 100 000 Personen prozessiert. Trotzdem genoss der jugoslawische Kommunismus wegen der Interessen des Westens große Sympathien und finanzielle sowie politische Unterstützung. Diesen Trugbildern und aufgezwungenen Vorstellungen widersprachen die Kroaten und wurden deswegen „Terroristen“, „Faschisten“ und ähnlich genannt. Die Folge eines solchen Standpunktes spüren wir leider auch heute, da Kroatien erneut dem Druck und der Bedrohung aus jenen Kreisen, die weder Geschichte noch Tradition verstehen, ausgesetzt ist.

Dass trotz allem die kommunistischen Strukturen in Kroatien noch nicht besiegt sind, ist der Kroatischen Gemeinschaft der ehemaligen Gefangenen bewusst. Die Verantwortung dafür trägt auch die kroatische Regierung. Ehemalige Kommunisten suchten größtenteils Zuflucht in der Regierungspartei. Aber auch in den oppositionellen Parteien nahmen sie führende Positionen ein. Von dort aus gestalteten sie politische und wirtschaftliche Bewegungen und übernahmen die Aufsicht über den gesellschaftlichen Reichtum. Damit schafften sie sich die Grundlage zur morgigen Regierungsübernahme. Die Privatisierung des kommunistischen „Gesellschaftseigentums“ und der Staatsunternehmen bzw. der Unternehmen als „Eigentum der selbstverwaltenden Arbeiter“ wird auf skrupellose Art durchgeführt. Diese Prozesse werden auf Kosten der Durchschnittsbürger mit dem Resultat ihrer Verarmung durchgeführt und stellen eine ernste Gefahr der rechtlichen Sicherheit dar. Immer größere gesellschaftliche Unterschiede basieren nicht auf den Früchten der Arbeit und des Erfolges, sondern auf „Geschicklichkeit“ und Raub. Dies ruft einerseits Apathie und den Wunsch zum Verlassen der Heimat bei den jungen Leuten und andererseits eine eigenartige Sehnsucht nach dem vergangenen kommunistischen Egalitarismus hervor. Nachfolger der ehemaligen Kommunisten erreichen bei den Wahlen bereits 30 % der Stimmen. Sollten sie die Macht ergreifen, dann wird ihre Rückkehr an die Macht leider eine andere Bedeutung als damals haben: diesmal würden sie durch demokratische Mittel und nicht durch Revolution und Gewalt an die Macht kommen.

Die ehemaligen kroatischen politischen Gefangenen haben das starke Bedürfnis nach der systematischen Erforschung des Phänomens der kommunistischen Diktatur. Deswegen ist es notwendig, die staatliche Macht dazu zu bringen, dass sie entsprechende politische Entscheidungen trifft. Danach sollte man im staatlichen Budget Mittel für die Gründung von Instituten und Museen sichern, die sich systematisch und erforschend mit kommunistischen Verbrechen beschäftigen. Die Kroatische Gesellschaft der ehemaligen politischen Gefangenen verlangt auch eine Verabschiedung des Lustrationsgesetzes (Entkommunisierungsgesetzes), das bei uns - im Unterschied zu der Mehrheit der ehemaligen kommunistischen Staaten - nicht verabschiedet ist. Mit diesem Gesetz würde man weder zu Verurteilungen noch zur Hexenjagd auffordern, sondern nur verhindern, dass die ehemaligen kommunistischen Funktionäre die Machtpositionen beibehalten, aus denen sie entscheidend auf die gesellschaftlichen und

politischen bzw. wirtschaftlichen Entwicklungen Einfluss ausüben können. Wenn wir sie schon wegen ihrer Verbrechen nicht zu strafen beabsichtigen, dann sollte man ihnen wenigstens das wegnehmen, was sie mit ihren Verbrechen erworben haben.

In diesem Sinne beabsichtigen die ehemaligen kroatischen politischen Gefangenen, sich an die kroatische staatliche Macht zu wenden. Von diesem angesehenen Forum, das die Menschen versammelt, deren Schicksal sich in vielem ähnelt, suchen wir eine Unterstützung, indem das Recht eines jeden Volkes auf einen freien und unabhängigen Staat festgesetzt und die kommunistische Ideologie als Theorie und Praxis nicht nur verbal als verbrecherisch verurteilt wird. Wegen seines unnatürlichen und unchristlichen gewalttätigen Charakters müssen der Kommunismus sowie der Faschismus gebrandmarkt werden. Nur dann werden wir das Recht haben, unseren Erben zu sagen, dass wir nicht umsonst gelitten haben.

Ich bedanke mich.

Bericht von Peteris Simsons von der Delegation aus Lettland

Sehr geehrte Anwesende!

1940, d.h., als Lettland durch sowjetische Truppen besetzt wurde, lebten dort anderthalb Millionen Menschen. Das Sowjetregime repressierten davon 300 000. Als Folge der zweiten Rückkehr der Sowjetarmee 1944 verließen Lettland noch einmal 200 000 Menschen, die ins Ausland gingen, um ihr Leben zu retten. Insgesamt verlor unser Land eine halbe Million Bürger. Natürlich blieb der Platz nicht leer, und anstelle von ihnen hat die Besatzungsmacht ungefähr eine Million ihrer Bürger geschickt. Gegenwärtig sind von den 300 000 politisch Repressierten ungefähr noch 30 000 am Leben. 10 000 - ein Drittel also - ist mehr oder weniger aktiv. Sie sind Mitglieder in ca. 50 regionalen Organisationen, die vereint sind in der Vereinigung der politisch Repressierten in Lettland.

Unsere Gesetzgebung ermöglicht es uns seit 1992, mit nachfolgenden Veränderungen 1995, den Status des politisch Repressierten festzustellen. Das bedeutet, dass eine Person, die diesen Status besitzt, bestimmte Garantien erhält für ihre Rückkehr, für die Restitution des Eigentums, für die Berücksichtigung der Jahre, die sie in Konzentrationslagern, in der Verbannung verbrachten, für die Pension. 1996 konnten wir auch den Status eines Teilnehmers des nationalen Widerstandes feststellen. Das bedeutet, dass noch eine bestimmte Anzahl von Menschen in ihren Rechten den politisch Repressierten gleichgestellt wurde, weil sie das doch eigentlich waren, aber nicht rehabilitiert wurden, da sie sehr oft zusammen mit einem politischen Artikel, aber auch nach einem kriminellen Artikel des Strafgesetzbuches verurteilt wurden.

Der lettische Staat versucht, Verbrecher gegen unser Volk aufzuspüren. Gegenwärtig ist eine Person für Völkermord verurteilt worden, es ist der ehemalige Innenminister - Volkskommissar für Inneres in den 40er Jahren. Er wurde angeklagt. Angeklagt wurden noch drei ehemalige Mitarbeiter des NKWD, darunter war einer, der sich mit meiner Familie befasste. Natürlich sind alle drei nicht in Haft, aus Altersgründen. Und so dauert die Untersuchung an.

Für wichtig halten wir auch, dass der 25. März und der 14. Juni zu staatlichen Trauertagen für die Opfer des kommunistischen Terrors erklärt worden sind. 1996 hat unser Parlament eine Deklaration über die Okkupation Lettlands angenommen. Diese läuft darauf hinaus, in einem Appell die internationalen Organisationen und andere Länder aufzufordern, die Tatsache der Okkupation Lettlands anzuerkennen sowie Lettland zu helfen, diese Folgen durch wirtschaftliche und politische Hilfe zu beseitigen, und Personen, die aus Lettland in ihre Heimat, nach Lettland, zurückkehren wollen, zu helfen und zu unterstützen.

Leider ist die Tatsache der Okkupation Lettlands in größtem Maße durch einen Teil der Bevölkerung nicht anerkannt worden, weil mehr als die Hälfte der Bürger in den Parlamentswahlen für die Parteien stimmten, in deren Führungsgremien sich ehemalige Funktionäre der ehemaligen kommunistischen Partei befinden. Ohne sich dessen bewusst zu sein, was das bedeutet, könnte man jetzt, sowjetische Terminologie verwendend, sagen, dass der Klassenkampf andauert.

Die politisch Verfolgten bemühen sich weiterhin um Wiedergutmachung für die Jahre, die sie in Lagern und mit Sklavenarbeit verbrachten. Sie verlangen das von Russland als Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion. Aber gleichzeitig ist unsere Organisation mit einer Initiative aufgetreten und hat sich an die Regierung, an die Politiker, Unternehmer, an unsere Bauern gewandt mit der Bitte, den hungernden Bergarbeitern Russlands zu helfen. Den Bergarbeitern aus Workuta, Norilsk - wo wir selbst waren und wo unsere Väter waren und wo wir uns bewusst sind, was es bedeutet, unter solchen Bedingungen zu leben, ohne Lohn zu erhalten. Wir sind jetzt der Meinung, dass die wichtigste Aufgabe in der Aufklärung besteht, in

politischer Aufklärung, politischer Bildung des Teiles unseres Volkes, das keine Vorstellung von den politischen Repressalien hat.

Die Zeit ist unerbittlich. Ich sprach von 30 000 noch lebenden politisch Verfolgten. 1992 waren es immerhin noch 45 000. Das heißt, in zehn, 15 Jahren, wie einige unserer Politiker sich äußerten, wird das ein Problem der Vergangenheit gewesen sein. Wir wollen nicht, dass die Tatsache der politischen Repressalien, dass unser Schicksal nur ein Problem der Vergangenheit für die Historiker bleibt. Wir wollen, dass so etwas sich mit unseren künftigen Generationen niemals wiederholen kann.

Deswegen ist unsere Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten, zwischen unseren Organisationen sehr wichtig, weil: was können wir mit gemeinsamen Bemühungen erreichen? Die Informationen, die wir heute erhalten haben, erlauben es uns, unseren Völkern mitzuteilen, wie gefährlich das kommunistische Regime nicht nur in dem Territorium, das wir selbst gut kennen, sondern auch bei unseren Nachbarn gewesen war. Außerdem können wir, indem wir Erfahrungen und Informationen austauschen, die Situation in unseren Ländern etwas anders verstehen, als wenn wir nur Informationen über die Presse erhalten, die in großem Maße, wie schon erwähnt wurde, durch ehemalige Kommunisten kontrolliert wird. Und natürlich können wir, wenn die Frage des politischen und wirtschaftlichen Drucks auf ein Land oder auf eine politische Richtung auf kommt, uns bemühen, durch Aktivierung unserer Regierung Solidarität zu erklären und Unterstützung im Bezug auf die Probleme, von denen wir wissen, dass sie sehr wichtig, lebenswichtig für unsere Länder sind, auch für andere Länder.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bericht von Balys Gajaukas von der Delegation aus Litauen

Unsere Organisation ist auf dem ganzen Territorium des Landes vertreten. Die Länder Mitteleuropas haben so eine große Anzahl von Repressierten, wie bei uns, nicht gehabt. Die Repression hat 1939 angefangen, und diese Praxis wurde bis 1953 fortgesetzt.

Wir in Litauen sind sehr besorgt über ein wichtiges Problem. Wie soll man die Folgen der bolschewistischen Okkupation überwinden?

Eines der wichtigsten Probleme besteht in der Verantwortung der Kommunistischen Partei und ihrer Mitglieder für die Verbrechen, die sie getan haben. 1992 hat unser Parlament ein Gesetz über den Genozid, den Völkermord, verabschiedet. Seit dieser Zeit gab es aber nur ein einziges Urteil. Die Verbrecher sind nur symbolisch verurteilt, bestraft worden. Unlängst hat das Parlament ein neues Gesetz über die Massenverbannungen aus Litauen verabschiedet, sie werden als Kriegsverbrechen klassifiziert. Solche Verbrechen würden dann nicht der Verjährung unterliegen.

Momentan wird ein anderes Gesetz debattiert. Ein Verbot, ehemalige Mitarbeiter des KGB in Staatsfunktionen, im öffentlichen Dienst anzustellen. Ich glaube, dass weder die Opposition noch die Regierung etwas dagegen hat. Ich glaube, von beiden Seiten wird dieses Gesetz unterstützt, so dass wir keine Probleme haben mit der Verabschiedung. Unsere staatlichen Institutionen haben allerdings immer noch frühere führende Funktionäre der Kommunistischen Partei angestellt.

Wir haben auch ein Gesetz über die Entsovjetisierung im Parlament besprochen. Aber die meisten der Abgeordneten sind ehemalige Mitglieder der KP, sie haben dieses Gesetz nicht unterstützt, es wurde nicht verabschiedet. Momentan unterstützen sowohl die linken als auch die rechten Parteien dieses Gesetz nicht. Ich glaube, dass dieses Gesetz nicht verabschiedet wird, zurzeit zumindest.

Unsere Organisation versucht, auf das Parlament einzuwirken, damit solche ähnlichen Gesetze verabschiedet werden und damit es vorangeht mit einer möglichen Verurteilung des Kommunismus, und dass es dazu kommt, dass ehemalige KP-Mitglieder von den Machtpositionen, Machtfunktionen entfernt werden. Wie auch immer sie sich jetzt als Parteiorganisation nennen.

Die Gesetze muss ja das Parlament verabschieden, aber es gibt auch einzelne Parteien, Organisationen, die versuchen, die Verbrechen jener Zeit des Kommunismus zu erforschen. Es gibt so eine Idee, so einen Vorschlag, eine internationale Konferenz nächstes Jahr in Wien einzuberufen, wo solche Fragen debattiert werden sollen.

Ein Vorhaben des 21. Jahrhunderts ist Nürnberg II für die internationale Zusammenarbeit zur Erforschung und zur juristischen Einschätzung der Verbrechen des Kommunismus.

Es geht natürlich um eine internationale Konferenz. Solche Konferenzen hat es schon gegeben. Es hat viele an der Zahl gegeben. Es wurden leider keine praktischen Maßnahmen ergriffen, und wir sprechen bis heute noch umsonst nur von einer möglichen Bestrafung der Verbrecher. Ich glaube, dass so lange uns die entsprechenden Regierungen der ost- und mitteleuropäischen Staaten keine Unterstützung geben, wird es uns sehr schwerfallen, etwas zu tun. Da muss aber etwas getan werden, es muss der Welt gezeigt werden, dass so ein Problem, und zwar sehr verschärft, existiert und dass dieses Problem sich nicht umgehen lässt. Es darf auch nicht umgangen werden.

Bei uns in Litauen gibt es eine Menge Probleme. Es gibt eine Menge Verbrecher, die noch leben, denen auch mit Dokumenten, Urkunden ihre Verbrechen nachgewiesen worden sind. Aber trotzdem passiert nichts. Ich glaube, wenn es solche Verfahren in England oder in den USA

geben würde, die würden längst schon zum Abschluss gebracht worden sein. Bei uns ist das aber nicht möglich.

Trotzdem muss gearbeitet werden, man muss aktiv arbeiten, und ich glaube, dass alle unsere Organisationen noch aktiver und noch schneller diese Forderungen stellen müssen und auch auf der internationalen Ebene koordiniert handeln müssen. Vor internationalen Gremien werden wir vielleicht unterstützt und würden dann eventuell unsere Ziele erreichen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Bericht des Verbandes der politischen Häftlinge und Verbannten Litauens

Litauen liegt auf dem Scheideweg zwischen Osten und Westen, deswegen wurde es mehrmals von Fremden unterdrückt und missachtet. Auch in der Mitte des 20. Jahrhunderts konnte dieses kleine friedliche Land seinem schmerzhaften Schicksal nicht ausweichen. Die Repressionen der roten Okkupanten erlitten ein Drittel der Bewohner Litauens. Der sowjetische Genozid des friedlichen litauischen Volkes begann, als noch kein bewaffneter Widerstand geleistet wurde. Am 14. Juni 1941 wurden 36 000 Menschen aus Litauen nach Sibirien und in die unbewohnten Gegenden im Norden verbannt. Es war geplant, etwa 70% des litauischen Volkes zu deportieren. Der Krieg zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR, der am 22. Juni 1941 begann, unterbrach den begonnenen Genozid.

In den Nachkriegsjahren wurde die Vernichtung des litauischen Volkes mit Hilfe der hiesigen Kommunisten fortgesetzt und dauerte fast 10 Jahre (1944 bis 1953) bis Stalins Tod. Aber die zweite sowjetische Okkupation (1944) war von den Patrioten Litauens mit Waffen empfangen worden. Es begann ein Widerstandskampf gegen die Unterjochung, der gut organisiert, hartnäckig war und viele Opfer verlangte. Etwa 100 000 Patrioten kämpften gegen die Sowjetarmee. Etwa 30 000 Partisanen starben den Heldentod. Dieser Widerstandskampf der Partisanen hat die Kolonisation der Russen in Litauen bedeutend gebremst. Deshalb wohnen in Litauen heutzutage weniger Russen als in den beiden anderen Baltikumstaaten. Die Widerstandskämpfer und Verbannten, die in den Konzentrationslagern am Leben blieben und zurück nach Litauen kamen, wurden während der vielen Okkupationsjahre verfolgt, verachtet und diskriminiert. Viele wurden bei der Rückkehr in die Heimat, bei der Fortbildung, bei der Suche nach Arbeit behindert.

Die Wiedergeburt des Volkes veranlasste die politischen Häftlinge und Verbannten zur Vereinigung. Die Organisation, die Klub genannt wurde, wurde am 30. Juni 1988 gegründet. Das war die erste Zusammenkunft. Zwei Jahre später nannte man diesen Klub „Verband der politischen Häftlinge und Verbannten Litauens“. Dieser Verband besteht aus 58 Abteilungen (sie umfassen das ganze Litauen), hat 58 000 Mitglieder. Das ist eine politische Organisation.

Geleitet wird diese Organisation von dem Statut, das durch allgemeine Wahl angenommen wurde. Ihre Tätigkeit umfasst folgende Gebiete: gegenseitige Beziehungen, verschiedene soziale, juristische sowie medizinische Hilfe für die ehemals Verbannten und politischen Widerstandskämpfer; Teilnahme am politischen Leben und an kulturellen Veranstaltungen. Die Organisation war der Anreger zur Gründung des Genozidmuseums, der Museen der Widerstandskämpfer in Vilnius, Kaunas, Marijampolė, Alytus, Panevėžys, Palanga.

In der Organisation arbeitet eine Gruppe von Historikern. Sie sammeln, erforschen und strukturieren das Material über den Widerstandskampf für das Genozidmuseum, helfen bei der Herausgabe der historischen Zeitschrift „Das Archiv des Freiheitskampfes“.

Die Organisation gibt auch das Wochenblatt „Der Verbannte“ und die Erinnerungen der Partisanen heraus. In jeder größeren Stadt Litauens haben die Abteilungen der Organisation ihre Fahnen und Chöre. Die Mitglieder des Verbandes nehmen aktiv an den Wahlen, an den Volksentscheidungen, an den Festen der Lieder, an Meetings und allen Zusammenkünften des Volkes teil. Die Organisation äußert immer ihre Stellungnahme zu allen politischen Ereignissen Litauens.

Auf Initiative der Organisation werden die Reste der Verbannten aus Sibirien in die Heimat zurückgebracht und ehrerbietig beerdigt. Ebenfalls werden die Reste der Freiheitskämpfer auf Friedhöfen neu beerdigt. Kunstgemäße Kreuze und Denkmäler werden ihnen errichtet.

Die Tätigkeit des Verbandes wird von seinem Präsidenten, einem Vorsitzenden der Leitung und 90 Mitgliedern des Rates koordiniert.

Bericht von Dumitru Crihan, Delegierter aus Moldawien

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

es tut mir leid, dass ich die deutsche Sprache nicht so gut beherrsche und deshalb meine Rede nicht in dieser Sprache halten kann. So bin ich gezwungen, in der russischen Sprache zu sprechen, und ich bitte Sie, mir zu verzeihen!

Meine Damen und Herren, ich bin Vertreter der Republik Moldawien, Vorsitzender der Assoziation der Opfer der kommunistischen Herrschaft. Ich werde nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Aber ich möchte sagen, dass Bessarabien im Weiteren zur Moldawischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurde und in 50 Jahren Sowjetmacht fürchterliche Folgen eines richtigen Genozids zu tragen hatte. In der Bevölkerung wurden zwei Deportationen durchgeführt, 1941 vor dem Krieg und 1949 nach dem Krieg; beim ersten Mal 110 000 Menschen, beim zweiten Mal 150 000 Menschen, insgesamt 260 000 Menschen. Bei der ersten Deportation wurden die Männer von den Frauen, von den Familien getrennt und erschossen.

1946 wurde eine Hungersnot organisiert nach dem schon bekannten und in der Ukraine und in Russland erprobten Szenarium. An dieser Hungersnot sind 400 000 Menschen gestorben. An der Front sind ungefähr 80 000 Menschen gefallen. Unerfahrene, militärisch nicht ausgebildete Menschen wurden in die vorderste Front als Kanonenfutter geworfen. Außerdem, besonders bis 1956, wurden Verhaftungen durchgeführt. Insgesamt 30 000 Menschen wurden durch die Organe des KGB verhaftet, wobei ungefähr 3000 erschossen wurden. Von der Gesamtbevölkerung Bessarabiens, Moldawiens sind das ungefähr 30%.

Wenn man irgendetwas als Genozid bezeichnen könnte, dann wäre das wohl hier angebracht. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass es freiwillige Umsiedlungen gab - beispielsweise nach Sibirien, ins Neuland. Andererseits gab es eine massenhafte Kolonisierung des Territoriums, wohin sogenannte Spezialisten eingeladen wurden, die sofort Wohnungen und gute Gehälter erhielten. Deswegen bestehen solche Städte wie Chisinau, die Hauptstadt, die zu 90 % mit Moldawiern besiedelt war, jetzt nur ungefähr zur Hälfte aus Moldawiern. Und in Balti sind nur noch 20% der eingeborenen Bevölkerung geblieben. Vorher waren es 90%.

Was haben wir heute, jetzt in Moldawien? Die Lage ist kompliziert durch die selbstproklamierte sogenannte Transdnistrische Republik. Was ist das? Sie nimmt ein kleines Territorium ein, ein langem Streifen am Dnjestr von 2 bis 30 Kilometer Breite. Dort leben ungefähr eine Million Menschen - 600 000 ethnische Moldawier und 400 000 Ukrainer und Russen. Die Massenmedien haben das sehr erfolgreich verbreitet, dass angeblich am Dnjestr ein ethnischer Krieg stattfand. Mitnichten, es gab keinen ethnischen Krieg, denn die meist russischsprachige Bevölkerung liegt nicht auf der linken, sondern auf dem rechten Ufer des Dnjestr. Dort gab es überhaupt nichts. Es geht darum, dass dieses Transdnistrien ein Relikt der Sowjetunion ist, ein Territorium, das wie ein Fliegenschiss auf der Karte aussieht. Sie wollen aber aus diesem Territorium die Sowjetunion neu klonen. Eine neue Sowjetunion. Das war kein ethnischer Kampf, sondern ein ideologischer Kampf.

Bis jetzt herrschen in Transdnistrien Strukturen des alten Imperiums: Rayon-Komitees, Stadtkomitees, Pionierorganisationen, Komsomol-Organisationen. Götzenbilder stehen überall, so dass natürlich dieses Transdnistrien attraktiv ist für die Sowjetnostalgiker, die Nostalgiker des Imperiums, die das wiederherstellen wollen, unter anderem Vorzeichen vielleicht. Deswegen fahren einige Zirkel der russischen Staatsduma dorthin, wie nach Mekka, und atmen wieder Sowjetluft. Und ihre ganze Hoffnung ist, dass aus Transdnistrien eine neue Sowjetunion entstehen könnte. Diese Staatsmacht ist illegitim, gewaltsam usurpiert durch eine Gruppe aus der Bevölkerung. Die ganze Menschheit weiß davon.

Es genügt zu erwähnen, dass sich in den Gefängnissen von Tiraspol vier Personen befinden, vier Patrioten, die zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Einer davon zur Höchststrafe, und schon drei Jahre ist er zum Tode verurteilt. Am Ende des 20. Jahrhunderts in Europa! Wo ist so eine Gesetzlosigkeit denkbar, dass elementare Menschenrechte mit Füßen getreten werden? Sie befinden sich in schwierigen Haftbedingungen. Familienmitglieder dürfen sie nicht besuchen. Nina Iljaschku, die Frau von Ilja Iljaschku, schon zum zweiten Mal gewählt zum Abgeordneten der Republik Moldawien. Zum ersten Mal von der Volksfront, zum zweiten Mal von der Partei der demokratischen Kräfte mit Velerio Mate an der Spitze. Sie besucht ihn einmal im Monat, und sie übergibt ihm nur Lebensmittel. Ohne das, wer weiß, wie es ihm gehen würde? Am interessantesten aber ist, dass dieser Fall Iljaschku überall in der Welt bekannt ist, zu seinen Gunsten appellierte man auf sehr hoher Ebene, einschließlich des römischen Papstes. Und es geschieht nichts - die blindwütigen Herrscher Transdnistriens, für sie ist nur ihre eigene Willkür Gesetz.

Deswegen ist es eine komplizierte Frage, wie das Problem Transdnistriens gelöst werden wird. Und davon zu sprechen, dass wir einen Rechtsstaat haben, dass Gesetze bei uns eingehalten würden, davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Denn so lange ein Teil unseres Territoriums nicht mehr der Zentralmacht untersteht, der eigenmächtig eine Unabhängigkeit proklamiert hat und nach anderen Gesetzen regiert wird, so lange kann man nicht von einem Rechtsstaat sprechen.

Bericht von Wlodzimierz Heleniak von der Delegation aus Polen

Gnädige Frauen, meine Herren, liebe Freunde und politische Gefangenengemeinschaft, unsere Delegation des Polnischen Bundes Politischer Gefangener ist dankbar für die herzliche Einladung zum VII. Kongress der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus in Berlin. Im Namen der Mitgefangenen erlaube ich mir, Ihnen die Glückwünsche zu übermitteln, mit kollegialen Grüßen. Das ist unser gemeinschaftlicher hoher Festakt.

In Polen, ähnlich wie in Deutschland, verläuft der Liquidationsprozess der kommunistischen Diktatur ruhig, aber konsequent, wie es die obligatorische demokratische Rechtsordnung verlangt. Das beruht auf Lustration und Beseitigung der ehemaligen Funktionäre des Gewaltapparates, des Sicherheitsdienstes und der Staatsbeamten im Gerichtswesen.

An ihrer Stelle werden junge, nach Möglichkeit fachmännisch vorbereitete Menschen eingeführt. Doch gegen die, die sich in der Vergangenheit der Rechtsverletzung schuldig gemacht haben, besonders die Personen, die unschuldige Menschen unterdrückt oder verurteilt haben, werden Ermittlungen geführt, und danach werden entsprechende Gerichtsurteile gefällt. In diesem Bereich werden von der Strafverfolgung noch eine ganze Reihe von Strafsachen geführt. Die Einführung des Lustrationsgesetzes trägt ebenfalls zum Austausch einer Reihe von Personen bei, die hohe Staatsposten bekleiden. Generell ist festzustellen, dass die Liquidation der kommunistischen Diktatur in unserem Land weiterhin geteilt wird und in Übereinstimmung mit den Kämpfen und dem Willen der polnischen Gesellschaft und im Einklang mit der obligatorischen demokratischen Rechtsordnung verläuft.

Wir haben ein großes Interesse an der Integration und Freundschaft aller politischen Gefangenen in ganz Europa. Wir wünschen Kraft und Widerstandsfähigkeit. Herzliche Glückwünsche für das persönliche Wohlergehen. Soviel in Kürze -danke.

Bericht von Ján Škorvaga von der Slowakischen Konföderation der politischen Häftlinge

Erlaubt mir bitte, dass ich den VII. Internationalen Kongress der ehemaligen politischen Häftlinge und der Opfer des Kommunismus im Namen der Slowakischen Konföderation der politischen Häftlinge herzlichst begrüße.

Ich heiße Ján Škorvaga und zusammen mit unserem Vorsitzenden, Herrn Dr. Porubský, bin ich als Mitglied der slowakischen Delegation gekommen. Ich stamme aus der Stadt Žilina, wo ich als Vorsitzender der Landesfiliale der Konföderation der slowakischen politischen Häftlinge und zugleich als Mitglied des zentralen Exekutiv-Ausschusses in Bratislava tätig bin.

Ich stamme aus einer Familie, in der ich und meine zwei Brüder zusammen mit unserem Vater verhaftet wurden und insgesamt 34 Jahre in Gefängnissen beziehungsweise in den sowjetischen Gulags verbracht haben. Unsere Mutter, da sie deutscher Abstammung war, wurde von einer Sonderkommission in ein Arbeitslager verwiesen. Da sie aber sehr krank war, blieb sie zwar auf freiem Fuß, war aber allen nur erdenklichen Verfolgungen ausgesetzt.

Nachdem wir aus den Gefängnissen zurückgekommen waren, mussten wir weiter ein Leben voll von Verfolgung und Arbeitszurücksetzungen führen, wir wurden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sogar auf der Straße hat man uns gemieden. Seitens der Staatspolizei wurden wir Provokationen ausgesetzt, und die kommunistischen Behörden haben uns alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet. Man hat uns die bürgerlichen Grundrechte verweigert und uns als Gesellschaftsabfall behandelt. Nur der eigene Familienkreis diente uns als ein Asyl. Die ganzen 40 Jahre der Totalität sind für uns ein Leiden geworden.

In alle Länder, die heutzutage als postkommunistisch gelten, ist der Kommunismus aus dem Osten gekommen, nur zu uns - in die Slowakei - kam er aus dem Westen, das heißt aus der Tschechei. Im Jahre 1946, bei den ersten Wahlen, konnte die rechtsdemokratische Partei in der Slowakei ganze 62% aller Stimmen gewinnen. Die Kommunisten erlitten eine große Niederlage, wofür unser demokratisches und christlich orientiertes Volk mit einem 40 Jahre dauernden Totalitarismus bestraft wurde.

Es gibt sehr viele, die Missgunst gegenüber unserer Nation empfinden. Hauptsächlich handelt es sich um Kommunisten, die die Slowakische Republik, die im Jahre 1993 nach Teilung der früheren tschechoslowakischen Föderation entstanden ist, nicht einmal heute zur Kenntnis nehmen. Sie überhäufen uns mit Schimpfwörtern, die aus der Zeit stammen, als noch die marxistisch-kommunistische Ideologie bei uns überwog. Man versucht das slowakische Volk, das nachweisbar schon im 7. Jahrhundert im Herzen Europas lebte und vor über tausend Jahren eine eigene Sprache, Schrifttum und Kultur sein eigen nennen konnte, das im IX. Jahrhundert erste christliche Kirchen baute und sogar ein eigenes Staatswesen aufweisen konnte, aus dem Herzen Europas auszumerzen. Uns sind die Gründe bekannt, und wir bemühen uns mit Hilfe unserer Monatsschrift SVEDECTVO (Zeugenschaft) die Interessen unserer Nation zu verteidigen, und wir bemühen uns zu klären, aus welchen Gründen sich die Postkommunisten mit unserer Existenz nicht abfinden können oder wollen. Um meinem Standpunkt mehr Klarheit zu verschaffen, verlese ich einige Auszüge aus unserer Zeitschrift vom Monat April und Mai 1998: Ich zitiere einige Zeilen:

In dem Buch „Das Schwarzbuch des Kommunismus“, das im Vorjahr in Frankreich erschienen ist, schreibt einer der Autoren: „Dadurch, dass die Kommunisten während des letzten Krieges an der triumphalen Niederlage des Nazi-Regimes teilgenommen haben, ist der Begriff Antifaschismus in den Vordergrund gerückt. Die Anhänger der Linken begannen diesen Begriff als einen Prüfstein der Wahrheit zu handhaben. Es ist so weit gekommen, dass die Kommunisten sich allein für die kompetentesten halten, um zu entscheiden, wen man als Antifaschisten

bezeichnen darf oder nicht. Der Antifaschismus ist zum kommunistischen Etikett geworden! Dadurch ist es den Kommunisten ermöglicht worden, im Namen des Antifaschismus echte Patrioten und alle mit der kommunistischen Totalität Unzufriedenen zum Schweigen zu bringen. Weil der Nationalsozialismus von den Siegermächten zum absoluten Übel erklärt wurde, schlüpfte der Kommunismus automatisch in das Lager des Guten oder Gerechten. Bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg, wo die Sowjets als Ankläger auftraten, hat es sich deutlich gezeigt. Episoden, die nach allgemein anerkannten demokratischen Maßstäben zumindest als peinlich anzusehen wären, wie z.B. der sowjetisch-deutsche Vertrag von 1939 oder die Massengräber von Katyn, wurden rasch vom Tisch gefegt. Das hat unwillkürlich das internationale Vertrauen gegenüber den Kommunisten gestärkt. Für die Welt bedeutete es eine unauffällige Folge, die darin bestand, dass alle Berichte über die Justiz- und Meuchelorde, die nicht nur in der Sowjetunion, sondern überall, wo sich die verbrecherische Macht der Kommunisten durchsetzen konnte, unter den Teppich gekehrt wurden. Eine weitere Folge bestand darin, dass die Nichtkommunisten zu Faschisten und somit zu Freiwillig erklärt worden sind. Die Gefahr, dass wir Antikommunisten auch weiterhin als Faschisten abgestempelt werden, dauert an. Die Mutigen, die sich gegen den kommunistischen Staatsterror zu wehren wagten, werden durch getarnte kommunistische Propaganda noch immer als Verbrecher dargestellt. Die Opfer der kommunistischen Totalität werden geschmäht, aber die wahren Verbrecher aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft werden taktlos und dreist gefeiert und zu Helden erklärt.

Bericht von Dr. Ludvik Čanžek, Delegierter aus Slowenien

Slowenien ist ein kleiner und junger Staat, er misst 20 000 km² und zählt zwei Millionen Einwohner - das ist etwa soviel, wie die Hälfte von Berlin - und entstand im Juni 1991 beim Zerfall von Jugoslawien. Als Geburts Geschenk erhielt Slowenien vom serbischen Kommunistenführer Milosevic einen kurzen, aber heftigen Krieg mit der jugoslawischen Armee.

Im Gegensatz zu den vielen anderen Ostblockländern fängt die Kommunismus-Geschichte bei uns nicht 1945, sondern 1941 an, darum greife ich geschichtlich etwas zurück. Slowenien wurde während des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1941 von Deutschland, Italien und Ungarn besetzt. Schon 1941 gründete man eine Widerstandsbewegung - eine Partisanenbewegung -, die bald von den Kommunisten geheim unterwandert wurde mit dem Ziel, nach Kriegsende die Staatsgewalt zu übernehmen. Aus diesem Grund haben die Kommunisten schon während des Krieges angefangen, ihre potentiellen Gegner, die Klassenfeinde, umzubringen. Deswegen bildete sich die antikommunistische Organisation, die Heimwehr, und in vielen Landesteilen kam es zum Bürgerkrieg.

Als der Krieg zu Ende war, übernahmen die Kommunisten mit Hilfe der jugoslawischen Partisanenarmee die Macht und haben innerhalb von wenigen Wochen etwa 200 000 unbewaffnete Kriegsgefangene - Slowenen, Kroaten, Deutsche, Tscherkesen, Kosaken, Serben usw. - und Zivilisten aus verschiedenen Staaten, darunter ca. 15 000 Slowenen - das ist etwa 1 % der Bevölkerung -, auf grausamste Weise ohne Gerichtsverfahren ermordet oder lebendig in die Bergwerksschächte und Karstgruben gestoßen. Unter den Opfern waren auch Greise, Frauen und Kleinkinder.

Diese großen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit blieben bis heute nicht geahndet. Die Massengräber, von denen die meisten erst nach 1985 entdeckt wurden, sind übers ganze Land verstreut. Die Namensverzeichnisse der Ermordeten sowie ihre Gräber wurden von den Behörden bis heute nicht freigegeben. Die nach dem Kriegsende eingesetzte kommunistische Diktatur fing nach beendetem Massenmorden mit politischen Schauprozessen, der Errichtung von Arbeits- und Konzentrationslagern und Enteignungen an. Bis heute sind keine Zahlenangaben über die Verbrechen und Opfer bekanntgeworden. Man ist auf Schätzungen angewiesen. Die Terrorbilanz nur an slowenischer Bevölkerung für die Zeit von 1941 bis 1990 sieht etwa so aus: 24 000 Ermordete - das sind etwa 1,5% der Einwohnerzahl, 15 000 Verhaftete (zusätzlich zu diesen Ermordeten) und 200 000 Enteignete - 10% der Bevölkerung.

Es kamen noch andere Gräueltaten dazu. In den Gefängnissen und Konzentrationslagern zwang man die Häftlinge zur Spitzeltätigkeit für die Stasi (das ist der Staatssicherheitsdienst, also wie NKWD oder Gestapo oder so) während der Haft und nach der Entlassung. Viele von diesen sind heute noch tätig.

Die politische Entspannung in Europa hat auch die Verhältnisse in Slowenien verbessert, Jugoslawien wurde liberaler als der Ostblock.

Die Diktatur blieb erhalten bis 1990, als die ersten demokratischen Parteien gegründet wurden und die ersten freien Wahlen stattfanden. Die KP hat sich umbenannt -heute ist keiner mehr Kommunist -, es entstanden auch andere, von Kommunisten abhängige Parteien. In demokratische Parteien wurden heimlich kommunistische Agenten eingeschleust, wie in der DDR. In der DDR waren die Präsidenten aller Parteien Stasi-Leute. Es geht überall nach dem gleichen Lügenmuster oder Stalinmuster.

Bei der ersten freien Parlamentswahl siegten die demokratischen Parteien (das war 1990), welche die Teilrepublik Slowenien in einen selbständigen Staat umgewandelt haben. Wegen der Tätigkeit der Geheimagenten in den demokratischen Parteien und der Unerfahrenheit der

regierenden Demokraten gelang es den Kommunisten und ihren Mitläufern, nach knapp zwei Jahren wieder an die Macht zu kommen, die sie bis heute halten. Im „demokratischen“ Slowenien sieht es heute so aus: der letzte KP-Chef ist jetzt Staatsoberhaupt (unser Honecker ist Staatsoberhaupt, vor kurzem war er auch in Berlin zu Gast), der letzte kommunistische Staatschef von Jugoslawien, der verantwortlich ist für Kriegsverbrechen und Menschlichkeitsverbrechen im Kosovo, ist heute Ministerpräsident von Slowenien. Das Gerichtswesen blieb unverändert, im Parlament hat die kommunistische Nomenklatur die Mehrheit, die Geheimpolizei wird ausschließlich von den ehemaligen Stasioffizieren geleitet. Praktisch alle Medien üben Zensur aus. Wegen Kriegsverbrechen und Verletzungen der Menschenrechte wurde niemand angeklagt, viele mutmaßlichen Verbrecher gegen die Menschlichkeit bekleiden hohe Ämter oder erhalten Sonderrenten, manche werden vom Staatsoberhaupt - also von unserem Honecker -sogar ausgezeichnet. Die ehemaligen Kommunisten und ihre Zöglinge - also ihre Jünger - kontrollieren das Parlament, die Regierung und das Gerichtswesen, also alle drei Gewalten. Sie beherrschen die Medien, Universitäten, Banken, Versicherungen und fast die ganze Wirtschaft. Die Folgen sind: Regierungskriminalität, Korruption, Maffiaunwesen und Behördenwillkür. Die Bevölkerung wird von hoher Arbeitslosigkeit, Armut und Angst vor der Zukunft geplagt. In Slowenien herrscht statt Demokratie die Scheindemokratie und statt Marktwirtschaft die Misswirtschaft. Also, wir haben in Slowenien Scheindemokratie und Misswirtschaft.

Nach diesem Bericht über die Verhältnisse im Lande, die einem Touristen nicht auffallen, weil die Nomenklatur gut gelernt hat, wie man Demokratie vortäuscht, wird uns klar, dass für die Bewältigung der Folgen des Kommunismus kein Interesse bei den Regierenden herrscht. Sie betrachten die Kommunismusopfer immer noch als Feinde. Der slowenische Opferverband kommunistischer Gewaltherrschaft wurde Ende 1990 gegründet und zählt heute mehr als 600 Mitglieder. Das ist wenig gegenüber der Zahl der noch lebenden Opfer, die wir auf mindestens 3000 schätzen. Viele Opfer trauen sich nicht, dem Verband beizutreten, weil z. B. ihre Kinder Nachteile haben könnten, Arbeitsplätze sind rar, andere haben resigniert. Den Opfern kann der Verband auch nicht viel helfen, weil wir über sehr wenig Geld verfügen. Deswegen haben wir kein eigenes Büro, kein Telefon, und Beratungen von Mitgliedern und andere Tätigkeiten führen unsere Mitglieder gratis aus. Mit den bescheidenen Mitgliedsbeiträgen decken wir die Kosten der Administration und der jährlichen Mitgliederversammlung.

Um uns aus dieser Notlage zu befreien, haben wir 1997 - voriges Jahr - das Staatsoberhaupt und den Regierungschef um eine Aussprache gebeten. Wir schrieben zweimal, erhielten aber keine Antwort. Im Parlament wurden Subventionen für unseren Verband während der Haushaltsdebatte schon zweimal abgelehnt. Deswegen entschieden wir uns, das Problem zu internationalisieren, und in diesen Tagen gehen Briefe an die 15 Regierungen der Mitgliedstaaten der EU und der USA, um Finanzhilfe zu erbitten. Wir wollen dadurch aber auch zeigen, was in Slowenien Wirklichkeit ist, denn die ganze Diplomatie ist in kommunistischen Händen. Der Außenminister von Slowenien ist der letzte Botschafter von Jugoslawien in Bonn, Dr. Frlec.

Der Staat hat auch sonst kaum etwas für die Kommunismusopfer getan. Keine Gerichtsurteile, nicht einmal jene von Schauprozessen, hat man generell annulliert. So muss jedes Opfer, will es rehabilitiert werden, einen Gerichtsprozess beantragen. Dazu braucht man aber einen Rechtsanwalt, Geld und sehr viel Geduld. Die Opfer sind meist alte Leute, oft krank und fast mittellos, sie haben viele Jahre im Kerker verbracht, die nicht zur Arbeitszeit gehörten, also nicht für die Rente gelten, deshalb wurden bisher nur einige hundert Opfer rehabilitiert. Auch die Dokumente und Zeugen für den Unschuldsnachweis sind nach Jahrzehnten schwer zu finden. Die meisten Opfer bleiben weiterhin im Strafregister eingetragen. Erst sechs Jahre nach der Demokratieeinführung wurde ein Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet, welches aber mangelhaft und unvollständig ist.

Es bestimmt nur die Möglichkeit, die Gefängniszeit bei der Rente zu berücksichtigen und die Kapitalentschädigung zu beantragen. Das Gesetz sieht eine Regierungskommission vor, die dem

Opfer den Status eines politischen Gefangenen bestätigen kann, wenn das Opfer Beweise vorlegt. Die Kommission wurde aber erst mit einjähriger Verspätung ernannt. Ihre Leistung ist schwach. So wird es einige Jahre dauern, bis alle Anträge erledigt werden. Nach einem positiven Kommissionsentscheid kann man bei der Rentenanstalt die Gefängniszeit als Dienstzeit anrechnen lassen. Die Rentenerhöhung gilt aber erst ab Zeitpunkt der Antragstellung und nicht rückwirkend auf den Zeitpunkt der Pensionierung. Somit benachteiligt der Staat die Opfer. Die langsame Arbeit der Regierungskommission verursacht den Opfern einen weiteren Schaden, den Ausfall der Rentenerhöhung während der Wartezeit auf den Statusentscheid. Die Kapitalentschädigung für die Gefängniszeit wird nach einem separaten Gesetz geregelt, das aber noch nicht angenommen wurde. Die Opfer werden weitere Jahre auf Entschädigung warten müssen. Die Verzögerungstaktik bringt dem Staat auf Kosten der Opfer wieder Nutzen.

Unser Verband kann vielen Aufgaben wegen Geldmangels nicht nachkommen. Es seien hier nur die wichtigsten genannt: Beratung und bei Bedarf Rechtshilfe bei Rehabilitierung, Lokalisierung der Massengräber und Versehen mit Gedenkzeichen, Errichtung eines zentralen Opferdenkmals und von Gedenktafeln an Gefängnissen und Arbeitslagern, Erstellung der Dokumentation über kommunistische Verbrechen, Ausagenaufzeichnungen der noch lebenden Zeugen usw. Abschließend stellen wir fest, dass in Slowenien die Kommunismusopfer politisch, sozial, gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligt sind und vom Staat stiefmütterlich behandelt werden.

Wir meinen, dass die EU von den beitragswilligen Staaten, das ist auch unser Vorschlag, Slowenien ist einer davon, auch die Verabschiedung und Ausführung von Unrechtsbereinigungsgesetzen verlangen sollte. Die IAFPP - also unser internationaler Verband - könnte sich dafür in Brüssel einsetzen. Ein Staat, der die Opfer des Kommunismus noch nicht rehabilitiert und entschädigt hat, kann sich nicht als demokratisch bezeichnen und somit kein Beitrittskandidat der EU sein. Im Namen unseres Verbandes bedanke ich mich bei den Veranstaltern, dass sie uns die Kongressteilnahme ermöglichten mit finanzieller Hilfe. Schönen Dank auch dem Publikum, das gewillt war, dem Bericht (über den Leidensweg slowenischer Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft) zuzuhören. Ich möchte am Ende noch etwas vorschlagen. Vor diesem Gremium möchte ich, dass man eine Erklärung an die deutsche SPD und die deutsche FDP zu Händen gibt. Die Nachfolgepartei der Kommunisten, die sogenannte Sdruschanalista („Vereinte Liste“ oder die PDS in Deutschland), wurde unter Hilfe der SPD in die sozialistische Internationale aufgenommen. Also die slowenische PDS wurde dank SPD in die sozialistische Internationale aufgenommen. Wir haben aber eine echte Sozialdemokratische Partei, deren Ziel es ist, einen sozialen und demokratischen Staat, aber keinen Sozialismus einzurichten. Ihr Beitrittsgesuch wurde abgelehnt, sie ist nicht aufgenommen worden. Also nur diejenigen, die Sozialismus anstreben. Zweitens: Die ehemalige KP hat sich aufgespalten auf vier Parteien. Die zweite Partei hat einen schönen Namen, das ist die LDS - Liberal-Demokratische Partei. Das sind die größten Gangster, das ist Regierungskriminalität. Und die sind mit der Hilfe der FDP in die Liberale Internationale aufgenommen worden.

Slowenische Opfer des Kommunismus empfinden das als undemokratisch und als Beweis, dass der demokratische Teil vom Westen den Postkommunisten in europäische demokratische Institutionen infiltrieren hilft. Ich würde meinen, dass man diesen Parteien unsere Kritik aushändigen soll. Vielleicht wissen die das nicht genau. Aber wer heute wissen will, der kann erfahren, was im Lande vorgeht. Danke für das Zuhören. Noch etwas, vom Stasi-Gesetz keine Rede, denn die Stasi herrscht ja bei uns.

Bericht von Evgeny Pronyuk von der Ukrainischen Gesellschaft der politischen Häftlinge und Repressierten

Sehr geehrte Mitopfer der kommunistischen Haft,

mein kurzer Bericht steht unter dem Titel „Das Tribunal - Die Aufgabe unserer Internationalen Assoziation besteht in einer Gerichtsverhandlung über den Kommunismus“.

Ein paar Worte möchte ich sagen, bevor ich direkt zum Gericht übergehe. Es bereitet mir eine große Genugtuung, Sie hier begrüßen zu dürfen im Namen der 40 000 Mitglieder der Ukrainischen Gesellschaft der politischen Häftlinge und Repressierten. Natürlich wünschen wir unserem Kongress alle Erfolg. Und noch etwas, da das Thema, das ich hier erwähnen werde, schon im Bericht vom Präsident Dumitrescu erwähnt wurde. Es ist mir sehr angenehm zu sagen, dass die Resolution unseres Kongresses in Brunn auf eine bestimmte Art und Weise realisiert wurde. Natürlich nicht vollständig, aber der Grundgedanke der strafrechtlichen Verfolgung der Verbrechen der kommunistischen totalitären Herrschaft ist am Leben geblieben, und nach unserem Kongress, nehmen wir an, wird das konkrete Formen annehmen. Ich glaube, dass es ein Ziel ist, dem wir zustreben sollen.

Die Ukrainische Gesellschaft der politischen Häftlinge und Repressierten tritt in ihr zehntes Lebensjahr. Von Anfang an hat sie die Forderung nach einem internationalen Gericht über die Verbrecher und Verbrechen der kommunistischen Regime aufgestellt. Schon 1989, 1990, 1991 und 1993 führten wir zwei internationale Kongresse der ukrainischen politischen Häftlinge durch, die aus 18 Ländern zusammenkamen. Und wir haben eine Resolution angenommen und veröffentlicht, mit dem Appell, Material zu sammeln und ein internationales Gericht über den Kommunismus durchzuführen.

Kaum vollständiger hat dieser Gedanke seine Vollendung gefunden, als am 778. November 1995, als unsere Gesellschaft in Kiew einen internationalen Kongress der politischen Häftlinge der kommunistischen Regime durchführte. Viele der hier Anwesenden waren unsere Gäste. Und das Dokument, das wir annahmen, betraf genau dieses Problem. Wir gehen davon aus, dass es eine Tendenz gibt, dass diese Verbrechen nicht bestraft werden und dass Verbrecher, die nicht bestraft werden, zu Wiederholungen neigen.

Um keine Wiedergeburt des Kommunismus in Europa oder in der Welt zuzulassen, müssen wir ihm diesen Vorteil nehmen, das heißt, ihn strafrechtlich aburteilen. Darin sehen wir heute die Aufgabe unserer internationalen Assoziation. Und trotz des fortgeschrittenen Alters der Häftlinge des Kommunismus müssen wir diese Aufgabe erfüllen.

Schon jetzt wurde auf die traurige Tatsache hingewiesen, dass man berücksichtigen muss, dass die Todesrate unter unseren Brüdern sehr hoch ist. In der Ukraine haben seit 1994 bis Mai dieses Jahres 1998 fast 6000 ehemalige politische Häftlinge diese Welt verlassen. Wir haben eine hohe Todesrate, wegen der Häftlinge der 30er Jahre - vor kurzem beerdigten wir den letzten Häftling der Straflager auf den Solowjetski-Inseln, wo er 1929 war. Und jetzt sterben schon die politischen Häftlinge der 40er und 50er Jahre. Und weiter, unserer, der 60er Jahre.

Ich gehöre zu dieser Generation, zu den ukrainischen Dissidenten. Von 1972 bis 1984 saß ich in Haft. Und das muss man berücksichtigen, dass wir diese wichtige Aufgabe trotz dieser Tendenz erfüllen müssen. Die ukrainische Rechnung an den Kommunismus ist sehr hoch. Sie besteht vor allem im Verlust des höchsten Wertes, von Menschenleben. Drei Hungersnöte wurden in der Ukraine veranstaltet. 1921 /22, 1946/47, mit Millionen von Toten. Besonders fürchterlich war die Hungersnot von 1932/33, die das Leben von sechs Millionen Ukrainern kostete. Die Bevölkerung der Ukraine hat in einem Jahr, 1933 war das Apogäum der Hungersnot von 32/33, hat sich 1933 um zehn Millionen Menschen verringert. Hier kommen die zehn Millionen Toten,

andere emigrierten, um eine Rettung zu finden, aus der Ukraine. Außerdem muss man hinzufügen, dass das kommunistische Regime in der Ukraine keine Statistik zur Bevölkerung der Ukraine in diesen Jahren herausgab. Und man muss mit Koeffizienten rechnen, denn es gab keine Volkszählung. Die Volkszählung wurde erst wieder 1959 aufgenommen, vor kurzem erst.

Der Zweite Weltkrieg kostete in der Ukraine sieben Millionen Menschenleben. Der permanente Terror in der Ukraine - ich muss dazu sagen, dass die letzten ukrainischen politischen Häftlinge im Frühjahr 1991 befreit wurden, aus den Lagern von Perm in der Russischen Föderation - insgesamt hat die Ukraine durch den Terror mehr als die Hälfte ihrer ethnischen Bevölkerung infolge der Besetzung durch die zwei totalitären Regime - das kommunistische und das Nazi-Regime - verloren. Außer dem Verlust, den die Ukraine an Menschenleben - dem höchsten Wert - hatte, gibt es unendliche Verbrechen des kommunistischen Regimes gegen die Menschlichkeit, die Verbrechen der Erniedrigung der Menschenwürde.

Außerdem haben wir eine Rechnung an den Kommunismus, was die Provokation in dem Zweiten Weltkrieg betrifft. Diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Weltfrieden haben keine Verjährungsfrist. Deswegen sind wir der Meinung, dass es für solch ein Tribunal eine Möglichkeit gibt. Wir haben eine Etappe schon hinter uns, die der zivilrechtlichen Verurteilung. Wir haben viele Hearings über die kommunistischen Verbrechen durchgeführt, in vielen Gebieten der Ukraine. 1994 haben wir in Kiew ein internationales Hearing durchgeführt unter dem Titel „Kommunismus - die Sackgasse der Zivilisation“, zu dem viele Forscher dieses Problemkreises aus vielen Ländern eingeladen wurden. Unterlagen haben wir mehr als genug. Und wir haben folgendes beschlossen: Wenn es uns nicht gelingen sollte, ein internationales Gericht, sozusagen ein Nürnberg II, durchzuführen, so werden wir unseren eigenen Weg gehen. Wir werden unsere Forderung und Anklagen erheben bezüglich konkreter Verbrechen, und wenn das nicht von verschiedenen gerichtlichen Instanzen in der Ukraine angenommen wird, so wenden wir uns dann an den Europarat in Straßburg. Man kann das nicht weiter auf die lange Bank schieben, denn die Verbrecher sind auch nicht unsterblich. Unser Beweggrund ist keine Rache, sondern wir wollen einfach eine höhere Verurteilung des Kommunismus erreichen. Eine gerichtliche Verurteilung, wie das in Nürnberg nach dem Zweiten Weltkrieg stattfand.

Besonders wichtig scheint mir in dieser Hinsicht ein Beschluss, der hier in Deutschland gefasst werden soll, in Deutschland, wo Nürnberg I stattfand. Deswegen führen wir Nürnberg I als Beispiel an, wo ein Strich gezogen werden konnte unter den nationalsozialistischen Totalitarismus und Faschismus.

Wir befassen uns, darauf möchte ich zum Abschluss hinweisen, als zweite Aufgabe unserer Allukrainischen Gesellschaft damit, dass wir Unterlagen sammeln, um ein Museum zu eröffnen. Wir haben von der Stadtverwaltung von Kiew ein Gebäude erhalten, und vielleicht gelingt es uns, in diesem Jahr ein Museum des ukrainischen politischen Häftlings zu eröffnen. Wir arbeiten viel daran, suchen nach Mitteln, um solch ein Museum zu eröffnen. Damit die junge Generation, die früher in das Lenin-Museum ging, dieses Museum besucht. Und deswegen war es für mich sehr erkenntnisreich, hier in Berlin das Mauermuseum am Checkpoint Charly zu besuchen. Es war sehr nützlich. Ich bin den Veranstaltern sehr dankbar, dass sie das machten. Darin besteht unsere zweite Aufgabe.

Wir geben eine Zeitschrift heraus, die „Zone“ nennt sie sich. Jetzt erscheint sie seltener, aber trotzdem erscheint sie. In dieser Zeitschrift „Zone“ habe wir eine Rubrik: Von Verbrechen zu Verbrechen. Die Geschichte der kommunistischen Partei, der verschiedenen sowjetischen Staatssicherheiten. Wir haben solch eine Rubrik und bereiten schon Unterlagen für eine Gerichtsverhandlung vor. Deswegen möchte ich, dass das Redaktionskollegium, das hier an der Schlussresolution arbeitet, diese Tradition hier in Deutschland fortsetzt, einen Schluss-Strich zu ziehen in der Abrechnung mit dem totalitären Regime.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bericht von Jenő Fónay von der Delegation aus Ungarn

Ich begrüße mit Hochachtung und mit einer großen Liebe die Teilnehmer dieses Kongresses, meine Kameraden, die viel erlitten haben, und alle unsere lieben Gäste.

Ich habe die Liebe der Ungarn mitgebracht und übergebe sie Ihnen, aber gleichzeitig möchte ich Ihnen näherbringen, dass wir es wieder und immer wieder nur mit schweren Kämpfen erreichen können, dass die vierjährigen Landeswahlen uns etwas Beruhigung für die kommenden vier Jahre geben. Es war auch jetzt so nach den im vorigen Monat abgehaltenen Parlamentswahlen, und vielleicht können wir jetzt eine Zeitlang unbesorgt bleiben. Ich muss aber die Frage stellen, kann unsere Ruhe endgültig sein? Ich habe dies in der Hoffnung mitgeteilt, dass wenigstens wir, die so viele Schicksalsprüfungen erlebten, und die Verbrechen des Kommunismus gut kennenden Schicksalskameraden endlich wach werden, und dass wir in jedem Jahr nicht nur deswegen zusammenkommen, um uns zu sehen und um uns zu erzählen, was wir alle schon gut kennen, sondern um etwas Bleibendes der Nachwelt zu geben, damit wir sicher und unbesorgt sein können, dass nach einem gemeinsamen Auftritt und der groß angelegten Aufklärung die gewalttätige Schar der kommunistischen Verbrecher endgültig verschwindet.

Ich muss es nicht hervorheben, dass wir in dem sogenannten sozialistischen Lager -egal wohin wir blicken - überall die gleiche Situation finden. Überall ist sie wahrnehmbar, die sich immer wiederholende Anstrengung der Kommunisten, ihre Macht aufrechtzuerhalten oder aber, in ein neues Gewand eingekleidet, die Führung zu übernehmen, um neue Bündnisse schließen zu können. Dieses Mal gerade in Richtung Westen. Ich bin überzeugt, dass wir über eine mächtige Kraft verfügen würden, wenn wir unseren Verband gut zusammenhalten, gut organisiert hätten und schlagkräftig handeln würden.

Ich weiß, dass es Schwierigkeiten gibt, und nicht nur die fehlenden Mittel behindern unseren gut organisierten gemeinsamen Auftritt. Ich weiß auch, dass wir uns im Fall einer entsprechenden Aufrechterhaltung der Verbindungen viele Hilfe einander geben könnten bzw. gegeben haben können. Ich weiß sogar, dass dieser Zusammenhalt nicht nur für uns Ungarn nötig ist, sondern für uns alle, um gegenseitig Hilfe leisten zu können.

Bitte erlauben Sie mir, dass ich eine kurze Zusammenfassung der vergangenen neun Jahre gebe. Als wir Ungarn uns vor zehn Jahren zum ersten Mal mit unseren rumänischen Freunden treffen durften und die bis dahin streng gehüteten Geheimnisse gegenseitig auswechseln konnten, da haben wir bestürzt erfahren, dass die rumänischen Handlanger des auf die Weltherrschaft strebenden kommunistischen Moskauer Generalstabes mit den gleichen Mitteln ihre Macht aufrechterhielten, wie bei uns in Ungarn. So wie unser Lager wuchs, so haben wir angefangen, unseren Zusammenhalt auszubauen - Ihr erinnert Euch auch, meine Freunde, nicht wahr?

Genau dies konnten wir anlässlich unserer Beratungen und bei der Anhörung der Vorträge der einzelnen Abgesandten feststellen.

Wir haben einander verblüffende Tatsachen erzählt, und langsam stellte sich die Wahrheit zusammen: in der großen Sowjetunion waren Häftlinge aus allen Völkern Europas zusammen. Diejenigen Länder, die zum sozialistischen Lager gehörten, haben ihre Strafen in Kerkern der heimischen Organisation der GPU (später NKWD) durch ähnliche präkonzipierte Anklagen erhalten. Und obwohl die eine von den Organisationen STASI hieß und die andere AVH, waren die Methoden dieselben, weil sie von Moskau unter dem Kennwort „Freiheit“ vorgeschrieben wurden. Zuerst waren es die Deutschen, die im Jahre 1953 für die Unabhängigkeit aufgetreten sind. Die sowjetischen Panzer haben sie in kurzer Zeit niedergeschlagen. Im Sommer 1956 haben unsere polnischen Freunde die Flamme fast entzündet. Dann, im Herbst 1956 (am 23. Oktober), kamen wir Ungarn. In einer Woche schlugen wir die bei uns stationierten sogenannten

„friedenverteidigenden“ Truppen der damals mächtigsten Armee der Welt ab. Nur den neuen, zu ihrer Hilfe ankommenden ungeheuren Massen konnten wir nicht standhalten. Der kultivierte Westen hat uns über den grünen Klee gelobt. Sie haben uns mit schönen Worten und in Paketen mit Hilfe überschüttet.

Mit Recht frage ich: Was war das Ergebnis? Der Westen ist aus seinem friedlichen Schlummer aufgewacht. Die größten kommunistischen Parteien, die französische und die italienische, sind in eine Krise geraten. Bei uns aber kam eine entsetzliche Vergeltung. Davon zeugen die Friedhöfe, die stummen Grabkreuze von dieser aller bisherigen übertreffenden Schande.

1997, auf unserem letzten Kongress in Brunn, sind meine Tränen gelaufen, als unser Kamerad aus Litauen seine mehr als drei Jahrzehnte lang anhaltende Tragödie der Einkerkung erzählt hat. Ich kann auch eine entsetzliche Errungenschaft des Kommunismus erwähnen: wie man den zum Tode Verurteilten die Begnadigung unter dem Galgen vorgelesen hat: Lebenstragödien während des Aufbaues des Sozialismus. Diese Geschichten, diese bitteren Kerkerjahre, die jahrzehntelang andauernden Demütigungen und Drohungen im Schatten des Kalten Krieges, die Vorbereitung auf die Eroberung der Welt - sollten wir vergessen oder wenigstens darüber nicht reden? Ist das möglich - frage ich!

Am Ende der 80er Jahre, als die Kraft des Westens, sein Zusammenhalt und seine Politik endlich das lang ersehnte Ergebnis gebracht hat, als wir bereits geglaubt hatten, dass das Ungeheuer umgekommen ist, konnten wir trotzdem nicht ruhig sein, obwohl es in Deutschland, in der Tschechei und vielleicht in Polen gelang, die Verbrecher auf die Seite zu schieben. Wir übrigens können das nicht sagen. Heute sind sie bei uns die Kapitalisten (welche sie damals so gehasst haben). Damals waren sie, die uns der NATO beitreten lassen, diejenigen, denen die NATO der wildeste Feind gewesen war, welchen man vernichten musste. Damals waren sie, die in unserem Namen über unseren Anschluss an Europa verhandelt haben, diejenigen, die mit Panzern zum Atlantischen Ozean vordringen wollten, was ihr höchstes Ziel gewesen war. „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Niemals haben wir von ihnen gehört: „Proletarier aller Länder verzeiht uns!“

Und heute? Es beleidigt unser Selbstgefühl, dass der Westen im Interesse der Zukunft und des Wohls Europas mit ihnen verhandelt hat und ihnen die Hände drückt, während er uns keine Hilfe leistet, die kommunistischen Verbrecher und die Kriegsverbrecher zu verurteilen. Wir, meine Freunde, erzählen uns einander diese Verbrechen, unsere Qualen, die ungeheuren Demütigungen, Kerker, Tod, Leiden und die Zugrunderichtung unserer Länder. Wir haben die Völker bereits im Jahre 1991 in Budapest aufgerufen, die Verbrechen des Kommunismus genauso zu verurteilen, wie man es mit den Naziverbrechen und -Verbrechern gemacht hat. Seitdem sagen wir es immer wieder und leider, so scheint es, erfolglos. Wir Ungarn haben in diesem Jahr am 6. März eine sechsstufige Eingabe nach Straßburg geschickt, wo die Verbrechen in den Anlagen einzeln aufgeführt sind. Jetzt bitte ich Euch: Die erste Aufgabe dieses Kongresses sollte sein, dass wir diese Eingabe mit der Unterschrift aller Delegationen einreichen, so wie wir es voriges Jahr in Brunn abgesprochen haben. Seitdem ist in Frankreich das „Schwarzbuch des Kommunismus“ erschienen, welches die von uns so oft dargelegten Tatsachen als „Zeugenaussage“ beweist. Im Gegensatz zu den mehreren Millionen Opfern des Nazismus belasten die kommunistischen Leiter und Kollaborateure die ausgelöschten Leben von 85 Millionen Opfern. Das Tribunal der Welt soll sie verurteilen und ihnen die Macht nehmen. Das sollen das Ergebnis unserer Arbeit und die Erbschaft des internationalen Zusammenhaltens für die Nachwelt sein.

Dazu schlage ich als Tagesordnungspunkt die Änderung der Statuten vor. Das müssen wir als einen separaten Themenkreis beraten. Weiterhin schlage ich noch die Gründung eines gemeinsamen finanziellen Fonds sowie die Aufrechterhaltung der zwischenjährlichen engen Verbindung vor, welche auf alle unsere gemeinsamen Probleme ausgedehnt werden soll.

Danke für die Aufmerksamkeit.

**Bericht von Weniamin Wiktorowitsch Iofe
für die Gäste aus Russland
(MEMORIAL Sankt Petersburg)**

Liebe Freunde,

mit Interesse höre ich, dass endlich das Wort Russland zu hören war, das während der ersten Tageshälfte irgendwie nicht erwähnt wurde. Ein guter Psychoanalytiker würde dazu viel Interessantes sagen können. Die Bauern in Russland, in Sibirien verwenden das Wort Bär nicht, um nicht zufällig den Bären aus dem Wald hervorzulocken. Ja, versuchen wir mal das Tabu zu lösen und das Wort doch auszusprechen.

Ich werde jetzt nicht über die Geschichte der politischen Verfolgung in Russland und nicht über das, was der russischen Bevölkerung durch den Kommunismus angetan wurde, sprechen. In diesem Jahrtausend haben wir zuwenig Zeit. Da ich wenig Zeit habe und doch etwas zu sagen habe, muss ich sagen, dass es bei uns genauso, ganz normal, wie bei allen anderen aussieht. Es geht nicht darum, wie wir die Erben des Kommunismus besiegen sollen, sondern unsere Sorge besteht eher darin, dass die Erben des Kommunismus uns nicht besiegen.

Der Umbau ist mit dem gleichen Ergebnis wie überall in Osteuropa zu Ende gegangen. Die Kommunisten verstehen, dass man eigentlich kein Ideologiemonopol braucht, wenn man die wirkliche Macht hat. Die fürchterlichen Worte, vor denen alle Angst hatten, z. B. „Menschenrechte“, die machen niemandem mehr angst. Seit kurzem ist ein Kommunist Bevollmächtigter für Menschenrechte in unserem Land! Das haben die geschafft. Ich befürchte, sie haben auch auf ihren Marxismus-Leninismus verzichtet; die allgemeine Tendenz führt in Richtung Nationalsozialismus. Und wenn man von Nürnberg II spricht, werden sie auch bald bei uns die Nürnberger Rassegesetze einführen. Dahin wird das wohl alles ausgehen.

Aber das Problem der ehemaligen politischen Häftlinge, die Rehabilitierung, das Verhältnis zu den Verfolgungen ist ein sehr wichtiges Thema, weil es uns erlaubt zu klären, was wirklich in unserem Lande geschieht. Denn ansonsten ist das nur ein Theater. Wir haben auch Liberaldemokraten, die ethnische Säuberung verlangen. Wir haben Sozialdemokraten, die nationale Größe verlangen - diese ganzen Worte bedeuten gar nichts. Die Kommunisten haben sich aufgesplittert in Demokraten, professionelle Patrioten, kommunistische Opposition, und alles geht fließend ineinander über und bedeutet überhaupt nichts.

Die ehemaligen politischen Häftlinge, sie sind, was sie eben sind. Sie können sich in nichts anderes verwandeln. Deswegen erklärt das Verhalten ihnen gegenüber die ganze Situation. Ich werde hier den Prozess der Rehabilitierung und Wiedergutmachung in unserem Lande erwähnen, nur um mich auf die rechtlichen Aspekte des Problems zu beziehen. Die Rehabilitierung, die Wiedergutmachung wird ein Instrument der Restauration.

Hier wurde der Standpunkt geäußert, von außen gesehen sei alles in Ordnung. Man bekommt Wiedergutmachung, Kompensation. Klägliche Summen zwar, aber trotzdem erhalten Leute dieses Geld, und mehr oder weniger sieht alles gut aus. In Wirklichkeit ist es aber nicht so. Hier wurde die Meinung geäußert, dass es einer summarischen Wiedergutmachung bedarf, damit kann ich nicht einverstanden sein. Denn gerade das ist bei uns angenommen worden. Nach der Nummer des Artikels des Strafgesetzbuches wird jemand rehabilitiert. Bestimmte Artikel des Strafgesetzbuches führen zur automatischen Rehabilitierung, ohne dass es um den Sachverhalt geht. Das ist aber eine wichtige Sache. Das bedeutet, dass die Erben und auch die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane sagen, worum es dann eigentlich geht, worin die Repressalien bestehen. „Es gab schlechte Gesetze, und wir jetzt, die Mitarbeiter des KGB, des Gerichtswesens, wir haben einfach nur gut schlechte Gesetze erfüllt. Jetzt sind die Gesetze gut geworden, jetzt werden wir

gute Gesetze erfüllen." Um persönliche Schuld geht es nicht, niemand ist entlassen worden aus der Staatssicherheit. Die Gesetze waren einfach falsch. Das gibt es natürlich.

Niemand stellt eine sehr wichtige Frage, denn die Rehabilitierungsurteile - alle sind damit einverstanden. Ich weiß nicht, wie das in Deutschland, wie das in anderen Ländern gehandhabt wird, dass einfach Menschen rehabilitiert werden, weil das mit den jetzigen gegenseitigen guten Gesetzen nicht als Verbrechen betrachtet wird. In Wirklichkeit geht es aber darum, dass die Gerichtsurteile überhaupt nicht nur nach jetziger Gesetzgebung rechtswidrig waren, sondern auch nach damaliger Gesetzgebung! Und das ist wie ein blinder Fleck, der von niemandem erwähnt wurde. Nach den Gesetzen der damaligen Zeit war das schon Rechtsbruch gewesen; denn die sowjetischen Gesetze verlangten auch, dass eine Absicht z. B. dargelegt wurde, bewiesen wurde. Das steht in allen Lehrbüchern, in allen Strafgesetzbüchern, z. B. die Absicht, die Sowjetmacht zu schädigen. Aber niemals wurde das bewiesen.

Nur ein Beispiel. 1981 wurde jemand verurteilt, weil zwei Frauen die Literatur der Adventisten des 7. Tages verbreiteten. Der Richter schrieb, dass die antisowjetische Absicht einfach offensichtlich ist und deswegen nichts zu beweisen wäre. Ein gutes Beispiel, besonders, da das jetzt der Vorsitzende des Stadtgerichts unserer Stadt Sankt Petersburg ist. Und wir alle stellen überhaupt nicht die Frage, dass diese Gerichtsurteile eine Rechtsbeugung schon nach damaligem Gesetz gewesen waren. Das bedeutet aber, dass es an sich schon eine Rechtsverdrehung gewesen war, schon nach damaligem Gesetz strafbar. Außerdem wurde die objektive Seite der Behauptung nicht bewiesen, dass es eine Verleumdung war, dass es nicht objektiv war, wie es immerhin das damalige Gesetz verlangte.

Das grundsätzliche Problem hierbei besteht darin, dass wir alle irgendwie übersehen, dass wir zu beweisen haben, dass es eine Rechtsbeugung nach damaligem Gesetz gewesen war. Das bedeutet, dass all diese Personen, die weiter ihre Posten einnehmen in der Polizei, in der Staatsanwaltschaft, im Gericht, dass sie alle Rechtsbeugung - es geht gar nicht mal um Verbrechen gegen Menschlichkeit, sondern Verbrechen gegen das Recht - begangen haben.

Es geht bei uns sehr leicht mit der summarischen Rehabilitierung. Das bedeutet die gleiche Willkür wie die Repressalien. Natürlich behaupten sie, dass es einfacher ist, wenn alle auf Antrag rehabilitiert werden, die Rechtspflegeorgane werden nicht überlastet. So wird die Rehabilitierung zu dem gleichen Verfahren wie die Repression.

Zu dem zweiten, worauf ich noch Ihre Aufmerksamkeit richten möchte: Hier ist viel die Rede von Nürnberg, von einem Tribunal, in dem die Kommunistische Partei verurteilt werden sollte. In unserem Land gab es 1992 einen Beschluss des Verfassungsgerichtes bezüglich der Verfassungsmäßigkeit des Präsidentenerlasses zur Auflösung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Viele sind unzufrieden, dass es halbherzig gewesen wäre. Aber eine sehr wichtige Sache war dort doch vorhanden. Und zwar, dass dieser Beschluss des Verfassungsgerichtes erwähnt, dass alle Organe der Kommunistischen Partei, angefangen vom Rayon-Komitee bis oben, verfassungswidrig gewesen waren. Das bedeutet, dass es einen Rechtsakt der höchsten Instanz unseres Landes gibt, welcher darauf hinweist, dass unser politisches Regime illegitim gewesen war. Dieser Beschluss wird bewusst übersehen, obwohl daraus Grundsätzliches zu folgern ist.

Erstens: das Problem des Widerstandes. Wenn das Regime illegitim war, so war der Widerstand gegen das Regime rechtmäßig, legitim. Ich meine jetzt nicht moralisch oder so ähnlich, sondern rein juristisch. Wenn es im Land ein illegitimes Regime gab, so war der Widerstand - denn einen Widerstand in der Sowjetunion gab es seit 1917- berechtigt, und diese Menschen müssen rehabilitiert werden. Nicht nur, weil sie Taten unternahmen, die jetzt nicht strafbar sind, sondern einfach, weil sie inhaltlich recht hatten.

Was machen die Behörden, um das zu umgehen? Erstens das Problem des Widerstands und zweitens das Problem der Rehabilitierung der Personen, die für den Terror verantwortlich waren. Es geht doch darum, dass sie eine verfassungswidrige Ordnung unterstützten, am Hochverrat

schuld waren. Und wenn es jetzt bei den nächsten Rehabilitationen darauf hinausläuft, dass sie niemanden selbst erschossen haben, bestünde auch eine Gefahr. Und das dritte, es gab auch Repressalien, die nicht juristisch, sondern nur aufgrund der Beschlüsse der Partei entstanden. Da waren die Auslandsaktivitäten des NKWD. Repressalien, über die es keine Unterlagen gibt. Deswegen sind Rehabilitierungen unmöglich. Das bedeutet ja gerade die verfassungswidrige Struktur der Parteimacht.

Beispiele werde ich jetzt hier nicht weiter anführen. Letztlich läuft das darauf hinaus, dass folgendes mythologische Schema entsteht: diejenigen, die die Repressalien durchführten, sie waren etwas zu hitzig, haben ihre Machtkompetenzen überzogen. Die Widerstandskämpfer hatten unrecht, weil die Macht illegitim war, und die anderen, das sind einfach gute Sowjetmenschen, die Pech gehabt haben. Und erst vor kurzem, im Februar, hat die Staatsduma, die Wiedergutmachungsgelder auf Initiative der Liberaldemokraten gekürzt. Und nach einem Empörungsturm gab es einen Brief, in dem es hieß, dass die Dissidenten nur das Geld wegnehmen wollten, diejenigen, die gegen die rechtmäßige Gewalt der Sowjetunion opponierten. Das heißt, die anderen schuldlosen Opfer sollten durchaus ihre Wiedergutmachung behalten.

Dieses Schema lässt sich zurückführen auf den XX. Parteitag der KPdSU, dass einige Repressalien überflüssig gewesen wären, dass aber die anderen ehrlichen Menschen Pech gehabt hätten. Und jetzt wird das als Grundmythos angenommen, der darauf hinweist, dass die politischen Perspektiven in unserem Land schlecht aussehen. Und nur ein Verzicht auf dieses Schema grundsätzlich kann weitere Perspektiven für die Entwicklung öffnen. Ansonsten befinden wir uns in einer ideologischen Sackgasse.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Die deutschen Opfer des Kommunismus

Bei den Gesprächen mit den Delegationen aus den früheren Ostblock-Ländern ergaben sich viele Fragen nach den Opfern der Kommunisten in Deutschland. Hierüber eine Zahlenübersicht zu erstellen ist sehr schwierig. Allenfalls lassen sich Annäherungswerte für die Zeit von unmittelbar vor dem Kriegsende und die ersten Jahre der Besatzungszeit und des „Aufbaus des Sozialismus“ erstellen. Die größten Schwierigkeiten bestehen bei der Feststellung der Opferzahlen in den damaligen deutschen Ostprovinzen, wobei es schwierig ist, Opfer der Kriegshandlungen und der anschließenden Repressionsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht auseinanderzuhalten.

Die größte Opfergruppe waren die Bewohner der Ostprovinzen Deutschlands (Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien sowie Pommern), die zum Teil vor der anrückenden Roten Armee nach Westen flüchten konnten. Mit ihnen flüchteten rund 1,5 Millionen Russlanddeutsche, die aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten überwiegend in den „Warthegau“ umgesiedelt worden waren. Ein großer Teil der ansässigen Bevölkerung blieb in ihren Städten und Dörfern oder wurde von der Front überrollt und geradezu unbeschreiblichen Grausamkeiten ausgesetzt. Von ihnen wurden etwa 900 000, hierunter sehr viele Mädchen und Frauen, in die Sowjetunion zum Arbeitseinsatz verschleppt. Ein Teil der männlichen Bevölkerung (da die meisten Männer Soldaten waren, vor allem junge und alte Menschen) wurde als „gefährlich“ unter irgendwelchen Vorwänden in Lager gesperrt. Mit der Übergabe dieser Gebiete in die polnische Verwaltung wurden dann fast alle der schätzungsweise 16,5 Millionen Deutsche „ausgewiesen“, d. h. unter unmenschlichen Bedingungen mit geringstem Gepäck in das Deutschland westlich der Oder-Neiße-Linie vertrieben. Dasselbe Schicksal erlitten die deutschen Bewohner der Sudetengebiete in der Tschechoslowakei, die ebenfalls unter Bedingungen, für die Jahrzehnte später der Begriff „ethnische Säuberung“ geprägt wurde, vor allem nach Süddeutschland vertrieben wurden. Die Zahl der zu Tode gekommenen Vertreibungs- und Deportationsopfer wird auf mehr als drei Millionen geschätzt.

Die in die Sowjetunion verschleppten Deutschen stießen in den Lagerkomplexen der sowjetischen Geheimpolizei auf 1,9 Millionen deutsche (und ca. 500 000 andere ausländische) Kriegsgefangene, von denen Hunderttausende unter den schwierigen Lebensbedingungen verstarben. Um die Kriegsgefangenen nicht nach mehreren Jahren Gefangenschaft entlassen zu müssen und sie als Arbeitssklaven zu erhalten, verurteilten sowjetische Militärtribunale unter den unglaublichsten Beschuldigungen (nach noch nicht abgeschlossenen Forschungen) ca. 40 000 ehemalige deutsche Soldaten, die bis 1955 als Strafgefangene in der Sowjetunion arbeiten mussten.

Mit der Besetzung Deutschlands bis zur Elbe überzog die Sowjetunion ihr Besatzungsgebiet mit ihrem eingespielten Verhaftungs- und Lagersystem. Verhaftet und in der Regel in provisorischen Gewahrsamen grausamen Verhören unterworfen wurden alle Deutschen, die der Besatzungsmacht hätten gefährlich werden können, also „Klassenfeinde“, Antikommunisten, Demokraten und irgendwelche Denunzierten. Der einfache Nenner für die sowjetische Geheimpolizei war „Nazi“. Die später verbreitete Version, dass man nur Nazi- und Kriegsverbrecher verhaftet habe, ist unzutreffend.

Etwa 75 000 Deutsche wurden von sowjetischen Militärtribunalen oder Sonderkommissionen verurteilt. Wie willkürlich dabei verfahren wurde, erweist u. a. die Tatsache, dass Anträgen auf Rehabilitierung von der russischen Haupt-Militärstaatsanwaltschaft zu über 80% entsprochen wird.

Erst im Gefolge der Absprachen der alliierten Siegermächte über die Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Entnazifizierung wurden die vom Chef der sowjetischen Geheimpolizei Berija herausgegebenen Befehle nach und nach auf diesen Bereich abgehoben

bzw. ergänzt, um die bis 1950 gehandhabte Praxis, Deutsche mit oder ohne Verurteilung in sogenannten Speziallagern festzuhalten, als „alliierte Maßnahme“ zu kaschieren. Die elf von der sowjetischen Geheimpolizei in ihrer Besatzungszone unterhaltenen Speziallager (u.a. die früheren NS-Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Jamlitz) waren völlig von der Außenwelt abgeschlossen (keine Briefverbindung zu den Angehörigen, keine Radio- oder Zeitungsinformationen, keine Bücher oder anderer Lesestoff) und wurden unter primitivsten Bedingungen unterhalten (geringste Verpflegung, keine Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeit, z.B. keine Zahnbürsten, kein Toilettenpapier, viel Ungeziefer usw.). Die geistige und körperliche Brachlegung forderte prozentual etwa die gleichen Todesraten wie in den NS-Konzentrationslagern bis ungefähr 1943. Von den durch die Gefängnisse und Lager der sowjetischen Geheimpolizei gegangenen etwa 157 000 Männern, Frauen und Jugendlichen (davon sollen ca. 35 000 Personen „Ausländer“, in der Regel Deutsche aus den von der Sowjetunion beanspruchten Ländern, sogenannte Volksdeutsche, gewesen sein) kamen mindestens 43 000 um, darunter befinden sich 765 von der Sowjetunion Hingerichtete.

Die DDR übernahm von der sowjetischen Besatzungsmacht nach und nach die politische Verfolgung mit allen Konsequenzen bis hin zu Todesurteilen aus politischen Gründen. Bis zu ihrer Auflösung Ende 1989 sind etwa 200 000 Personen verurteilt worden. Zu den Opfern des SED-Regimes muß man auch jene über 2,6 Millionen Menschen zählen, die ab 1949 in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten und jene zahlenmäßig nicht zu erfassenden DDR-Bewohner, die aus politischen und moralischen Gründen private und berufliche Nachteile erlitten, weil sie nicht mit dem Unrechtstaat DDR konform gingen.

Wolfgang Kusior

Geboren am 10. Dezember 1958 in Brandenburg an der Havel als Sohn eines NVA-Offiziers und einer Bankangestellten, zwei Brüder.

Abitur 1978, aus politischen Gründen kein Studienplatz, nach dem Abitur nach Berlin, Arbeit als Korrektor in einem Verlag, Wehrdienst in der NVA, Bauarbeiter.

Von 1985 bis 1989 Tätigkeit als Heimerzieher (u. a. verhaltensgestörter Kinder und Gehörlose) erst bei Berlin, dann in Erfurt.

1985 externer Abschluss als Heimerzieher und Musiklehrer, von 1985 bis 1989 ohne berufliche Tätigkeit.

27. Oktober 1989 nach Ausreiseantrag Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Ausreise nach Kassel.

Von 1990 bis 1995 Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie (zwei Semester) in Kassel und zeitweise in München.

1995 Studienabschluss M.A. („Die SED - eine Partei? Zur Wahrnehmung der SED durch die westdeutschen Sozialwissenschaften in den 70er und 80er Jahren“).

1995 bis 1998 beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Referent für die Koordinierung der Arbeit des Landesbeauftragten mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen sowie für politische Bildung.

1997 Expertise für die Enquetekommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit („Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der politischen Bildung“).

Seit November 1998 Geschäftsführer der neugegründeten Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Verheiratet, Vater von 4 Töchtern und 1 Sohn.

Wozu brauchen wir Verbände ehemaliger politischer Häftlinge heute und in Zukunft?

Rede von Wolfgang Kusior anlässlich des 40. Jubiläums des Verbandes Politischer Häftlinge des Stalinismus e.V.
am 28. Juni 1997 in Salzgitter

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich hier die Frage stelle, wozu wir Verbände wie den Ihren brauchen, bin ich mir durchaus der Tatsache bewusst, dass dieses „Wir“ meine Generation bezeichnet. Ich bin Vertreter einer Generation, der das Glück sozusagen in den Schoß gefallen ist. Leider wird derart alltägliches Glück häufig vergessen oder als Selbstverständlichkeit hingenommen. Was macht dieses Glück aus?

Wenige Beispiele sollen das illustrieren: Nur noch wenige meiner Altersgenossen sollten mit langjährigen Haftstrafen von den „Vorzügen des Sozialismus“ überzeugt werden, die „Arbeiter - und - Bauern - Macht“ wird zunehmend zu einer grotesken Erinnerung an den Anfang unseres Lebens und den Schmerz der Teilung haben wir nicht in ihren schmerzhaftesten Momenten selbst erlebt. Dafür sind wir die wirklichen Nutznießer des Einigungsprozesses. Wir haben die Chance, Defizite sozialistischer Bildung zu überwinden, wir können uns berufliche Perspektiven aufbauen und die ganze Welt zu bereisen ist bestenfalls ein finanzielles Problem. So ist also die Welt in Ordnung für uns?

Sie ist so weit in Ordnung, wie die Demokratie als Grundlage dieser Ordnung, als Grundlage der Freiheit existiert und nicht von neuen Heilslehren oder totalitären Machtambitionen bedroht wird. Oft genug wird eine solche Gefahr für die Demokratie heruntergeredet. Im Westen unseres Vaterlandes geschieht dies, weil sich die meisten Menschen ein Leben jenseits von Demokratie kaum noch vorstellen können - Diktatur fand ja immer nur in Südamerika oder Asien oder der Vergangenheit statt und Deutschland endete im Kopf an der Mauer. Hinter die Mauer der angeblich so kommoden DDR-Diktatur schaute man nur zum Zwecke des Verwandtenbesuches und die von den meisten DDR-Bürgern präsentierte Gemütlichkeit der Notgemeinschaft wirkte im Zusammenspiel mit niedrigen Nahverkehrstarifen und Kindergärten von außen betrachtet wenig diktatorisch. Bestenfalls nahm man die Grenzkontrollen mit einem befremdlichen Kitzel wahr. Wer unbequem auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machte, befand sich im Abseits, ob es sich um Gerhard Löwenthal oder Petra Kelly handelte. Fast wäre sogar die Zentrale Erfassungsstelle hier in Salzgitter dem Zeitgeist geopfert worden.

Im Osten unseres Landes ist die Sorge um die Demokratie unterentwickelt. Dass die DDR-Bürger sich 1989 bewusst für Demokratie entschieden hätten, ist meiner Meinung nach eine Legende. Sie haben sich gegen die Misere entschieden, in der sie, teils aufgezwungen, teils mit eigener Beteiligung, steckten. Der Ruf nach freien Wahlen schien der einzige Ausweg aus dieser Misere zu sein, er war noch lange nicht das Bekenntnis zu den Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Und so treffen auch heute noch Heilslehren dort auf fruchtbaren Boden, wo die Landschaften nicht ohne Dünger blühen wollen. 83 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern halten nach einer FORSA-Umfrage im Mai 1997 nach wie vor den Sozialismus für eine nur schlecht realisierte gute Idee und für 75 Prozent ist Gleichheit wichtiger als Freiheit. Die autoritäre Fixierung auf Landesfürsten mit ihren absoluten Mehrheiten ist genauso wenig ein Indiz für Demokratie wie die Wahlerfolge der populistischen SED-Nachfolger.

Ich will nicht den Teufel einer möglichen Diktatur in Deutschland an die Wand malen, aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Demokratie Schaden nimmt, wo offene Konfliktaustragung legitimer unterschiedlicher Interessen in der Gesellschaft ersetzt wird durch politische Rituale und Besitzstandswahrung für die Bürger, die der je eigenen Partei die meisten Stimmen einbringen können. Dem mündigen Bürger, der die wichtigste Voraussetzung für demokratische Verhältnisse darstellt, bin ich jedenfalls lange in keiner politischen Ansprache begegnet.

Und doch sind es gerade diese mündigen Bürger, die sozusagen das Salz in der Suppe der Demokratie bilden, die verhindern, dass aus dieser Suppe ein schwer verdaulicher Einheitsbrei wird. Zu diesem Salz, Salz ist bekanntermaßen lebensnotwendig, zu diesem Salz in der neuen gesamtdeutschen Demokratie gehören zweifellos diejenigen, die von den Feinden der Demokratie eingekerkert und danach oft genug weiter verfolgt und drangsaliert oder aber um ihre Heimat gebracht wurden.

Gerade Sie, die Sie die brachialste Form politischer Unterdrückung durch die kommunistische Diktatur am eigenen Leibe zu spüren bekommen haben, sind besonders aufmerksam den Verkündern von Heilslehren gegenüber und den Beschönigen von vergangenen und gegenwärtigen Diktaturen (ich erinnere hier beispielsweise an die deutsch-chinesischen Avancen). Besonders diese geschärfte Aufmerksamkeit brauchen wir in der derzeitigen Flut von Bildern und Nachrichten, die es vielen meiner Generation so schwer macht, den Kern ihrer Existenz in Freiheit zu erkennen und zu schätzen.

Ich bin froh über das zunehmende Interesse an Lebensgeschichten, die oftmals Sinnbilder für einen persönlichen Weg zu demokratischem Engagement darstellen. Dazu gehört auch, dass Lebensgeschichten mit ihren Brüchen zur Kenntnis genommen werden. Die demokratische Antwort auf eigene Illusionen oder eigenes Leid, die beide zu benennen sind, ist nicht hoch genug zu schätzen gerade angesichts einer Zeit, als man durchaus bereit war, ein Auge zuzudrücken angesichts der Verbrechen der DDR-Staatsantifaschisten. Auch heute habe ich gelegentlich den Eindruck, dass politische Verantwortungsträger beispielsweise im Bereich von Gedenkstätten sich mit diesem nach wie vor nicht ganz offenen Auge den Blick auf das geschehene Unrecht verbauen. Und manchmal wird bei der Wahl von Mitarbeitern eine gehörige politische Blauäugigkeit erkennbar. Hier tut auch zukünftig Aufklärung, die ja nach Kant den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ darstellt, not. Zu dieser Aufklärung tragen Sie bei, dafür ist Ihnen zu danken, und ich hoffe, sie werden dies auch zukünftig tun.

Ich denke hier natürlich auch an die Lebensgeschichten derjenigen, die sich Anfang 1957 nach langen Jahren der Haft in Lagern und Gefängnissen der roten

Diktatur zusammenfanden und das demokratische Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit nutzten, den Verband politischer Sowjetgefangener gründeten. Nichts wäre verständlicher gewesen, als der Rückzug ins Private, aus Politikverdrossenheit, um ein heutiges Modewort zu benutzen.

Für mich bedeutet derartige Handeln eine Ermutigung zu politischer Einmischung, aber auch zu tätiger Solidarität mit den Opfern politischer Verfolgung. Dies ist aber nur ein Aspekt bei der Beantwortung der Frage, wozu wir auch heute und in Zukunft Verbände ehemaliger politischer Häftlinge brauchen.

Wichtig ist der Beitrag, den Sie zu leisten haben angesichts der immer heftiger, das heißt auch, immer politischer und polemischer geführten Auseinandersetzung um die Frage der Gerechtigkeit. Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Ausflug zum Ereignis der vorletzten Woche, dem Kirchentag in Leipzig. Dieser scheint, nach meiner Beobachtung von außen, ein ganzes Stück weit dem Zeitgeist zum Opfer gefallen zu sein. Da kümmerte sich, ganz im Geiste der Vergebung, ein Pfarrer, der das Vertrauen seiner Gemeinde zu Gunsten der Stasi missbraucht hatte, um die organisatorische Vorbereitung: SED-Funktionäre, die heute als Rechtsanwälte die sogenannte Siegerjustiz bekämpfen, wurden auf das Podium gehoben und die Abschlusspredigt wurde von einem Initiator der Erfurter Erklärung, die uns die Überwindung der Ungerechtigkeit mit Hilfe der PDS empfiehlt, gehalten.

Da ist er wieder, der wohlbekannte Zeitgeist des Wandels durch Annäherung, der blind ist gegenüber Verächtern der Menschenrechte, den Schuldigen totalitärer Unterdrückung und der Vergebung trennen will von dem Schuldbekennnis. Diese Art der Befriedung ist für die Entwicklung demokratischer Verhältnisse in Deutschland schädlich und hat mit Gerechtigkeit, auch wenn dies noch so häufig wiederholt wird, nichts zu tun. „Wenn man Schuld nicht individualisiert“, sagte der Chefankläger des UNO-Tribunals zu Jugoslawien und südafrikanische Verfassungsrichter Goldtone, „Wenn man Schuld nicht individualisiert, kann das Geschwür kollektiver Schuldzuweisungen wachsen.“ Gerade die ehemaligen politischen Häftlinge sind in der Lage, Schuld zu individualisieren, die kollektive Selbstbeichtigung taugt wenig, da sie keinen Raum lässt für die vielen Beispiele von Zivilcourage. Dass

Oskar Schindler erst Jahrzehnte nach seinen mutigen Taten bekannt wurde, hat etwas mit der kollektiven Selbstbeichtigung zu tun. Ich bin gegen das Vergessen der mutigen Männer und Frauen des 17. Juni, des Jenaer Friedenskreises, der Bürgerbewegung der 80er Jahre. Sie haben es nicht verdient, in diese kollektive Gemütlichkeit von DDR-Identität einbezogen zu werden.

Je konkreter Diktatur benannt wird, desto verständlicher wird für die Nachgeborenen ihre Fratze. Die Sonne des Sozialismus scheint bei entsprechender Erziehung durch Eltern und Lehrer auch für heutige Jugendliche manchmal ungetrübt als praktikable Zukunftsvision. Der konkrete Bericht über den „Roten Terror“ in Cottbus oder Schilderungen vom Leben und Sterben Jugendlicher in den in Speziallager umbenannten NS-Konzentrationslagern von Sachsenhausen bis Buchenwald sind notwendig für die Zweifel heutiger Jugendlicher an den nostalgischen Verklärungen der DDR.

Und der Zweifel ist notwendige Voraussetzung für eine positive Haltung dieser Jugendlichen zu demokratischen Verhältnissen gerade auch in Zeiten, die für sie angesichts Orientierungs-, Bindungs- und Werteverlust nicht immer leicht sind. Auch wenn es heutzutage antiquiert erscheint, ich bin überzeugt, dass Vorbilder nicht wirkungslos sind.

Übrigens, diese etwas kritische Randbemerkung sei mir hier gestattet, da ich unter den Anwesenden auch Vertreter anderer Häftlingsverbände sehe: Zerstrittenheit, Vereinsmeierei, gegenseitige öffentliche Beschimpfungen oder Unterstellungen, wie sie unter Opferverbänden immer wieder vorkommen, schmälern den Wert ihres Vorbildes und machen den einigen Verbänden der DDR-Juristen und Stasi-Offiziere, der neuen Menschenrechtsschützer und Humanisten im Umfeld der PDS, das politische Geschäft allzu leicht.

Ich bin nicht der Meinung, man solle alle Häftlings- und Opferverbände in einen großen Topf werfen, aus dem sie dann mit einer Stimme sprechen können. Dafür sind mir die grundgesetzlich garantierte Vereinigungs- und Meinungsfreiheit und die daraus folgende politische Vielfalt zu wichtig. Bewahren sie ihre pluralen Unterschiede, aber pflegen sie die demokratische Kultur im Umgang miteinander, aber auch, und ich verstehe, dass das schwerfällt mit den politischen Gegnern. Eine demokratische Kultur in der politischen Auseinandersetzung steht nicht im Widerspruch zu größtmöglicher Klarheit in der Position. Gerade demokratische Verhaltensweisen sind eine starke Waffe gegen Demagogie und Populismus in der politischen Auseinandersetzung.

Ich möchte noch einmal zurückkehren zu den Anfängen des hier und heute gefeierten Verbandes politischer Häftlinge des Stalinismus. Ich will Sie erinnern an die Solidarität mit Kameraden, die in der DDR lebten und von Ihnen beispielsweise mit Paketen unterstützt wurden. Kürzlich erhielten wir anlässlich eines Treffens der Berliner Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen beim Landesbeauftragten eine Schilderung der Lebenssituation ehemaliger politisch Verfolgter in Südosteuropa. Wenn ich mich an die Stille nach der Schilderung des heutigen Elends ihrer Leidensgefährten erinnere, beeindruckt mich das noch jetzt. Es berührt mich aber auch, wie schnell zum Alltagsgeschäft übergegangen wurde und wie wenig getan wurde, ihnen konkret zu helfen. Wenn Sie wissen wollen, was man tun kann, um die Lebenssituation der ehemals Verfolgten in Bulgarien, Rumänien und anderen Ländern ein wenig menschenwürdiger zu machen, fragen Sie die Berliner unter uns oder werfen Sie einen Blick in den Stacheldraht Nr. 2/97, dort ist der Spendenaufruf abgedruckt.

Ich hoffe, Sie können mir verzeihen, dass ich die Möglichkeit, hier reden zu dürfen, für die ich mich herzlich bedanke, weniger für eine Festansprache und die Aufzählung von Leistungen in der Vergangenheit genutzt habe, dafür wäre die mir zur Verfügung stehende Zeit ohnehin zu knapp gewesen, sondern dass ich, gerade auch mit dem Blick meiner Generation, Erwartungen an Sie formuliert habe.

Ich weiß, dass auch Sie Erwartungen haben. Wie schwer es ist, diesen Erwartungen zu entsprechen, zeigen die Defizite der juristischen Aufarbeitung des SED-Unrechts ebenso wie die trotz mehrfacher Novellierungen noch immer bestehenden unbefriedigenden und ungerechten Lösungen von Entschädigungen - hier meine ich insbesondere die Ost-West-Differenzierung und die Missachtung der berechtigten Ansprüche der von östlich der Oder Deportierten, meist Frauen in heute schwierigen sozialen Lagen.

Ich versichere Ihnen, dass es auch in meiner Generation Menschen gibt, die sich, sei es aus einem Gerechtigkeitsempfinden oder aus primär politischen Gründen, für Ihre Belange stark machen. Die Bundestagsabgeordneten Koschyk, Häfner und Schwanitz zählen für mich ebenso dazu, wie die Mitarbeiter der Aktion „Schulspeisung“, die eine Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in die ostdeutschen Schulen zu tragen versuchen. Es ist meiner Ansicht nach auch für meine Kinder von Belang, wie heute mit den Folgen und Opfern der DDR-Diktatur umgegangen wird. Davon hängt auch ab, wie Deutschland im nächsten Jahrhundert aussehen wird. Darum ist es mir wichtig, dass wir von unseren Erwartungen aneinander sprechen und miteinander auftreten, wo sich unsere Interessen decken oder ergänzen.

Natürlich möchte ich die Gelegenheit nicht versäumen, Ihnen auch im Namen des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen herzlich zum 40. Jubiläum des Verbandes Politischer Häftlinge des Stalinismus zu gratulieren. Die Selbstverständlichkeit, mit der heute Kameraden aus ganz Deutschland hier anreisen, halte ich genauso für einen Grund zu feiern wie die Tatsache, dass Sie als Verband in wenigen Wochen älter sein werden, als die DDR es jemals wurde. So gesehen kann ich nur unterstreichen, was Ulf Müller immer wieder betont: Sie sind Siegertypen! Ich wünsche Ihnen für die Zukunft auch weiterhin kämpferische Beharrlichkeit gerade bei den schwierigen Auseinandersetzungen mit dem Zeitgeist.

SATZUNG

DER INTERNATIONALEN ASSOZIATION EHEMALIGER POLITISCHER GEFANGENER UND OPFER DES KOMMUNISMUS

Artikel 1 Name und Sitz

- (1) Der Verein führt den Namen

Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus.

Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und den Zusatz „e.V.“ erhalten.

- (2) Die Assoziation hat ihren Sitz in Berlin.

Artikel 2 Zweck der Assoziation

- (1) Die Assoziation ist die Dachorganisation, die die Tätigkeit der selbständigen Landesorganisationen der politischen Gefangenen und Opfer des Kommunismus fördert, koordiniert und unterstützt, insbesondere in folgenden Angelegenheiten:
- Feststellung und Dokumentation der Leiden der ehemaligen politischen Gefangenen und Opfer des Kommunismus,
 - Feststellung und Dokumentation des verbrecherischen Charakters des Kommunismus und jeder anderen Form des Totalitarismus,
 - Kennzeichnung der Orte und Stellen der Einzel- und Massenleiden,
 - moralische und juristische Rehabilitierung und Entschädigung für die ehemaligen politischen Gefangenen und Opfer des Kommunismus,
 - Veranstaltungen von Gedenktreffen und Veröffentlichung der Dokumente und Publikationen, Errichtung von Denkmälern und Mahnmalen an die ehemaligen politischen Gefangenen und Opfer des Kommunismus, sowie das Herausstellen ihres Anteils am Freiheitskampf der Menschen und Völker,
 - alle Tätigkeiten, die den Zweck der Assoziation fördern.
- (2) Die Assoziation ist eine humanitäre und gemeinnützige Organisation. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie wirtschaftliche Ziele.
- (3) Im Falle der Auflösung wird ihr Vermögen zu gleichen Teilen auf ihre Mitglieder verteilt.

Artikel 3 Mitgliedschaft

- (1) Die Assoziation vereint nationale Organisationen von Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft und demokratischer Freiheitsbestrebungen.
- (2) Mitglied kann jeweils für einen Staat eine nach nationalen Vorschriften registrierte Organisation werden. [Ist die nationale Organisation eines Staates nicht in einer nach](#)

deutschen Rechtsvorschriften vergleichbaren Form registriert, kann für diese als Mitglied auch eine natürliche Person aufgenommen werden, wenn diese gegenüber dem Kongress den Nachweis führt, dass sie von dieser nationalen Organisation als ihr Vertreter benannt ist.

- (3) Über die Aufnahme eines Mitgliedes entscheidet der Kongress auf schriftlichen Antrag.

Artikel 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht, in den Organen der Assoziation mitzuarbeiten.
- (2) Die Mitglieder sind verpflichtet, einen jährlichen Mitgliedsbeitrag zu zahlen, dessen Höhe aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Mitglied und dem Kongress festgelegt wird.

Artikel 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Erlöschen der Organisation nach nationalen Vorschriften.
- (2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Präsidium mit einer Frist von einem Monat zum Ende eines Kalenderjahres.
- (3) Ein Mitglied kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere bei schweren Verstößen gegen die Satzung oder die Interessen der Assoziation durch Beschluss des Kongresses mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Stimmen ausgeschlossen werden.

Artikel 6 Organe

Organe der Assoziation sind der Kongress und das Präsidium.

Artikel 7 Kongress

- (1) Der Kongress als Versammlung aller Mitglieder ist das höchste Organ der Assoziation. Jedes Mitglied wird im Kongress durch zwei Delegierte vertreten, die das Stimmrecht für die nationale Organisation gemeinschaftlich ausüben.
- (2) Sitzungen des Kongresses finden mindestens einmal in zwei Jahren statt. Der Kongress wird vom Präsidium mit einer Frist von mindestens zwei Monaten schriftlich einberufen.
- (3) Außerordentliche Sitzungen sind vom Präsidium einzuberufen, wenn mindestens vier Mitglieder dies verlangen.
- (4) Der Kongress ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist.
- (5) Der Kongress bestimmt den Ort der jeweils nächsten Sitzung.

- (6) Offizielle Sprachen des Kongresses sind Deutsch, Englisch und Russisch. Auf Antrag eines Mitglieds kann der Kongress auch eine andere Sprache wählen. Der Antragsteller hat in einem solchen Falle die Übersetzung in Deutsch oder Russisch sicherzustellen.
- (7) Der Kongress wählt das Präsidium und seinen Präsidenten. Er trifft weiterhin alle Entscheidungen, die in dieser Satzung vorgesehen sind.
- (8) Der Kongress kann eine Geschäftsordnung beschließen.
- (9) Entscheidungen des Kongresses werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder getroffen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Beschlüsse sind in die Niederschrift über den Verlauf des Kongresses aufzunehmen.
- (10) Änderungen der Satzung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Mitglieder.

Artikel 8 Präsidium

- (1) Das Präsidium besteht aus fünf Personen, die fünf verschiedenen nationalen Mitgliedern angehören müssen. Der Kongress wählt aus ihrer Mitte dessen Präsidenten.
- (2) Das Präsidium vertritt die Assoziation gerichtlich und außergerichtlich jeweils durch zwei Mitglieder gemeinschaftlich.
- (3) Die Amtszeit endet mit der Wahl eines neuen Präsidiums. Das Ausscheiden eines Mitgliedes des Präsidiums aus seiner nationalen Organisation zieht den Verlust des Sitzes im Präsidium nach sich.
- (4) Das Präsidium
 - koordiniert die Tätigkeit der Assoziation zwischen den Kongressen,
 - beruft die Kongresse ein und
 - erledigt alle anderen ihm nach dieser Satzung, einer Geschäftsordnung oder vom Kongress übertragenen Aufgaben.

Es trifft seine Entscheidungen mit Stimmenmehrheit und ist gegenüber dem Kongress rechenschaftspflichtig.
- (5) Hierzu unterhält das Präsidium am Sitz der Assoziation eine Geschäftsstelle und in Zagreb ein Sekretariat.
- (6) Das Präsidium kann für die Geschäftsstelle am Sitz der Assoziation vertraglich einen Geschäftsführer bestellen. Dieser ist gegenüber dem Präsidium rechenschaftspflichtig.

Artikel 9 Gemeinnützigkeit

- (1) Mittel der Assoziation dürfen nur für satzungsmäßige Ziele verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Assoziation. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Assoziation an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

**Errichtet auf dem VII. Kongress der Internationalen Assoziation am 18. Juni 1998 in Berlin, geändert am 27.10.1999 in Dubrovnik (Kroatien) und geändert am 12. 06.2000 in Vilnius (Litauen).
Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg in Berlin unter Nr. 20083 Nz.**

Articles of the International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism

Article 1 Name and location

(1) The Association carries the following name

**International Association
of Former Political Prisoners and Victims of Communism**
(Referred to as Association below)

(2) The Association is located in the country of the president in office.

Article 2 Purpose of the Association

(1) The Association is the umbrella organization which promotes activities of self-sufficient organizations in countries where political prisons and victims of communism are found, provide coordination assistance and support in especially the following ways:

- determining and documenting the suffering of former political prisoners and victims of communism,
- determining and documenting the criminal character of communism and any other form of totalitarianism,
- calling attention to the places and locations of individual or mass suffering,
- moral and legal rehabilitation and remuneration for former political prisoners and victims of communism,
- organizing memorial meetings and publishing the documents and constructing monuments in commemoration of the former political prisoners and victims of communism as well as depicting their share in the battle for liberty of man and peoples,
- all activities promoting the purpose of the Association.

(2) The Association is a humanitarian and non-profit organization without any financial purpose.

(3) In case of dissolution of the Association its assets shall be distributed in equal parts to its members.

Article 3 Membership

(1) The Association unites the national organizations of victims of communist tyranny and democratic movements for freedom.

(2) For each country only one organization registered in accordance with national regulations may become a member. [Is the national organization of a State not registered in a comparable form under German legislation, can be included as a member of a natural person for this, if this leads to the Congress to demonstrate that it is notified of this national organization as their representative.](#)

(3) The congress shall decide on acceptance of a member upon written application.

Article 4
Rights and obligations of members

- (1) Each member has the right to cooperate in the organs of the Association.
- (2) The members shall be obliged to pay an annual membership fee an amount which shall be agreed between each member and the congress.

Article 5
Termination of membership

- (1) Membership shall be terminated by retirement, expulsion or deletion of the organization according to national regulations.
- (2) The retirement shall be declared to the board in the form of written notification one month before the end of a calendar year.
- (3) A member can be expelled if substantial reasons exist, especially in case of grave violations against the articles of association or the interests of the Association, by means of a resolution of congress with a majority of two thirds of its votes.

Article 6
Organs

Organs of the Association are - the congress
 - the board

Article 7

The Congress

- (1) The congress as the assembly of all members is the supreme organ of the Association. Each member is represented in congress by two delegates.
- (2) Meetings of congress shall take place at least once every two years. The congress is convened by the board with advance notice of at least two months.
- (3) Extraordinary meetings are convened by the board if at least five members do demand.
- (4) The congress is competent to pass a resolution when participating at least 50 p.c. of the members.
- (5) The congress determines the location of the next corresponding meeting.
- (6) Official languages of the congress are German, English and Russian. On the application of a member the congress may also choose another language. In such case the applicant shall ensure the translation into German or Russian.
- (7) The congress elects the board and its president. It moreover makes all decisions provided for in these articles of association.
- (8) Rules of procedure for the board may be passed by the congress.
- (9) Decisions of congress are made with the majority of votes of present members. Each member has one vote.
- (10) Changes in the articles require a majority of two thirds of the votes of present members.

Article 8
The Board

- (1) The board consists of five persons which must be from five different member nations. The congress elects the president from them.
- (2) The board shall mutually represent the Association in and outside of court by two members each.
- (3) The tenure ends with the election of a new board. Resignation of one member of the board from his national organization results in loss of the seat in the board.
- (4) The board
 - coordinates the activities of the Association between the congresses,
 - convenes congress and
 - carries out all other duties delegated to it in accordance with these articles, an order of business or by congress.

It takes its decisions by majority vote and shall be accountable to Congress.

- (5) The Bureau maintains the headquarters of the Association an office in Zagreb and a secretariat.
- (6) The Board may for the office at the headquarters of the Association appoint a contract manager. This is accountable to the Bureau.

Article 9

Profit

- (1) Means the association may only be used for statutory objectives. The members do not benefit from the assets of the association. No person may benefit from expenditures to the goals of the association, or by disproportionately high remuneration.
- (2) Upon the dissolution of the association or loss of tax-exempt purposes, the assets of the association falls to the Foundation for the Study of the SED dictatorship, it has to be used directly and exclusively for charitable purposes.

These articles of association were accepted by Seventh Congress of the International Association on 18th June 1998 in Berlin, as amended on 27.10.1999 in Dubrovnik (Croatia), and amended on 12.06.2000 in Vilnius (Lithuania).
Registered in the Register of the Charlottenburg in Berlin under No. 20 083 Nz.

Statuts

de

L'Association Internationale des anciens prisonniers politiques et victimes du communisme

Article 1^{er}

Nom et siège

(1) L'Association porte le nom

**Association internationale
des anciens prisonniers politiques et victimes du communisme**
(ci-dessous Association)

(2) L'Association a son siège dans le pays du Président en exercice.

Article 2 But de l'Association

(1) L'Association est une fédération, qui encourage, coordonne et soutient les activités des organisations nationales autonomes des prisonniers politiques et victimes du communisme, en particulier dans les domaines suivants:

- Identification et documentation des souffrances des anciens prisonniers politiques et victimes du communisme
- Identification et documentation du caractère criminel du communisme et de toute autre forme de totalitarisme,
- Enregistrement des lieux et des points des souffrances individuelles et collectives,
- Réhabilitation morale et juridique et indemnisation des anciens prisonniers politiques et victimes du communisme,
- Organisation de rencontres du souvenir et publication de documents et autres matériaux, création de monuments et de mémoriaux pour les anciens prisonniers politiques et victimes du communisme, mise en valeur de leur apport à la lutte pour la liberté des individus et des peuples,

Toutes les activités encourageant les buts de l'Association.

(2) L'Association est une organisation humanitaire et de bienfaisance ne poursuivant aucun but lucratif.

(3) En cas de dissolution de l'Association, ses biens seront répartis en parts égales entre ses membres.

Article 3

Adhésion

(1) L'Association réunit les organisations nationales des victimes de la dictature communiste et les mouvements démocratiques pour la liberté.

(2) Peuvent adhérer les organisations nationales chacune pour son Etat respectif, qui sont enregistrées selon la législation nationale. [Est l'organisme national d'un Etat qui n'est pas enregistrée sous une forme comparable en vertu de la législation allemande, peut être considéré comme un membre d'une personne physique pour cela, si cela conduit au Congrès de démontrer qu'il est avisé de cette organisation nationale comme leur représentant.](#)

(3) Le Congrès statue sur l'adhésion des membres sur demande écrite.

Article 4

Droits et devoirs des membres

- (1) Tous les membres ont le droit d'œuvrer dans les organismes de l'Association.
- (2) Les membres sont tenus de verser une cotisation annuelle dont le montant est à fixer par le Congrès pour les différents membres.

Article 5 **Cessation de l'affiliation**

- (1) L'adhésion cesse par démission, exclusion ou dissolution de l'organisation nationale selon la législation nationale.
- (2) La démission est opérée par déclaration écrite à la Présidence dans le délai d'un mois avant le terme de l'année civile.
- (3) Tout particulièrement en cas de violation grave des statuts et des intérêts de l'Association, un membre peut être exclu par résolution du Congrès à la majorité des deux tiers des voix.

Article 6 **Organismes**

Les organismes de l'Association sont - le Congrès
- la Présidence

Article 7 **Congrès**

- (1) En qualité d'assemblée de tous les membres, le Congrès est l'organisme suprême de l'Association. Chaque membre est représenté au Congrès par deux délégués.
- (2) Le Congrès se réunit au moins deux fois par an. Le Congrès est convoqué par la Présidence dans le délai d'au moins deux mois.
- (3) La Présidence convoque des réunions extraordinaires lorsque au moins cinq membres le demandent.
- (4) Le Congrès peut prendre des décisions juridiquement volables si au moins la moitié des membres est présente.
- (5) Le Congrès fixe le lieu de la réunion suivante.
- (6) Les langues officielles du Congrès sont l'allemand, l'anglais et le russe. Sur demande d'un membre, le Congrès peut également choisir une autre langue. Dans ce cas, la motion doit être traduite en allemand ou en russe.
- (7) Le Congrès élit la Présidence et le Président. Il prend par ailleurs les décisions prévues par les présents statuts.
- (8) Le Congrès peut adopter un règlement de ses travaux.
- (9) Les décisions du Congrès sont prises à la majorité des voix des membres présents. Chaque membre a une voix.
- (10) Les amendements aux présents statuts sont adoptés à la majorité des deux tiers des membres présents.

Article 8 **Présidence**

- (1) La Présidence est composée de cinq personnes provenant nécessairement de cinq membres nationaux. Le Congrès élit parmi elles le Président.
- (2) La Présidence représente l'Association devant les tribunaux et dans toutes les autres affaires par

deux membres conjointement.

- (3) Le mandat prend fin avec l'élection d'une nouvelle Présidence. Le membre de la Présidence quittant son organisation nationale perd son siège à la Présidence.
- (4) La Présidence
- coordonne les activités de l'Association entre les Congrès,
 - convoque le Congrès,
 - et expédie toutes les autres affaires et celles qui lui sont confiées selon les présents statuts, le règlement des travaux et le Congrès.

Il prend ses décisions par un vote majoritaire et sera responsable devant le Congrès.

- (5) Le Bureau maintient le siège de l'Association un bureau à Zagreb et d'un secrétariat.
- (6) La Commission peut, pour le bureau au siège de l'Association nommer un gestionnaire de contrat. C'est devant le bureau rendre des comptes.

L'article 9

Bénéfice

- (1): l'association ne peut être utilisée pour les objectifs statutaires. Les membres ne bénéficient pas de l'actif de l'association. Nul ne peut bénéficier de dépenses aux objectifs de l'association, ou par une rémunération disproportionnée.
- (2) Lors de la dissolution de l'association ou la perte de fins exonérées d'impôt, les actifs de l'association reviennent à la Fondation pour l'étude de la dictature du SED, il doit être utilisé directement et exclusivement à des fins caritatives.

Les présents statuts ont été adoptés au VII^e Congrès de l'Association internationale le 18 Juin 1998 à Berlin, tel que modifié le 27/10/1999 à Dubrovnik (Croatie), et modifié le 12 06,2000 à Vilnius (Lituanie).
Enregistré dans le registre de la Charlottenburg à Berlin sous le n ° 20 083 Nz.

УСТАВ

МЕЖДУНАРОДНОЙ АССОЦИАЦИИ БЫВШИХ ПОЛИТИЧЕСКИХ ЗАКЛЮЧЕННЫХ И ЖЕРТВ КОММУНИСТИЧЕСКОГО РЕЖИМА

Статья 1 - ая

Наименование и местонахождение

- (1) Объединение ведет деятельность под названием
"Международная Ассоциация бывших политических заключенных и жертв коммунистического режима"
(в дальнейшем именуется "Ассоциация").
- (2) Местонахождением Ассоциации является страна пребывания исполняющего обязанности президента.

Статья 2 - ая

Цели ассоциации

- (1) Ассоциация представляет собой объединяющую организацию, которая поддерживает и координирует деятельность самостоятельных организаций политических заключенных и жертв коммунистического режима в различных странах, в частности, в следующих направлениях:
- выявление и документальная регистрация фактов страданий бывших политических заключенных и жертв коммунистического режима,
 - определение и документирование преступного характера коммунизма и любой другой формы тоталитаризма,
 - установление районов и мест отдельных и массовых казней,
 - моральная и юридическая реабилитация и возмещение ущерба бывшим политическим заключенным и жертвам коммунистического режима,
 - организация памятных встреч и публикация документов и печатных материалов, сооружение памятников и мемориалов бывшим политическим заключенным и жертвам коммунистического режима, а также выявление их роли в борьбе за свободу человека и народов
 - любые действия, способствующие целям ассоциации.
- (2) Ассоциация является гуманитарной организацией общественного права и не преследует каких-либо экономических целей.
- (3) В случае роспуска объединения его имущество в равных долях распределяется между его членами.

Статья 3 - бя

Членство

- (1) Ассоциация объединяет национальные организации жертв коммунистического террора и демократических освободительных движений.
- (2) Членом Ассоциации может стать от каждой страны одна организация, зарегистрированная согласно правовым положениям соответствующего государства. [Есть национальные организации государства, не зарегистрированных в сопоставимой форме в соответствии с германским законодательством, могут быть включены в качестве члена физическое лицо, для этого, если это приводит к Конгрессу, чтобы продемонстрировать, что он об этой национальной организации в качестве своего представителя.](#)

- (3) Решение о приеме новых членов выносит конгресс на основании письменного заявления.

Статья 4 - ая

Права и обязанности членов

- (1) Каждый член имеет право принимать участие в работе органов Ассоциации.
- (2) Каждый член обязан платить ежегодные членские взносы, размер которых определяется конгрессом для каждого члена согласованно в отдельности.

Статья 5 - ая

Прекращение членства

- (1) Членство прекращается в результате выхода, исключения или роспуска организации в соответствии с государственными постановлениями.
- (2) Выход из членов происходит на основании письменного заявления на имя президиума с месячным сроком к концу календарного года.
- (3) Член Ассоциации может быть исключен при наличии важной причины, в частности, в случае грубого нарушения Устава или интересов Ассоциации, для чего необходимо решение конгресса с большинством в две трети присутствующих на конгрессе членов Ассоциации.

Статья 6 - ая

Органы

Органами Ассоциации являются

- конгресс
- президиум

Статья 7 - ая

конгресс

- (1) Конгресс как собрание всех членов является высшим органом Ассоциации. Каждый член Ассоциации представлен в конгрессе двумя делегатами.
- (2) Заседания конгресса проходят минимум один раз в два года. Конгресс созывается президиумом в срок, составляющий минимум два месяца.
- (3) Внеочередные заседания созываются президиумом по требованию не менее пяти членов.
- (4) Конгресс имеет кворум при присутствии не меньше 50-и процентов членов.
- (5) Конгресс определяет место следующего заседания.
- (6) Официальными языками конгресса являются немецкий, английский и русский. По заявлению одного из членов конгресс может выбрать также какой-либо другой язык. В подобном случае член, подавший заявление, должен обеспечить наличие перевода на немецкий или русский язык.
- (7) Конгресс избирает президиум и президента. Кроме того, он принимает все решения, предусмотренные настоящим Уставом.
- (8) Конгресс может принять решение о регламенте.
- (9) Решения конгресса принимаются большинством голосов присутствующих. Каждый член

имеет один голос.

- (10) Для изменения Устава необходимо большинство в две трети голосов присутствующих членов.

Статья 8 - ая

Президиум

- (1) Президиум состоит из пяти человек, которые должны являться представителями пяти членов Ассоциации из различных государств. Из состава президиума конгресс выбирает президента.
- (2) Два члена президиума совместно представляют Ассоциацию в судебных и внесудебных делах.
- (3) Выборный срок завершается выборами нового президента. Исключение какого-либо члена президиума из его национальной организации влечет за собой потерю места в президиуме.
- (4) Президиум
- координирует деятельность Ассоциации в период между конгрессами,
 - созывает конгрессы и
 - выполняет все другие порученные ему настоящим Уставом, регламентом или конгрессом задания.
 - Президиум принимает решения большинством голосов и должны быть подотчетен конгрессу.
- (5) Президиум поддерживает бюро на сайте Ассоциации а секретариат в Загребе.
- (6) Президиум возможно, на должность в сайте Ассоциации назначает контракт менеджера. Это прежде Президиуму подотчетны.

Статья 9 - ая

Благотворительность

- (1) Средства могут быть использованы только для уставных целей Ассоциации. Члены не получают средства от Ассоциации. Ни один человек не могут получить выгоду от расходов на цели ассоциации, или несоразмерно высокое вознаграждение.
- (2) При роспуске Ассоциации или потери от налога целей, активы Ассоциации попадает в Фонд по изучению диктатуры СЕПГ, она должна быть использована непосредственно и исключительно на благотворительные цели.

Настоящий Устав принят на VII. конгрессе Международной Ассоциации 18. июля 1998 г. в Берлине, с изменениями от 27.10.1999 в Дубровнике (Хорватия) и 12.06.2000 в Вильнюсе (Литва).
Зарегистрирован в Реестре Шарлоттенбург в Берлине под № 20083 Nz.

**Mitgliedsverbände der
Internationalen Assoziation ehemaliger
Gefangener und Opfer des Kommunismus**

Präsidium: Béla Krasznay (Ungarn), Präsident; Jure Knezović(Kroatien), Vizepräsident; Roland Bude (Deutschland), Beisitzer; Jiří Blatný (Tschechien), Beisitzer; Constantin Ticu Dumitrescu (Rumänien), Beisitzer.

**Związek Więźniów Politycznych Okresu
Stalinowskiego**

Zarząd Główny Ul. Nowowiejska 26, PL-
00-911 Warszawa 62/Polen Tel. 621 -
45-68-684-41 -24

Združenje žrtev komunističnega nasilja
Ižanska 206 A
SLO-1000 Ljubljana/Slowenien

Magyar Politikai Foglyok

Szövetség

Nádor u.36. IV.e
H-1051 Budapest/Ungarn
Tel./Fax 36-1/311-67-43

**Board of South Estonian Association of
Political Prisoners**

Tähe 74-6
EE-2400 Tartu/Estland

**Konfederácia Politických Väzňov
Slovenska**

Grösslingova 6-8
SK-81109 Bratislava/Slowakei
Tel./Fax 421-07-364610

Konfederace Politických Vězňů ČR

Škretova 6
CZ-12000 Praha/Tschechien Tel.
(4202) 24 23 05 93 Fax (4202) 24 23
06 08

**Union der Opferverbände kommunistischer
Gewaltherrschaft**

Stresemannstraße 90 D-10963
Berlin/Deutschland Tel./Fax (0 30) 2 65
17 92

**Allukrainische Vereinigung der politischen
Gefangenen und Gemaßregelten**

Tamara Pakholok
ul. Zaslouova 17/6, kw. 12
UA-252099 Kiew/Ukraine
Tel. (044) 566-62-24 und 229-06-14
Fax (044) 228-75-96

**Lithuanian Political Prisoners and
Deportees Association**

Balys Gajaukas
Turniškių 12
LT-Vilnius 2016/Litauen
Tel. 00370-2-7758886
Fax 00370-2-616613

**Hrvatsko društvo političkih
zatvorenika**

Vojnovićeva 15
HR-10000 Zagreb/Kroatien Tel.
00385-1-4615438
Fax 00385-1-4615437

Latvijas Politiski Represēto Apvienība

Peteris Simsons
Šķunu iela 15 LV-1050
Riga/Lettland
Fax 00371 /722 91 50

**Shoqata Kombetare ish-të
Përndjekurve Politikë
Antikomuniste Demokratë**
Bulevardi „Dëshmorët e Kombit“ Karshi
Kryeministrë
AL-Tiranë/Albanien

**Union of the Repressed People after
9.9.1944 in Bulgaria**
Blvd. Dondukov Nr.9 BG-1504
Sofia/Bulgarien

**Assoziation der Opfer
des kommunistischen Regimes**
Str. N. Jorga 8
MD-2009 Chişinău/Moldawien

**Asociația Foștilor Deționeți Politici
din România**
Mântuleasa Nr. 10 Sect. 3 RO-70387
Bucuresti/Rumänien

Gast: Memorial
Vitebskij pr. 41 -3-25 RUS-191123 Sankt
Petersburg/ Russland

Berliner Resolution

Wir begrüßen, dass der VII. Kongress der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus Delegierte aus 15 Ländern in Berlin für vier Tage versammelt hat.

Dieses internationale Forum war sich darin einig, dass die kommunistische Ideologie mittels willfähriger Helfer nach wie vor die Zersetzung ethnischer Einheiten und die Täuschung der internationalen Öffentlichkeit betreibt.

Dies ist den Kommunisten möglich, weil es ihnen in vielen Ländern gelungen ist, sich einen demokratischen Anschein zu geben und die Strukturen in Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft weiterhin zu beherrschen.

Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung als Gemeinschaften der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, unermüdlich das Gewissen unserer Mitmenschen wachzurütteln und die Kräfte und Bestrebungen für Demokratie, Freiheit und Recht nachhaltig zu unterstützen.

Mit großer Sorge beobachten wir die entsetzlichen Ereignisse im Kosovo. Wir appellieren an die internationale Öffentlichkeit, dem unwürdigen Geschehen ein Ende zu bereiten und den betroffenen Menschen zu helfen.

Für das Präsidium: Béla Krasznay Berlin, 20.Juni 1998

Zagreber Resolution
angenommen an der 1. Sitzung des Präsidiums der Internationalen Assoziation
ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus

Exzellenzen!

Die neueren historischen Forschungen beweisen, dass die Zahl der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft 100 Mil. überschreitet.

Wir, die unterzeichnenden Vertreter von Millionen Opfern der kommunistischen Diktaturen in unseren Ländern melden heute vor der Welt unsere Ansprüche zur Entschädigung aus dem Leiden durch Hinrichtungen, jahrelange Haft und Zwangsarbeit sowie gesundheitliche Schädigungen aus dieser Zeit an.

Wir verlangen als ersten Schritt, eine öffentliche moralische Anerkennung unseres Opfers durch die jeweilige Regierung, die wir als Rechtsnachfolger der kommunistischen Regierung ansehen, insbesondere durch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, welche in besonderem Maße aus allen unseren Ländern aus politischen Gründen Menschen verurteilt, hingerichtet oder zu jahrelanger Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt hat. Eine Rehabilitierung der Opfer durch die Oberste Militärstaatswaltschaft in Moskau oder Rehabilitierungen durch Gerichte unserer Staaten allein genügt nicht.

Wir verlangen, daß die Archive der Geheimpolizeien unserer Länder geöffnet und die für die politische Verfolgung verantwortlichen Täter nach rechtsstaatlichen Grundsätzen verurteilt werden.

Wir verlangen, dass die international anerkannte Definition des Völkermordes auch durch die Vernichtung einer Menschengruppe aufgrund ihrer verschiedenen Klassenzugehörigkeit bzw. aufgrund ihrer verschiedenen ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugung ergänzt wird.

Wir verweisen auf die noch jetzt eingeklagten Entschädigungsforderungen insbesondere wegen der Zwangsarbeit von ehemaligen Häftlingen des Nazi-Regimes bei der Regierung und Institutionen der Bundesrepublik Deutschland, die sich in vorbildhafter Weise der Vergangenheit gestellt hat und als Rechtsnachfolger Nazi-Deutschlands an Opfer des nationalsozialistischen Regimes seit Jahrzehnten Entschädigungen zahlt. Das Recht auf Entschädigung verjährt also nicht.

Wir wissen, daß in den meisten der hier angesprochenen Staaten aus politischen und wirtschaftlichen Gründen derartige Entschädigungsleistungen noch nicht möglich sind.

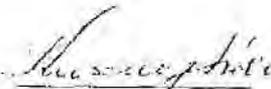
Wir, die Überlebenden der kommunistischen Diktaturen, werden alle unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um trotz aller Schwierigkeiten ein korrektes Bild der politischen Verfolgungen und des Terrors zu zeichnen und die Zahlen und Namen der Opfer zusammenstellen, um Grundlagen für Entschädigungen und Hilfen zu geben.

Wir, die Vertreter der Opferverbände werden mit allen politischen und publizistischen Mitteln das Ziel der moralischen und finanziellen Entschädigung in allen unseren Ländern betreiben, wohl wissend, daß Entschädigungen und Rehabilitierungen das unbeschreibliche Leid von Millionen von Menschen nicht wieder gutmachen können.

Wir hinterlegen deshalb diese Anklage und Forderung beim Europarat und bei den Vereinten Nationen, um auch nach Jahren oder Jahrzehnten unsere Regierungen und unsere Völker an ihre nationalen und internationalen Verpflichtungen aus ihrer leidvollen Geschichte erinnern und einklagen zu können.

Zagreb, den 10. November 1998

Präsident


Béla Krasznay




Jure Knezović

Beisitzer


Roland Rude

Adressaten der Zagreber Resolution

An die Regierungen

Republik Polen
Warschau

Republik Albanien
Tirana

Republik Rumänien
Bukarest

Republik Bulgarien
Sofia

Russische Föderation
Moskau

Republik Estland
Tallinn

Slowakische Republik
Bratislava

Republik Kroatien
Zagreb

Republik Slowenien
Ljubeljana

Republik Lettland
Riga

Tschechische Republik
Prag

Republik Litauen
Vilnius

Ukraine
Kiew

Republik Moldawien
Chisinau

Republik Ungarn
Budapest

nachrichtlich

Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt

Europarat *Straßburg*

Vereinte Nationen – Menschenrechtskommission – *Genf*

International Association of the Former Political Prisoners and the Victims of Communism

Brünner Erklärung

Das Präsidium der Internationalen Assoziation der ehemaligen politischen Gefangenen und Opfer des Kommunismus, das am 18. Juni 1999 in Brno (Brünn) tagte, beschloß einstimmig, die Schritte der NATO zur Befriedung des KOSOVO gutzuheißen.

Das Präsidium geht davon aus, daß die Sicherheit aller Einwohner ohne Unterschied der Nationalität, der Religion, des Geschlechts und des Alters gewährt wird.

Präsident Milošević wird wegen seiner kommunistischen und nationalistischen Politik, sowie wegen seiner Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schärfstens verurteilt.

Präsident



Béla Krasznay
Ungarn

Die Mitglieder des Präsidiums:



Jiří Blatný
Tschechische
Republik



Roland Bude
Deutschland



Constantin Ticu Dumitrescu
Rumänien



Jure Knezović
Kroatien

Brünn, 18. Juni 1999

The International Federation of
the Victims of Communism
Budapest
Nádor u 36. IV.e./POFOSZ/
Hungary

Parliamentary Assembly of the
Council of Europe
6775 Strasbourg
Cedex
France

The VII th. Congress of the International Federation of the Victims of Communism appeal, with legal claim, to the International Human-right Association to make known a decision, in the same way as the crimes of Nazism had been condemned, considering the evidences of the "Black Book of Communism" / by Courtois / and the testimony of all members of our Federation:

"As the humankind had condemned the crimes of Nazism, on behalf of the victims of the holocaust, the same way the crimes of Communism should be condemned, on behalf of nearly one hundred million victims and hundred millions of defamed."

Yours sincerely
Béla Krasznay, President

Berlin 17. 06. 1998

Affirming our requests

Albania	Aliko, Tomor
Bohemia	Dr. Stanislav Drobný
Bulgaria	Antonov, Borislav
Croatia	Pereković, Kaja
Estonia	Niklus, Mart
Germany	Finn, Gerhard
Hungary	Fónay, Jenő
Lettland	Simsons, Peteris
Lithuania	Gajauskas, Balys
Poland	Kuźminski, Roman
Romania	Dumitrescu, Constantin Ticu
Russia	Iofe, Wenjamin Wiktorowitsch
Slovakia	Dr. Porubský, Julius
Slovenia	Dr. Čanžek, Ludvik
Ukraine	Pronyuk, Yevgeny
Moldavia	Zambrea, Viktor

International Association of the Former
Political Prisoners and the Victims of Communism
H-1051 Budapest
Nádor u 36. IV.e. (POFOSZ)
Hungary

Parliamentary Assembly
of the Council of Europe
6775 Strasbourg
Cedex
France

On 6 March, 1998, a request was sent by the Association of Hungarian Political Prisoners to Mme Leni Fischer on the condemnation of the crimes committed by Communist leaders in Hungary.

Since then, the "International Association of the Victims of Communism" held its 7th Congress in Berlin, 16–21 June, where the presidents of the organizations of persecuted people in the one-time socialist countries signed a decree requesting a decision in this case.

Since no reply has been received on the March request our concern about the fate of the document might be understandable. For safety, attached you find a copy of the original document, along with the affirmative signatures of the presidents.

Thank you for your reply in anticipation.

Yours sincerely
Béla Krasznay, President

Budapest, Jun. 1998

Enclosed:

1. The copy of the statement of the Congress
2. The copy of the letter sent to Mrs. Leni Fischer (Strasbourg)
3. The list of the countries and the persons who signed the document.

The list of the countries and the persons who signed the document

Albania	Aliko, Tomor (president)	Lithuania	Gajauskas, Balys (president)
Bohemia	Dr. Stanislav Drobný (president)	Poland	Kuźminski, Roman (president)
Bulgaria	Antonov, Borislav (president)	Romania	Dumitrescu, Constantin Ticu
Croatia	Pereković, Kaja (president)	Russia	Iofe, Wenjamin Wiktorowitsch
Estonia	Niklus, Mart (president)	Slovakia	Dr. Porubský, Julius (president)
Germany	Finn, Gerhard (president)	Slovenia	Dr. Čanžek, Ludvik (president)
Hungary	Fónay, Jenő (president)	Ukraine	Pronyuk, Yevgeny (president)
Lettland	Simsons, Peteris (president)	Moldavia	Zambrea, Viktor (president)

INTERNATIONALE ASSOZIATION EHEMALIGER POLITISCHER GEFANGENER
UND OPFER DES KOKMUNISMUS
SEKRETARIAT
INTERNATIONAL ASSOCIATION OF FORMER POLITICAL PRISONERS
AND VICTIMS OF COMMUNISM
SECRETARY



• INTERNATIONALE ASSOZIATION MASARYKOVA 22/IV 100-10000 ZAGREB •

INTERNACIONALNA ASOCIJACIJA
BIVŠIH POLITIČKIH UZNIKA
I ŽRTAVA KOMUNIZMA
TAJNIŠTVO
MASARYKOVA 22
HR - 10000 ZAGREB

Commission on Human Right United Nations Office
Palais des Nations
8-14 Avenue de la Paix
CH - 1211 Geneva 10
Švicarska

Zagreb, December 22, 1998

Betr./Re./Predmet: Documents of the Association - Circular Note

The Secretariat of the International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism has the honour to turn to the Commission on the Human Rights of the United Nations and inform that a meeting of the Presidency of the International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism was held in Zagreb, Croatia, on November 9 and 10, 1998 and at which, the Zagreb Resolution was adopted.

Attached to this memo is the original text of the Resolution and its official translation in English, French and Russian. The Secretariat requests the Commission to inform all the concerned organisations of the United Nations about the Resolution and to undertake the necessary steps to improve the situation and status of former political prisoners and victims of communism in all the member states and to undertake steps on an international level in an effort to realise the just demands set forth in the Zagreb Resolution.

The Secretariat of the International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism takes this opportunity to express its deepest respect for the Commission on the Human Rights. *2*



Internacionalna asocijacija bivših političkih uznika i žrtava komunizma
Masarykova 22/IV • HR - 10000 Zagreb
Tel.: (+385 1) 422 879 • Fax: (+385 1) 421 721 • E-mail: hdpz-zagreb@hdpz.tel.hr

The International Association of former
Political Prisoners and Victims of Communism.
*Internationale Association Ehemaliger Polit-
ischer Gefangener und Opfer des Kommunismus*



*A kommunizmus volt Politikai Fegyelmek és
Áldozatainak Nemzetközi Szövetsége.*
Hu-1051 Budapest
Nádor u. 36 IV. e. /POROSZI
tel/fax : / 36-1/ 311-67-43

1999.01.21.

The Rt. Hon Robin Cook
Secretary of Foreign Affairs

House of Commons
Whitehall
LONDON SW1

Your Excellency

Our International Association consists of eighteen member-states, so represents million and million fellow-members, who opposed the communism in its every model, suffered under their rule but kept on fighting for the real democracy.

We, who lived through this political nightmare do not understand what is going on. The communism collapsed, yet those who had made it run and killed and tortured millions have been living in peace, enjoying their looted fortunes, even getting back into political power, declaring they are social-democrats.

I heard in the BBC, that you had submitted a proposal to set up an International Court, similar to the Nurnberg Court, in order to call upon those to account for crimes, they committed against humanity.

We support your venture with all our hearts, there is no morally justifiable way to treat today's crimes against humanity, as long as there are many a murderer, who gets away with impunity for crime committed against humankind by them during the time of communism in the soviet occupied territories.

Referring to the Black Book of Communism / by Courtois / the number of victims touches the staggering number of hundred million. *A real wholesale genocide!* And we, who lived through those times can also testify what had happened and how many people had been murdered and tortured.

After the Second World War criminals had been punished, very hardly. Well, what are the difference, crime is crime, committed under any ideology.

We are convinced - and it is very important, that the whole world should accept it - there will be no real peace in the world, unless all kind of crimes should be punished. *Moral demands it!*

We do not want gallows, torture and other horrors, but the sinners should be named and murderers be punished. It could be a warning for the criminals to be.

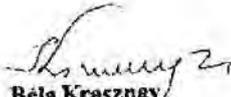
Hereby I enclose a declaration, what the VII. Congress of our Association gave out in Berlin and was sent to the European Parliament last year in June. An other declaration was sent as well, the Conclusion of

our presidium, held in Zagreb last autumn. Up to now we received no answer! It is a bit curious.

Your Excellency, we trust that your initiative to set up an International Court will be followed up, as soon as possible by all western nations and that this court will take up the crimes, committed by the communists as well. It cannot be an excuse that those crimes are obsolete, how can a crime be obsolete, when the committer was decorated but not punished in those times.

In the hope, that you and your government will understand our point of view and could give us a helping hand

Yours sincerely


Béla Krasznay
president





Tel/Fax: +41 (0)22 917 90 01
Telex: UNHCR CH
Télé: +41 (0)22 917 90 01
Téléfax: +41 (0)22 917 90 28
Internet: www.unhcr.ch
E-mail: geneva.hclu@unog.ch



Address:
Palais des Nations
CH-1211 GENEVE 10

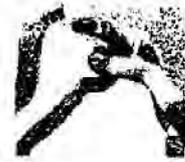
REF: HCR/1999/24 (550)

The Secretariat of the Commission on Human Rights has the honour to acknowledge the receipt of your letter dated 22 December 1998 transmitting the text of the resolution adopted at the meeting held in Zagreb (Croatia) on 9-10 November 1998.

This communication will be brought to the attention of the Bureau of the forthcoming 55th session of the Commission on Human Rights which is scheduled to meet in Geneva from 22 March to 10 April 1999.

 8 February 1999

INTERNATIONAL ASSOCIATION OF FORMER POLITICAL PRISONERS
AND VICTIMS OF COMMUNISM
SEKRETARIAT
INTERNATIONAL ASSOCIATION OF FORMER POLITICAL PRISONERS
AND VICTIMS OF COMMUNISM
SECRETARY



INTERNATIONAL ASSOCIATION OF FORMER POLITICAL PRISONERS AND VICTIMS OF COMMUNISM

INTERNACIONALNA ASOCIJACIJA
BIVŠIH POLITIČKIH UZNIKA
I ŽRTAVA KOMUNIZMA
TAJNIŠTVO
MAŠARYKOVA 22
HR - 10000 ZAGREB

UNITED NATIONS
HIGH COMMISSIONER FOR HUMAN RIGHTS
Palais de Nations

CH - 1211 GENEVE

Zagreb, 17 March 1999

Botr./Re./Predmet: G/SO 212/24 (55th)

The International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism with gratitude acknowledge the receipt of your letter dated 8 February 1999 in which you advise that our communication of 22 December 1998 will be brought to the attention of the Bureau of the forthcoming 55th session of the Commission on Human Rights.

For the purpose of a more righteous evaluation, we take the liberty to send you an example of our Statute and list of member associations of the International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism.



Sincerely

Internacionalna asocijacija bivših političkih uznika i žrtava komunizma
Mašarykova 22 HR - 10000 Zagreb
Tel: (+385) 1 4223370 • Fax: (+385) 1 4223371 • E-mail: belva@narod.hr

Das Präsidium der internationalen Assoziation



BÉLA KRASZNAV

Präsident der Internationalen Assoziation

Geb. 26. Juli 1923 in Cegled,

Oberst a. D, verheiratet, Pensionär.

Hochschulstudium in Budapest. Nach Graduierung Eintritt in die Militäarakademie, 1944 Leutnant der Artillerie.

Zehn Monate Fronteinsatz an der Ostfront, anderthalb Jahre sowjetische Kriegsgefangenschaft, Flucht und Rückkehr in die Heimat. Nach dem Übertritt Ungarns auf die Seite der Sowjetunion Verhaftung durch die sowjetische Militärjustiz. Vier Monate Verhöre. 1946 bis 1948 Ingenieur-Studium, Anschluss an die Widerstandsbewegung gegen Bolschewismus und Russen.

1948 neuerliche Verhaftung. Nach fünf Jahren Urteil: sieben Jahre Haft. 1955

Entlassung, Arbeitserlaubnis als Hilfsarbeiter.

Oktober 1956 aktive Teilnahme an der ungarischen antikommunistischen Revolution, nach Niederschlagung erneut anderthalb Jahre Haft. Anschließend wiederum Hilfsarbeiter, dann Möglichkeit zum Abschluss des 1946 begonnenen Studiums.

Ab 1965 Arbeitsmöglichkeit als Ingenieur.

Vizepräsident der Ungarischen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge, Referent für internationale Angelegenheiten und militärische Sicherheit.

Auf den VII. Kongress Juni 1998 in Berlin zum Präsidenten der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus gewählt.

1995 zum Ritter des militärischen Siegesordens erhoben.

Dipl.-Ing. JIŘÍ BLATNÝ
Geb. 11. Juni 1929 in Brünn/Brno als
Sohn eines Privatbeamten,
verheiratet, zwei erwachsene Kinder, Enkel.
Matura (=Abitur) am Gymnasium,
Studium an der Techn. Univ. Brünn



Nach Kriegsende 1945 politisches Engagement an einer der beiden zugelassenen „rechten“ Parteien, der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei.

Wahl in den Landesausschuß des tschechoslowakischen Studentenverbandes für Mähren-Schlesien, aktiver Kampf gegen den kommunistisch beherrschten Verband der tschechoslowakischen Jugend.

1949 erstes Staatsexamen.

Nach dem kommunistischen Putsch Februar 1948 in illegaler Gruppe Aktivitäten zur Verhinderung der Exmatrikulation antikommunistischer Studenten (Entwendung und Vernichtung entsprechender Akten). Bei Versuch der Kontaktaufnahme mit US-Stellen in Salzburg wegen Fortsetzung des Studiums September 1949 Verhaftung der ganzen Gruppe. Zwei Jahre Untersuchungshaft, Gewaltanwendung, 1951 nach §§1 u. 5 des Gesetzes zum Schutz der Republik wegen „Hochverrat und Spionage“ zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, im Konzentrationslager St. Joachimstal/Jáchymov, Uranbergwerk.

1958 entlassen, Elektriker in den Brünnener Verkehrsbetrieben, während des Prager Frühlings Fortsetzung des Studiums, 1969 zweite Staatsprüfung als Dipl.-Ing., 1968 Eintritt „Klub politischer Häftlinge K 231“, Verfolgung in der Zeit der „Normalisierung“.

Nach der Wende 1989 Eintritt in die Konföderation politischer Häftlinge, 1996 Vorsitzender der zentralen Revisionskommission, 1997 Vermögensverwalter. Aktiv bei der Anbahnung internationaler Kontakte, Durchführung mehrerer internationaler Begegnungen, Teilnahme an allen Kongressen der Internationalen Assoziation, Organisator des VI. Kongresses 1997 in Brünn, Juni 1998 auf VII. Kongress in Berlin Wahl ins Präsidium.



ROLAND BUDE

Geb. 22. März 1926 in Freiwaldau
(Sudeten-Schlesien/CSR),
römisch-katholisch, verheiratet,
ein Sohn, zwei Enkel.

Volks- und Oberschule (Gymnasium) in Gablonz (Neiße), 1943 Luftwaffenhelfer in Berlin (10,5 cm Flak, Flak-Kampfabzeichen), 1944 ROB-Bewerber Infanterie, Fronteinsatz Polen, Slowakei, Mähren, 1945 Internierung Sedlčany (ČSR/Böhmen). Februar 1946 Flucht nach Zittau/Sachsen, Oktober Abitur Arnstadt (Thüringen); da Vater Angestellter, keine Zulassung zum Studium. Eintritt in die FDJ, Ausbildung zum Sprachlehrer für Russisch, dies ab 1. Dezember 1946 in Plau/Thüringen.

1947 Zulassung zum Studium der Slawistik (Russisch), Universität Jena, 1948 Ehe mit stud. phil. Annl Hellmich, WS 1948 Wechsel an Uni Rostock (allgem. Sprachwissenschaft, Anglistik, Germanistik), 1949 Geburt Sohn.

Februar 1950 Wahl als Parteiloser in den Studentenrat, Kulturreferent; 13. Juli 1950 wegen Kontakten zu nach West-Berlin geflüchteten Kommilitonen vom DDR-Staatssicherheitsdienst verhaftet, wegen Weigerung zur Mitarbeit und zum Eintritt in die SED an die Organe für Staatssicherheit der sowjetischen Besatzungsmacht (MGB) übergeben, 31. Oktober 1950 Urteil Sowjetisches Militärtribunal Schwerin nach § 58-6-10-11 Strafkodex der UdSSR wegen „Spionage, Antisowjethetze und illegaler Gruppenbildung“ zu zweimal 25 Jahren „Arbeits-Besserungslager“, Deportation Februar 1951 ins GULAG Workuta (Nord-Ural), Bau- und Bergarbeiter (Kohlengruben).

Oktober 1955 nach Verhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer in Moskau kollektive Begnadigung, von Waldlager Ssuchobeswodnoje Heimtransport, Grenzdurchgangslager Friedland, Entlassung zu Ehefrau und Kind nach München.

Studium osteuropäische Geschichte, Völkerrecht, Slawistik.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter Osteuropa- Institut München, Mitglied Kommission zur Dokumentation Kriegsgefangenschaft.

1958 wiss. Mitarbeiter Ostreferat Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1959 Leiter Haus „EINHEIT IN FREIHEIT“ im VFWD (Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands) Bonn, 1962 Bundesministerium für gesamtdeut-

sehe Fragen, 1966 Leiter Publikationsreferat, 1986 Leiter Unterabteilung „Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“, 1989 Leiter Abteilung Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Kultur (Beziehungen mit der DDR), 1991 als Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern altershalber ausgeschieden, Bundesverdienstkreuz 1.Klasse.

1992 bis 1994 Vorsitzender Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, 1993 bis 1997 Vorsitzender Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Mitglied geschäftsführende Vorstände UOKG und Stiftung, 1998 Mitglied Präsidium Internationale Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus, Juni 1999 Berufung in Beirat Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.



CONSTANTIN TICU DUMITRESCU

Geb. 27. Mai 1928 im Dorf Fynar (Kreis Prachov),
verheiratet, eine erwachsene Tochter.

Als Sohn eines Führers der Nationalzaraniisten (Bauernpartei) wegen antikommunistischer Tätigkeit schon als Gymnasiast 1945 bis 1947 in Ploiești mehrmals verhaftet.

Nach Auflösung der Partei durch die Kommunisten 1947 ging der Vater in den Untergrund. 1948 deshalb mehrmonatige Haft mit Schlägen, vielfältiger grausamer Folter; verriet aber den Vater nicht. „Auf Lebenszeit“ von jeder höheren Schulbildung /Universität ausgeschlossen.

1949 bis 1964 wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ dreimal zu insgesamt 23 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 1949 bis 1953 und 1958 bis 1964 inhaftiert, dazwischen Verbannung. Wegen seiner unbeugsamen Haltung von Mithäftlingen geachtet, von der Securitate als „unverbesserliches gefährliches Element und Fanatiker“ eingestuft.

Nach Entlassung Bauarbeiter, technischer Angestellter, schließlich ab 1974 Leiter eines kleinen holzwirtschaftlichen Betriebes im Kreis Vrancea.

22. Dezember 1989 Teilnahme am Sturm des Gebäudes des Zentralkomitees der RKP und an der Revolution, 23. Dezember Aufruf über den Rundfunk an alle ehemaligen politischen Häftlinge, 2. Januar 1990 aktive Teilnahme an der Gründung der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge Rumäniens (AFDPR), Mitglied des dreiköpfigen Leitungskomitees, Vorsitzender, Wiederwahl 1992, 1993, 1995 und 1997.

Führend im Kampf gegen Iliescu und sein Regime, Teilnahme am „Marathon-Meeting“ auf dem Universitätsplatz in Bukarest.

1991 vor Gericht Anklage wegen der Verbrechen des Kommunismus.

1991 Gründungsmitglied der Internationalen Assoziation, Vorsitzender/Präsident, mehrfach wiedergewählt, zuletzt 1997. 1992 und 1996 in den Senat gewählt.

Als Vizepräsident und Vorsitzender der Senatskommission gegen Machtmißbrauch Kampf für die Dekonspiration der Securitate, für das Recht auf Einsichtnahme der Bürger in die Akten der Securitate, für ein Lustrationsgesetz sowie für ein Gesetz zur Annullierung der vom kommunistischen Regime verhängten politischen Urteile.

Auf dem VII. Kongress der Internationalen Assoziation Juni 1998 in Berlin Wahl in das fünfköpfige Präsidium.



JURE KNEZOVIĆ

Geb. 20. April 1942 in Babina Greda, Kroatien,
röm.-katholisch, verheiratet, fünf Kinder.

Stammt aus einer bäuerlichen Familie unweit der Stadt Split im südlichen Kroatien. Die Familie lebte fern der Politik, und der Vater war während des Krieges wegen Vielzahl der Kinder (10) vom Militärdienst befreit. Als die Kommunisten 1945 die Macht ergriffen und nach bolschewistischer Art Angst und Schrecken durch Massenmorde und kurze Prozesse verbreiteten, organisierte der Vater einen bewaffneten Widerstand gegen die kommunistische Diktatur. Im September 1947 wurden vier Mitglieder der Familie auf Beschluss des „Volksausschusses“ ohne Gerichtsverhandlung erschossen. Der Vater wurde zum Tode verurteilt, jedoch auf 20 Jahre begnadigt. Mit dem Vater und den Geschwistern zählt die Familie sieben politische Gefangene, die für die Freiheit Kroatiens und die Sprengung der Ketten im kommunistischen Jugoslawien kämpften und nach und nach und nacheinander bis 1971 in jugoslawischen Gefängnissen saßen. Jure wurde als Gymnasiast Mitglied einer Untergrundorganisation, deren 1. Artikel des Statuts lautete: „Die kroatische revolutionäre Jugend ist eine Organisation für die Befreiung Kroatiens von der kommunistischen Knute.“ Als 17jähriger vom Obersten Gerichtshof Kroatiens für „voll schuldfähig“ erklärt und zu 3¹/_a Jahren verschärften Kerkers verurteilt: Strafvollzugsanstalt Zenica in Bosnien.

Nach der Entlassung aus dem Gefängnis ging er in die Emigration nach Wien; dort lebte und arbeitete er 3¹/₂ Jahre. Als 1967 kroatische Kulturinstitutionen einen Aufruf zur Verteidigung der kroatischen Sprache veröffentlichten und es im Lande zu Verfolgungen der Unterzeichner kam, ließ er in Wien 10000 Flugblätter drucken und verschickte sie nach Kroatien, die dann dort verteilt wurden. Als Resultat dieser Tätigkeit kam ein Jahr später seine Ausweisung aus Österreich wegen „Gefährdung der Neutralität“. Übersiedlung nach Deutschland, wo er weiter arbeitete und seine Familie gründete. Über zehn Jahre lang selbständiger Unternehmer.

Nach Titos Tod ging er als Vater von vier Kindern, die deutsche Staatsbürger waren, in sein geliebtes Kroatien zurück.

Vizepräsident der Kroatischen Gesellschaft ehemaliger politischer Häftlinge mit Sitz in Zagreb (Kroatien), Juni 1998 in Berlin Wahl in das Präsidium der Internationalen Assoziation und Sekretär des Präsidiums.